

Anlage 2 zu GRDRs 536/2021

Bürgerhaushalt Stuttgart 2021

Stellungnahmen zu den
bestbewerteten 100 Vorschlägen

(inklusive den bestbewerteten 2 Vorschlägen je Stadtbezirk)



Impressum

Herausgeberin:
Landeshauptstadt Stuttgart, Stadtkämmerei

Gestaltung und Umsetzung:
buergerwissen, info@buergerwissen.de

Quelle: <https://www.buergerhaushalt-stuttgart.de>

Stuttgart, 28. Juni 2021

Vorwort

Das Konzept des Stuttgarter Bürgerhaushalts sieht vor, dass zu den von den Bürgerinnen und Bürgern am besten bewerteten 100 Vorschlägen - den TOP-Vorschlägen - eine fachliche Stellungnahme durch die Verwaltung erstellt wird. Bestandteil dieser TOP 100-Vorschläge sind auch die beliebtesten zwei Vorschläge eines jeden Stadtbezirkes, auch wenn sie im Ranking auf einem hinteren Platz liegen. Die Bezirksbeiräte haben ebenfalls Stellungnahmen zu den zehn bestbewerteten Vorschlägen ihres Stadtbezirkes abgegeben. Die Stellungnahmen der Verwaltung und der Bezirksbeiräte zu den TOP 100-Vorschlägen sind im Folgenden aufgeführt.

Stellungnahmen zu den bestbewerteten 100 Vorschlägen

Platz	Vorschlags- Nummer	Titel	Seite
1	62873	Erhalt der Waggons am Nordbahnhof	2
2	62116	Erhalt des Kulturschutzgebiets Wagenhalle	4
3	61968	Eine Neckarinsel für Stuttgart!	6
4	62523	WLAN-Zugänge an allen Schulen und für alle Schüler:innen	7
5	62522	”IT-Hausmeister”: IT-Support an Schulen - vor Ort !	8
6	62541	Besseres Schulessen	9
7	62348	Mehr Fachkräfte in die Kitas!	10
8	62494	Trinkbrunnen erhalten	11
9	60024	Metropol-Kino weiterhin als Kino betreiben/Komplex als Einwohner- und Kulturhaus	12
10	61203	Neckar-Uferpromenade	13
11	62258	Digitalisierung der Stuttgarter Schulen	14
12	62219	Neckar erlebbar machen	16
13	62531	Ausbau der Schulsozialarbeit und außerschulischer Angebote	17
14	60003	365€-Ticket für Stuttgart einführen	18
15	60928	Stadtstrand am Neckar	19
16	62657	Lebensmittel retten und verteilen hilft dem Klima und den Menschen	20
17	62526	Kostenlose Förderangebote für alle Schüler:innen	21
18	60038	Sporthalle für Möhringen realisieren	22
19	61175	Uferzone der Neckar-Ostseite zwischen Cannstatt / Untertürkheim begehbar und erlebbar machen	24
20	60330	Bienenfutterpflanzen/Wildblumen auf öffentlichen Rabatten (lange Blumenbeete) pflanzen	25
21	62432	Baumpflanzungen Stg. West	26
22	62530	Projektleitungen für Schulsanierungen einstellen	27
23	62907	Silvesterfeuerwerk im öffentlichen Raum auf ausgewiesene Zonen begrenzen	28
24	60106	Wildbienen retten/unterstützen	29
25	62916	Haltestellen begrünen	30
26	62559	Maßnahmenpaket für die weitere Umsetzung des Radentscheids	31
27	62547	Freie Fahrt für Stuttgarter Schülergruppen (siehe stuttgarterschülergruppen.jimdo.com)	34
28	60231	Stuttgart muss grüner werden: Plätze bepflanzen	35
29	62299	Tagesticket einführen (24-Stunden-Ticket)	36
30	62856	Stadtacker Wagenhallen e.V. mit Flächen unterstützen	37
31	62903	Benutzbarkeit von Zonentickets für Hin- und Rückfahrt zulassen	38
32	60903	Rosenstein Eisenbahnbrücke als Park über dem Neckar umbauen	39
33	60122	Stuttgart holt Luft (Keine privaten Silvesterfeuerwerke mehr - dafür ein städtisches)	40
34	61391	Kostenlose und saubere öffentliche Toiletten in allen Stadtteilen schaffen	41
35	60906	Café auf dem Marktplatz	42
36	62849	Das Neckar ”S” als Symbol für die”Stadt am Fluss” umsetzen	43

Stellungnahmen zu den bestbewerteten 100 Vorschlägen

Platz	Vorschlags- Nummer	Titel	Seite
37	62767	Mineralwasser-Freibad auf dem Neckar - als Teil der Urbanisierung des Neckars	45
38	61994	Europaviertel begrünen	46
39	62074	Rillingufer-Neckar : Die wenigen Verweilorte am Neckarufer gestalten und pflegen	47
40	61969	Breitbandanbindung für jede Stuttgarter Schule schaffen	48
41	62677	Bessere Fahrradverbindung von Stuttgart Süd nach West	49
42	60112	Hitzeschutz für Stuttgart - Plätze um Stadtbücherei begrünen	50
43	61976	Glasfaseranbindung: Schnelles Internet in der gesamten Stadt schaffen	51
44	61942	Kühlung für heiße Sommertage - mehr Lebensqualität durch Bäume und Grün	52
45	62549	Höhere Strafen für Hundekot liegen lassen	53
46	62597	Mehr öffentliche Trinkwasserbrunnen wegen zunehmender Hitze	54
47	62312	Neckarradwege verbreitern und besser anbinden	55
48	61276	Mehr Blühflächen ermöglichen	56
49	60614	Stadtkern begrünen, horizontal sowie vertikal	57
50	62797	Wasserqualität im Neckar erhöhen (Filterausbau Kläranlagen)	58
51	62870	Stuttgart Repair-Center	59
52	60319	Radfahrer von Fußgängern im Schlossgarten trennen	60
53	61414	Solarpanele auf allen städtischen Gebäuden, Solarstrom made in Stuttgart	61
54	60832	Pflegekräften überall in Stuttgart besser bezahlen	62
55	60956	Begrünung von Dächern und Fassaden	63
56	61395	Wildsträucher pflanzen	64
57	62536	Betreuungsangebote für Schulkinder - auch in Randzeiten und Ferien ausreichend und qualitativ hochwertig anbieten	65
58	61006	Verschönerung des Wilhelmsplatzes in Bad Cannstatt	66
59	60583	Mehr echte! Grünflächen schaffen	67
60	61142	Mehr Trinkwasserbrunnen in Stuttgart ermöglichen	68
61	60076	Fahrradwegenetz weiter ausbauen	69
62	62883	Nutzung der Bäder weiter ausweiten anstatt zu beschränken	70
63	62509	Höhere Strafen und mehr Personal gegen Müllsünder	71
64	61806	Badegewässer für Stuttgart und die Region finden - den Neckar sauber machen	72
69	61912	Jugendfarm Elsental unterstützen	73
75	61652	Restaurieren wir endlich unsere Schulen	74
77	62760	Jugendfarm Möhringen-Vaihingen unterstützen	75
83	61988	Mobile Kindersozialarbeit in Birkach, Botnang und Zuffenhausen	76
109	62928	Marktplatzgastronomie	77
114	62684	Neckarradwege zu mehrspurigen Fuß- und Radwegen ausbauen	78
118	62601	Kunst und Kultur im Park der Villa Berg frühzeitig etablieren	79
121	61460	Mehrzweckhalle für Plieningen-Birkach am Wolfer errichten	80

Stellungnahmen zu den bestbewerteten 100 Vorschlägen

Platz	Vorschlags- Nummer	Titel	Seite
137	60153	Baum auf dem Marienplatz	81
142	61752	Schlüssige und durchgängige Radwege in Vaihingen umsetzen, ohne Fußgängerwege zu beeinträchtigen	82
145	62534	Fahrradwegnetz in Stuttgart-Ost ausbauen	83
154	61809	Attraktive Fußgänger- und Radler-Brücken über Neckar, Hafen und B10	84
159	62746	Radschnellweg entlang der Wildparkstraße	85
172	60805	Mehr Grün in die Stadt	86
179	61985	Renaturierung des Feuerbachs	87
230	60129	Stadtbahnlinien U8 und U15 dauerhaft bis Ostfildern oder Heumaden einsetzen	88
250	60808	Mehr Treffpunkte für Jugendliche	89
255	60027	Toilettenanlagen Klassenzimmer am Max-Eyth-See errichten	90
258	60952	Mehr Natur auf dem Birkacher Feld - Bienenfreundliche Seitensteifen	91
259	60199	U8 im 10 Minuten Takt fahren lassen	92
271	60025	Kinderspielplatz im Schlosspark Mühlhausen für unsere Kinder wieder bespielbar machen	93
278	62245	Stillgelegte Verkehrsflächen entsiegeln	94
286	61839	Radwegkonzept für Weilimdorf entwickeln	95
304	61845	Wangener Neckarpromenade als Naherholungsfläche ausbauen	96
329	60260	Soul Snack am Fernsehturm wieder mit Livemusik	97
348	60595	Mehr Angebote für Jugendliche - etwa ein Jugendcafe	98
447	62891	Wieder Bäume in der U-Bahn Station Wilhelm-Geiger-Platz	99
465	60006	Fahrradwege in Botnang optimieren	100
472	62009	Begrünung der Standbahngleise der U14	101
499	62040	Wege am Neckar in Hedelfingen	102
563	62893	Lehr- und Erlebnispfad" auf der Wangener Höhe anlegen	103
584	60962	Verlängerung der U4 nach Obertürkheim	104
610	60141	U15 Taktverdichtung in den Stoßzeiten	105
632	60476	Stadtbahn U15/U3 - Birkach, Schönberg, Asemwald, Uni Hohenheim	106
750	60955	Schusterbahn verlängern mit Halt in Obertürkheim	108
835	60035	Erhöhung Schulsozialarbeit an der Grundschule Stammheim notwendig	109

Stellungnahmen zu den bestbewerteten 100 Vorschlägen

(inklusive den bestbewerteten 2 Vorschlägen je Stadtbezirk)

Platz: 1

Vorschlag Nr. 62873

Erhalt der Waggons am Nordbahnhof

Seit 22 Jahren sind die Waggons / Bauzug 3YG als eine Keimzelle unzähliger international bedeutsamer Künstler*innen, Projekte und Spektakel weit über die Tore Stuttgarts hinaus bekannt geworden, werden von Besucher*innen geliebt und gefeiert und sind aus der Musik-, Theater-, Kunst- und Kulturlandschaft der Stadt nicht wegzudenken.

2011 musste das Projekt aufgrund der Baulogistik für Stuttgart 21 von ehemals 25 auf 10 Waggons verkleinert werden und stand immer wieder vor einer unsicheren Zukunft.

WIR WOLLEN, DASS DIESER ORT ENDLICH DAUERHAFT ERHALTEN BLEIBT, MÖGLICHST WIEDER MIT MEHR WAGGONS!

Im Zuge der Neuplanung der Maker City im Rosensteinviertel sehen wir dazu gute Chancen. In einer Akteursbeteiligung mit der Stadtverwaltung und den beauftragten Architekten zur Erstellung des Rahmenplans der Maker City sind die Waggons deshalb auch beteiligt, bisher aber leider ohne konkrete Zugeständnisse.

Im laufenden Beteiligungsprozess haben die Waggons jetzt eine Kündigung auf 30.04.2021 von der Deutschen Bahn erhalten! Die Flächen sollen geräumt an die Stadt übergeben werden, diesen Herbst soll bereits der Abriss des Atelierhauses stattfinden und anstelle der Waggons ist eine Habitatfläche für Mauereidechsen geplant.

Wir fordern eine intensive Überprüfung der Sachverhalte zum aktuellen Standort und ein gemeinsames Überdenken der Möglichkeiten zum Erhalt des Projekts.

Falls es zwingend notwendig werden sollte, den Standort wechseln zu müssen, müssten die Kosten dafür von der Stadt getragen werden, da die Waggons nicht über die finanziellen Mittel verfügen, ein solch immenses logistisches Vorhaben zu bewältigen.

Wir fordern von der Stadt Stuttgart den Erhalt unseres Atelierhauses und unseres Geländes, bis eine adäquate Lösung für unser Projekt im Rosensteinviertel gefunden ist und alle Schritte für den Erhalt vollzogen sind.

Bauzug 3YG (Trägerverein Stups e.V.)

<http://bauzug.net/>

positive Wertungen: 2194

negative Wertungen: 134

Stellungnahme der Verwaltung

Die Nutzungen der Atelieregemeinschaft Bauzug 3YG basieren auf einem Mietverhältnis zwischen Stups e.V. und der Deutschen Bahn (DB). Die DB hat der Atelieregemeinschaft zum 30. April 2021 gekündigt (Nutzung Gebäude Nordbahnhofstr. 165 und Nutzung Gleise für Eisenbahnwaggons). Laut Aussage der Atelieregemeinschaft wurde eine Aufschiebung der Räumung bis 30. September 2021 bisher von der DB noch nicht offiziell bestätigt.

Die Stadt Stuttgart möchte verschiedenen Akteursgruppen im C1-Gebiet ermöglichen, langfristig identitätsstiftender Bestandteil des Quartiers sein zu können. Ziel der Stadt sind Erhalt und Weiterentwicklung des starken kulturellen und kreativen Gebiets. Daher unterstützt die Landeshauptstadt Stuttgart die Atelieregemeinschaft bei der Lösungsfindung. Gemeinsames Ziel hierbei ist es, mögliche Standortoptionen auszuloten. Es werden derzeit zwei Prüfzenarien untersucht:

- o Verbleib der 10 Eisenbahnwaggons am aktuellen Standort
- o Verlagerung der Atelieregemeinschaft „Bauzug 3YG“

Im Verlagerungsszenario schlägt die Verwaltung vor, dass die Teilfläche des Flurstücks 9269/5 an der Nordbahnhofstraße der Atelieregemeinschaft für ihre Nutzungen verpachtet werden könnte, nachdem die DB die darauf befindlichen Gebäude abgebrochen und die Fläche an die Stadt übergeben hat. Der Parkplatz Nordbahnhofstr. 161 könnte der Atelieregemeinschaft als Ersatz für das Versorgungsgebäude, das von der DB abgebrochen wird, zur Zwischennutzung (Sanitär- und Lagerflächen) verpachtet werden.

Voraussetzung für beide Prüfzenarien ist, dass die jeweilige Nutzung rechtlich zulässig ist und erforderliche Genehmigungen durch den Verein eingeholt werden.

Am 22. April 2021 gab es zwischen der Atelieregemeinschaft, Stups e.V. und Vertretern der Verwaltung ein Folgegespräch, in welchem die beiden Prüfzenarien sowie die mögliche Zwischenlösung vorgestellt wurden.

Da beide Szenarien für die Ateliergemeinschaft mit Vor- und Nachteilen verbunden sind, wollte sich diese zunächst intern beraten, wie sie weiter verfahren möchte. Für das weitere Vorgehen hat die Verwaltung vorgeschlagen, dass die Ateliergemeinschaft für eine oder beide Prüfszenarien sowie für die Interimslösung auf dem Parkplatz Baugesuchspläne einreicht. Aus diesen sollte hervorgehen, in welchem Umfang der Bauzug an den jeweiligen Standorten fortbestehen soll; parallel hierzu führt die Stadt eine artenschutzrechtliche Vorprüfung durch. Die Pläne werden verwaltungsintern geprüft und den gemeinderätlichen Gremien zur weiteren Abstimmung vorgelegt.

Hinweis zur finanziellen Situation:

Die Ateliergemeinschaft hat sich bereit erklärt, sich selbst bestmöglich um die Finanzierung der erforderlichen Maßnahmen zu kümmern, möglicherweise über Crowdfunding. Es ist jedoch von den Akteuren angekündigt, dass die erforderlichen Maßnahmen zum Erhalt oder der Verlagerung der Ateliergemeinschaft Bauzug 3YG nur erfolgen können, wenn eine finanzielle Unterstützung durch die Stadt Stuttgart erfolgt.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Nord stimmt dem Erhalt der Waggons einstimmig zu. Da der Standortwechsel wegen städtischer Baumaßnahmen notwendig wird, befürwortet der Bezirksbeirat Nord ebenfalls eine Kostenübernahme durch die Landeshauptstadt.

Platz: 2

Vorschlag Nr. 62116

Erhalt des Kulturschutzgebiets Wagenhalle

Das Kulturschutzgebiet Wagenhalle hat sich in den vergangenen Jahren zu einem kreativen und lebendigen Ort für innovative Kultur in Stuttgart entwickelt. Die Außenflächen rund um die sanierte Wagenhalle mit der Atelier-Wiese und der Container City sind ein wichtiger Ort für die Kunstproduktion, für Festivals, Veranstaltungen und ein beliebter Treffpunkt der Stadtgesellschaft.

Vieles wird sich dort in den nächsten Jahren verändern: Die Planungen für das zukünftige Rosensteinviertel sehen rund um die Wagenhalle eine Maker City für Arbeit, Wohnen, Forschung, Produktion und Kultur vor. Bei der Internationalen Bauausstellung IBA27 hat der Kunstverein ein Projekt eingereicht, das Vorfeld der Wagenhalle für ein temporäres Architektur-Kunst-Festival zu nutzen. Die aktuellen Planungen der Stadt Stuttgart und der Internationalen Bauausstellung jedoch zeigen, dass die schnelle Bebauung des Kulturschutzgebiets vor den Erhalt und die Weiterentwicklung der lebendigen Fläche geht. Es besteht die Gefahr, dass Stuttgart einen einzigartigen Ort der Kunst und Kultur verliert!

Der Kunstverein Wagenhalle plant die Weiterentwicklung des Kulturschutzgebiets / Container City zu einem Experimentierfeld für innovative Kunstprojekte und temporäre Architektur-Experimente, auch über die IBA hinaus. So kann es als ein Ort der Begegnung mit den ansässigen Künstlern*Innen, als Ort des sozialen und kulturellen Lebens im Viertel und als ein städtischer Freiraum im zukünftigen Stadtquartier erhalten und weiterentwickelt werden.

Dafür jedoch braucht es Planungssicherheit und eine verbindliche Zusage der Stadt für den Erhalt und eine langjährige Weiternutzung der Außenflächen.

<http://kunstverein-wagenhalle.de/alle-orte/>

positive Wertungen: 1361

negative Wertungen: 121

Stellungnahme der Verwaltung

Auch aus städtischer Sicht bilden die kulturellen Nutzungen auf dem C1-Areal einen wichtigen Produktionsort für die freie Kunstszene; als Inkubator oder Brutstätte kreativer Milieus nehmen sie bereits eine besondere Rolle in der Stadt ein. Das C1-Areal ist ein Teilgebiet der Entwicklungsfläche Stuttgart Rosenstein. Das Areal C1 (innerer Nordbahnhof) befindet sich nördlich des Pragfriedhofs und beinhaltet im Wesentlichen das Umfeld der Wagenhallen.

Das Wagenhallen-Quartier C1 der Entwicklungsfläche Stuttgart Rosenstein wurde am 27. Juli 2020 vom Aufsichtsrat der Internationalen Bauausstellung 2027 StadtRegion Stuttgart GmbH (IBA'27) als eines der ersten 13 offiziellen IBA'27-Projekte ausgewählt. Als Experimentierfeld soll auf dieser Teilfläche mit der sogenannten „Maker City“ bis zum Ausstellungsjahr 2027 ein erster Baustein auf der Entwicklungsfläche Rosenstein entstehen. Langfristig soll hier mehr Fläche für kulturelle und kreativwirtschaftliche Nutzungen geschaffen und die „Maker City“ ein beispielhaftes Quartier werden, das Wohnen, Arbeiten und Kultur sowie urbane Landwirtschaft miteinander verbindet.

Das Amt für Stadtplanung und Wohnen der Landeshauptstadt Stuttgart führt seit Januar 2021 eine Akteursbeteiligung mit allen Nutzergruppen vor Ort durch. Ziel ist es, gemeinsam mit ansässigen Akteuren langfristige Perspektiven für die Entwicklung zu schärfen.

Im Zuge der städtebaulichen Flächenentwicklung dieses Gebiets sind planerische und bauliche Veränderungen, insbesondere für die Erschließung und die Berücksichtigung von arten- und naturschutzrechtlichen Belangen auf allen Flächen notwendig. Daher hat die Stadt Stuttgart im Rahmen der Planungswerkstatt die aktuellen Nutzergruppen im C1-Gebiet darauf hingewiesen, dass die Verlagerung ihrer Nutzungen auf andere Flächen notwendig wird – dies unter Berücksichtigung der zeitlichen Vorgaben der bestehenden Miet- beziehungsweise Pachtverhältnisse. Die Stadt erarbeitet derzeit in bilateralen Gesprächen mit den einzelnen Nutzergruppen Lösungen für eine Verlagerung und unterstützt sie dabei bestmöglich. Gemeinsam sollen Möglichkeiten geschaffen werden Neues zu entwickeln. Es ist das Anliegen der Stadt Stuttgart, dass alle Nutzergruppen ein langfristiger Bestandteil des neuen Stadtquartiers sein können.

Die Fläche der Container City wurde zeitlich befristet (bis Oktober 2021) als Ersatz für die Dauer der Sanierung der Wagenhallen von der Stadt zur Verfügung gestellt. Grundlage der Vereinbarung war, dass die Nutzer des

Wagenhallenplatzes nach der Sanierung der Wagenhallen wieder in die Ateliers in der Wagenhalle einziehen; leider erfolgte hier ein Nachzug von neuen Nutzern auf die freizumachenden Flächen.

Da insbesondere der Wagenhallenplatz als Baustelleneinrichtungsfläche herangezogen werden muss, ist es wichtig, dass die angesiedelten Akteure, wie vereinbart den Platz zu dem Zeitpunkt an dem die ersten bauvorbereitenden Maßnahmen geplant sind, räumen.

Gegenüber dem Verein contain't hat die Verwaltung vorgeschlagen, dass für einen Interimszeitraum von mindestens 5 Jahren die Teilfläche des Flurstücks 9269/5 an der Nordbahnhofstraße verpachtet werden könnte, nachdem die DB die darauf befindlichen Gebäude abgebrochen und die Fläche an die Landeshauptstadt Stuttgart übergeben hat. Voraussetzung hierfür ist, dass die Nutzung rechtlich zulässig ist und erforderliche Genehmigungen durch den Verein vor Nutzung der Flächen eingeholt werden. Da contain't ein umfangreiches Veranstaltungsrepertoire unterhält sowie verschiedene Anforderungen erfüllen und Aufwendungen erbringen muss, hat sich der Verein noch Bedenkzeit erbeten, ob er dem Vorschlag folgt. Sollte der Verein dies tun, muss in einem baurechtlichen Verfahren geprüft werden, ob und in welchem Umfang die Nutzung zulässig ist.

Ein weiterer Standort, der von contain't selbst vorgetragen und ebenso geprüft wird, ist das Alte Reitstadion am Neckar. Es muss allerdings erwähnt werden, dass hier ein Interim mit den Planungen und Umsetzungen zur Neugestaltung des Wasenufers und der Wasenquerung kollidiert.

Noch vor der Sommerpause wird der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik über das Ergebnis der Standortprüfungen sowie den Stand der Abstimmungen mit den genannten Nutzern informiert.

Im Zuge der Flächenentwicklung der Maker-City wird angedacht, weitere kulturelle Nutzungen und Nutzergruppen im sogenannten Kulturhub unterzubringen. Der Kulturhub soll neben der Unterbringung des ruhenden Verkehrs größtenteils für kulturelle Zwecke zur Verfügung stehen. Den vorhandenen Nutzergruppen könnte somit eine langfristige Nutzungsperspektive angeboten werden. Auch der dem Kulturhub vorgelagerte „Wagenhallen Vorplatz“ soll weiterhin durch temporäre kulturelle und künstlerische Bespielungen für die Nutzergruppen zur Verfügung gestellt werden. Hierzu sollen die bereits begonnenen Gespräche mit einzelnen Nutzern und Nutzergruppen fortgeführt werden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Nord befürwortet den Vorschlag einstimmig. Das Kulturschutzgebiet ist zu einem wichtigen Gebiet der kulturellen Begegnungen gewachsen und kann sich nach Fertigstellung der Maker City zu einem wichtigen Treffpunkt der ganzen Stadtgesellschaft weiterentwickeln.

Platz: 3

Vorschlag Nr. 61968

Eine Neckarinsel für Stuttgart!

Ja, tatsächlich hat Stuttgart einen Fluss! Und eine Insel! Und nicht nur das: Versteckt hinter Verkehrsströmen und Industrie lassen sich viele Lücken am Neckar finden, die großes Potenzial für eine lebenswerte Stadt Stuttgart am Wasser bieten.

Die Mittelmole Bad Cannstatt – die Neckarinsel – bietet alles, was lebenswerter öffentlicher Raum braucht: Freiraum, Grün und Wasser. Durch ihre zentrale Lage direkt an der U-Bahn Station Mercedesstraße, die bereits vorhandene Begrünung und durch den direkten Zugang zum Neckar, bietet dieser Ort die idealen Voraussetzungen für ein Inselparadies mitten in Stuttgart. Momentan wird das Areal der Insel jedoch ausschließlich für den Schleusen- und Wehrbetrieb genutzt und ist nicht öffentlich zugänglich. Die Neckarinsel ist eine Lücke – wir wollen sie nutzen!

Die Neckarinsel kann von der Stadt Stuttgart vom Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Neckar gepachtet und als öffentlicher Raum für alle zugänglich gemacht werden.

Mögliche Zugänge wären eine ergänzende Treppe oder Rampe von der neuen Eisenbahnbrücke sowie über den bestehenden Steg der Schleuse zum Ufer Sailerwasen. Die Barrierefreiheit sollte gewährleistet werden. Mit wenigen baulichen Maßnahmen kann so in kurzer Zeit ein attraktiver Aufenthaltsort für alle am Fluss geschaffen werden.

Gelegen zwischen Stuttgart und Bad Cannstatt schafft die Neckarinsel einen neuen Treffpunkt für alle. Mit der Öffnung der Neckarinsel können wir Stuttgarter:innen einen ersten Schritt ans Wasser gehen und für die „Stadt am Fluss“ ein Zeichen setzen.

positive Wertungen: 1252

negative Wertungen: 131

Stellungnahme der Verwaltung

Die Neckarinsel ist Teil der Bundeswasserstraße Neckar sowie Betriebsgelände der Schleusenanlage und des Wasserkraftwerkes Bad Cannstatt. Teile der Inselnflächen waren bis zuletzt Baustelleneinrichtungsflächen für die Herstellung der neuen S21-Eisenbahnbrücke. Die Inselnflächen werden ebenfalls als Baustelleneinrichtungsfläche für die Verlängerung der Schleusen sowie bei Sanierungs- und Wartungsarbeiten am Wehr des Wasserkraftwerkes benötigt. Die unterhalb der die Insel querenden Brücken (S21-Eisenbahnbrücke, alte Eisenbahnbrücke, König Karls Brücke) liegenden Flächen unterliegen dem Kreuzungsrecht, also rechtlichen Regularien, welche das Verhältnis der die Brückenbauwerke verwaltenden Institutionen und deren gegenseitigen Verpflichtungen und Ansprüche regeln (hier also die Bundeswasserstraßenverwaltung, die Deutsche Bahn, die Landeshauptstadt Stuttgart und die Stuttgarter Straßenbahnen AG).

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die Inselnflächen nur eingeschränkt für eine öffentliche Nutzung zur Verfügung stehen könnten. Um die Inselnflächen für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen, bedarf es nicht der Landeshauptstadt Stuttgart. Die Flächen sind im Eigentum des Bundes. Es steht der Bundesimmobilienverwaltung frei, die Flächen öffentlich zugänglich zu machen. Dazu ist eine Anpachtung durch die Stadt Stuttgart nicht erforderlich, zumal die Stadt dann alle Verkehrssicherungspflichten übernehmen muss.

Die Nutzbarmachung der Inselnflächen für die Öffentlichkeit unter Berücksichtigung der oben genannten betrieblichen Erfordernisse und Einschränkungen ist trotz der oben genannten ungünstigen Rahmenbedingungen Gegenstand der Planungen für die Neckarufer und die mögliche Nachnutzung der alten Eisenbahnbrücke im Bereich Neckarknie. Da eine Anbindung an den neuen Steg unter der neuen Eisenbahnbrücke nach derzeitigem Kenntnisstand statisch schwierig wird und ohne größere Baumaßnahmen nicht realisiert werden kann, empfiehlt sich - sollte die alte Eisenbahnbrücke erhalten und für den Radverkehr, Freizeit und Erholung umgenutzt werden (siehe Stellungnahme zu Vorschlag 60903) - eine Anbindung über diese in Verbindung mit einer zweiten Anbindung an die König Karls Brücke. Für kurzfristige Lösungen wie vorgeschlagen stehen weder finanzielle noch personelle Ressourcen bei den zuständigen Ämtern (Amt für Stadtplanung und Wohnen für die Planung, Tiefbauamt für die Ausführung) zur Verfügung.

Platz: 4

Vorschlag Nr. 62523

WLAN-Zugänge an allen Schulen und für alle Schüler:innen

Da die groß angekündigte und viel beworbene Telekom-Bildungsflat wohl nicht umsetzbar ist, weil die Telekom unerfüllbare Bedingungen für die Schulträger stellt, braucht Stuttgart mobile WLAN-Zugänge für die Schulen die noch Probleme in der Anbindung haben. Schüler:innen mit schlecht ausgebautem Netz in ihrem Zuhause brauchen mobile Datenpakete.

<https://geb-stuttgart.de/>

positive Wertungen: 1217

negative Wertungen: 153

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme wird nachgereicht und auf www.buergerhaushalt-stuttgart.de veröffentlicht.

Platz: 5

Vorschlag Nr. 62522

”IT-Hausmeister”: IT-Support an Schulen - vor Ort !

Die aktuelle Situation unter der Pandemie zeigt uns sehr offensichtlich, wie es um die Ausstattung und die Bildung in den Schulen bestellt ist. Die Kinder von heute sind unsere Fachkräfte von morgen. Baden Württemberg verfügt über keine Bodenschätze, unsere einzige Ressource ist Bildung. Wir dürfen kein einziges Kind verlieren. Stuttgart als vergleichsweise wohlhabende Kommune muss Vorreiter sein.

Wichtig ist für die aktuelle und nachfolgende Zeit, die Schulen, Schulleitungen und Lehrkräfte zu unterstützen und zu entlasten. Hier braucht es methodischen Support. Damit kann schnell und nachhaltig Bildung gelingen.

In Stuttgart muss ein qualifizierter IT-Support pro mittelgroßer Schule gestellt werden! Hierfür ist entsprechendes Personal zusätzlich bereitzustellen.

<https://geb-stuttgart.de/>

positive Wertungen: 1134

negative Wertungen: 114

Stellungnahme der Verwaltung

Die Verwaltung stellt seit 2003 mit dem ”Service Desk Stuttgarter Schulen” eine zentrale Anlauf-/Kontaktstelle zur Abwicklung von Supportanfragen und –problemen der Stuttgarter Schulen zur Verfügung. Das qualifizierte Personal im Service Desk steht hierbei zur Erstannahme über Telefon, E-Mail oder das Ticketsystem, Erstellung der Tickets und Weiterleitung an die richtigen Ansprechpartner oder Dienstleister bereit. Dabei wird nicht nur die Abwicklung der Anfragen und Lösung der Probleme realisiert, auch eine weitreichende Wissensdatenbank wird mit den entstehenden Informationen gepflegt um den Support weiterentwickeln zu können. Als Schnittstelle zur Schule beziehungsweise dem Kollegium werden teilweise freigestellte Lehrkräfte genutzt. Diese werden als Netzwerk- und Multimediaberater bezeichnet und sind für die Weitergabe von Problemen und Anfragen zuständig. Teilweise bearbeiten diese beispielsweise auch Hard- und Software-Bedienfehler, kleine Problemstellungen und Fehleranalysen.

Die Corona-Pandemie und deren Folgen für die Schul-IT-Landschaft z.B. durch die Umstellung auf Fern- und Hybridunterricht stellte die schulische Bildung vollständig auf den Kopf. Hierbei entstand die Notwendigkeit einer digitalen Ausstattung mit vermehrten mobilen Endgeräten. Somit wurde im Jahr 2020 eine Schüler*innen-Ausstattung mit Leihgeräten durch das Corona-Sofortausstattungsprogramm realisiert. Dabei sind rund 13.000 mobile Endgeräte beschafft und bis Anfang 2021 von der Landeshauptstadt Stuttgart verteilt worden. Außerdem sollen im Jahr 2021 für die Stadt Stuttgart rund 3.000 – 4.000 mobile Endgeräte für Lehrkräfte zur Leihe beschafft werden.

Parallel zu den Beschaffungen werden Stellen für die Umsetzung der Zusatzvereinbarungen sowie für den Support im bisherigen Umfang auch für die neu hinzugekommenen Endgeräte geschaffen.

Platz: 6

Vorschlag Nr. 62541

Besseres Schulessen

Im Sinne der Nachhaltigkeit müssen regionale Produkte bzw. ein höherer Anteil regionaler/ biologischer, qualitativ hochwertiger Bestandteile verwendet werden. Wir brauchen eine bessere Strukturqualität des Schulessens.

Warmanlieferung muss vermieden werden - Cook&Chill soll auch bei Schulen als Mindeststandard verankert werden!

Essen an Schulen muss für alle Kinder verfügbar sein - auch im Halbttag. Alle Kinder haben ein Recht auf ein warmes Mittagessen.

<https://geb-stuttgart.de/>

positive Wertungen: 1049

negative Wertungen: 109

Stellungnahme der Verwaltung

Der Landeshauptstadt Stuttgart ist die stetige Verbesserung der Mittagsversorgung ein wichtiges Anliegen. Aus diesem Grund wurde 2020 mit der Studie „Gutes Essen in der Schule“ die Essenssituation an Stuttgarter Schulen flächendeckend analysiert und Verbesserungsbedarfe aufgedeckt.

Mit der Umsetzung erster Verbesserungsmaßnahmen wurde unmittelbar nach der ausführlichen Vorstellung im Unterausschuss Essenversorgung im März 2021 begonnen. Zur Realisierung der weiteren Maßnahmen steht das Schulverwaltungsamt im Rahmen einer Arbeitsgruppe im regen Austausch mit der Abteilung Stuttgarter Bildungspartnerschaft, dem Statistischen Amt, dem Gesundheitsamt und der Kinderbeauftragten der Stadt Stuttgart.

Die mit dem Vorschlag aus dem Bürgerhaushalt formulierten Anliegen decken sich mit den Ergebnissen der Studie. Sowohl Kinder als auch Eltern nehmen eine positive Haltung zu Bio-Essen ein und messen diesem Wichtigkeit bei. In den Ausschreibungsunterlagen für die öffentliche Vergabe der Mittagessensversorgung an Caterer ist aktuell unter anderem ein Bioanteil von 25 % sowie die bevorzugte Verwendung saisonaler Lebensmittel und regionaler Produkte beziehungsweise Produktionsstätten festgelegt. Der Bioanteil soll in der nächsten Ausschreibungsrunde im Herbst 2021 auf 50 % erhöht werden.

Gleichermaßen deckt sich die Forderung das Verpflegungsmodell der Warmanlieferung zu vermeiden mit den Erkenntnissen der Studie. Tatsächlich zeigen die Ergebnisse der Verpflegungsmodelle im Vergleich ein deutlich schlechteres Abschneiden der Warmanlieferung gegenüber der Cook&Chill/Cook&Freeze-Systeme. Die Umsetzung der Verpflegungssysteme Cook&Chill/Cook&Freeze setzt Schulmensen mit einer entsprechenden Zu- bzw. Aufbereitungsküche voraus. Mensaneubauten werden daher grundsätzlich nach dem Standard Cook&Chill/Cook&Freeze geplant. Die Warmanlieferung wird in der Regel ausschließlich zur Überbrückung der Zeit vom Start des Ganztagschulbetriebs bis zur Fertigstellung der Mensa eingesetzt. An einzelnen Schulstandorten lassen sich auch während dieser Interimszeit mit schnell umsetzbaren kleineren Maßnahmen Cook&Chill/Cook&Freeze-Systeme umsetzen. Das Schulverwaltungsamt prüft dies schulspezifisch, um eine Essensversorgung mittels Warmanlieferung selbst in der baulichen Interimsphase umgehen oder zumindest so kurz wie möglich halten zu können.

An allen Ganztagsgrundschulen haben, auch Kinder die den Halbttag besuchen, die Möglichkeit am Mittagessen teilzunehmen, sofern sie an der „kurzen Mittagsbetreuung“ bis 14 Uhr angemeldet sind. Alle Mensen werden stets so geplant, dass alle Schüler*innen einer Schule am Essen teilnehmen können. In der Interimszeit bis zur Fertigstellung einer Mensa kann die Teilnahme am Mittagessen für Halbtagskinder nicht in jedem Fall gewährleistet werden. Oftmals müssen in dieser Zeit Räume ohnehin bereits multifunktional genutzt werden (Klassenzimmer-Mittagessen-Betreuungsraum), um sowohl die räumliche Essens- als auch die Bildungs- und Betreuungssituation adäquat abbilden zu können. Während des Interims liegt das Hauptaugenmerk bei der Essensversorgung auf den Schülern*innen, die den Ganzttag besuchen. Im Sinne der kontinuierlichen Qualitätsentwicklung an Stuttgarter Schulen arbeitet die Verwaltung stets an der Weiterentwicklung der Essensversorgung.

Platz: 7

Vorschlag Nr. 62348

Mehr Fachkräfte in die Kitas!

Es gelingt trotz großer Anstrengungen der Stadt nicht, genügend Personal einzustellen, so dass der Anteil der Kinder, denen kein Kita- oder Krippenplatz in Stuttgart angeboten werden kann, weiter ansteigt! Daher soll die städtische Zulage Tarif+ bestehen bleiben und das bisher beschäftigte Personal mittels einer Umfrage nach ihren dringlichsten Problemen und Verbesserungsvorschlägen befragt werden. Außerdem soll die Einstellung fachfremden Personals (z.B. Logopäden, Musiklehrer, Handwerker, ...) wohlwollend geprüft und eine interne Qualifikation in Betracht gezogen werden.

Da immer noch in erheblichem Ausmaß qualifiziertes Personal in den städtischen Kindertagesstätten fehlt, soll die bestehende praxisintegrierte Ausbildung (PiA) deutlich aufgestockt werden. Wenn sich die Absolventen für eine fünfjährige Tätigkeit bei der Stadt Stuttgart nach Abschluss der Ausbildung verpflichten, soll eine Gehaltszulage während der Ausbildung gezahlt werden.

positive Wertungen: 1047

negative Wertungen: 88

Stellungnahme der Verwaltung

Tarif+ und Umfrage

Angesichts des enormen Fachkräftemangels ist es sinnvoll, die bereits attraktiven städtischen Konditionen für pädagogische Fachkräfte zu erhalten. Dazu zählt die Arbeitsmarktzulage Tarif+, die über den Doppelhaushalt 2022/2023 hinaus bis 2024 gesichert ist. Eine Befragung der Mitarbeitenden wurde bereits durchgeführt und fließt in die weiteren Maßnahmenplanungen ein.

Einstellung von fachfremdem Personal

Bereits jetzt werden neben pädagogischen Fachkräften auch Quereinsteiger*innen gezielt angesprochen und im Jugendamt entsprechend weiterqualifiziert. Städtisch wurde die Corona-Krise genutzt, um innerhalb kürzester Zeit über 100 Aushilfen anzuwerben. Dieser Personenkreis wird fortlaufend geschult und für eine Ausbildung zur pädagogischen Fachkraft motiviert.

Das Fachkräftegebot in der Kinder- und Jugendhilfe nach §7 KiTaG schränkt die Auswahl der Quereinsteiger*innen jedoch ein. Der städtische Träger ist bereits an das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg herangetreten, mit dem Anliegen landesweite Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine spürbare Verbesserung der personellen Situation zur Folge haben. Leider wurden die Vorschläge zum Beispiel zur Erweiterung des Fachkräftekatalogs um pädagogiknahe Berufsgruppen wie Musik- oder Theaterpädagog*innen mit Verweis auf den Fokus der Qualitätssicherung bislang abgelehnt.

Ausweitung von Ausbildungskapazitäten und Bindung von Absolventen*innen

Insgesamt werden jährlich bereits über 600 Auszubildende, Praktikanten*innen und Kurzzeitpraktikanten*innen im Jugendamt betreut. Im Rahmen der Haushaltsbeschlüsse 2018/2019 wurde eine Ausweitung der praxisintegrierten Ausbildung auf 90 Plätze pro Jahr - allein beim städtischen Träger - beschlossen. 2020 hat das Jugendamt in Kooperation mit der Hedwig-Dohm-Schule einen Schulversuch begonnen, um dieses Erfolgsmodell auf das Berufsfeld der Kinderpflege zu übertragen, neue Zielgruppen anzusprechen sowie die Ausbildungskapazitäten zu erhöhen. Am 3. Mai 2021 wurde im Jugendhilfeausschuss und am 5. Mai 2021 im Verwaltungsausschuss die Fortschreibung der neuen Ausbildungsform mit 20 Plätzen beim städtischen Träger und der Förderung von 40 Plätzen für die freien Träger bewilligt.

Wichtig ist die Bindung nach Ausbildungsabschluss. Eine Möglichkeit zur Bindung stellt beispielsweise die Übernahme von Absolventen*innen in einer übertariflichen Erfahrungsstufe (Erfahrungsstufe 2 statt wie bislang Einstellung in Erfahrungsstufe 1) zur finanziellen Besserstellung in Verbindung mit einer Bindungsklausel dar. Dies wirkt sich positiv auf die gesamte Karriere aus, wird bei den meisten umliegenden Städten bereits gewährt und ist im Vergleich zu einer Gehaltszulage mit Bindungsklauseln rechtlich unstrittig.

Platz: 8

Vorschlag Nr. 62494

Trinkbrunnen erhalten

Bad Cannstatt hat nach Budapest das größte Mineralwasservorkommen Europas.

Brunnen finden man in Bad Cannstatt an allen Ecken. Nicht alle sind Trinkbrunnen. Aber auch Mineralwasser sprudelt in bad Cannstatt. Einige Quellen haben eine heilende Wirkung, darunter auch Sauerwasser, das jedoch nicht jedem schmeckt. Hier kommen nicht nur Cannstatter um sich die Flaschen oder gar ganze Tanks zu füllen.

Als Beispiel dient die Auquelle, sie liegt zwischen dem Neckardammweg und der Neckartalstraße an der linken Neckarseite.

Nur wenige Meter oberhalb führt der Mühlsteg zum gegenüberliegenden Stadtbad Cannstatt.

Die AG Neckarvorstadt fände es wünschenswert, wenn sich mehr für die Erhaltung dieser Quellenanlagen von Seitens der Stadt engagiert würde. Auch die Infotafeln mit den Nährstoffangaben sollten in gewissen Abständen aktualisiert werden (Angaben aus 2010 sind nicht gerade aktuell und vertrauenswürdig).

positive Wertungen: 1040

negative Wertungen: 79

Stellungnahme der Verwaltung

Die Mineralwasserbrunnen werden in regelmäßigen Abständen kontrolliert und gereinigt. Verkrustungen an den Brunnenanlagen lassen sich wegen des Mineralienanteils im Wasser leider nicht verhindern. Die Infotafeln zu den jeweiligen Mineralwasserzusammensetzungen der Mineralwasserbrunnen werden derzeit überarbeitet und sollen bis Ende 2021 erneuert werden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Bad Cannstatt nimmt die Vorschläge der Bürger*innen zustimmend zur Kenntnis und kommentiert sie bewusst nicht.

Platz: 9

Vorschlag Nr. 60024

Metropol-Kino weiterhin als Kino betreiben/Komplex als Einwohner- und Kulturhaus

Das Metropol-Kino soll im ehemaligen, denkmalgeschützten Kopfbahnhof weiterhin als Kino betrieben werden. Wer eine IBA 2027 in der Stadt haben will, der soll sich auch auf seine Wurzeln besinnen und die Architektur respektieren, die als das Aushängeschild gilt, Persönlichkeiten von Rang und Namen beherbergte und den Hauch von Internationalität inne hat.

Die Stadt Stuttgart soll dieses Gebäude erwerben, das Metropol bleibt weiterhin als Kino erhalten (die Festivals können wie vor der COVID-19-Pandemie) dort stattfinden und die Stuttgarter Innenstadt erhält endlich ein Einwohnerhaus und Kulturzentrum, wie es dort bislang fehlt.

positive Wertungen: 1024

negative Wertungen: 140

Stellungnahme der Verwaltung

Die Eigentümerin des Metropol-Gebäudes Union Invest hat mit der Element Boulders GmbH einen zehnjährigen Mietvertrag für den Betrieb einer Boulderhalle abgeschlossen, nachdem die langjährige Mieterin des Metropol-Kinos auf Ende 2020 vorzeitig ihren Mietvertrag aufgelöst hat.

Die Stadt befindet sich sowohl mit der Union Invest als auch mit der Element Boulder GmbH im Austausch und bemüht sich, geeignete Ersatzräume für die geplante Boulderhalle zu finden. In diesem Fall würden beide Vertragsparteien den rechtsgültigen Mietvertrag auflösen und die Fortführung eines Kultur- beziehungsweise Kinobetriebs wäre möglich, falls nach wie vor private Kinobetreiber starkes Interesse zeigen.

Die Stadt wird dann prüfen, ob die interessierten privaten Kinobetreiber durch eine städtische Kooperation abgesichert werden. Eine solche Kooperation könnte eine finanzielle Unterstützung für einen abgegrenzten, nichtkommerziellen Programmbereich des Kinobetriebs vorsehen (beispielsweise auch Programmlinien des künftigen Hauses für Film und Medien).

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Mitte ist der Meinung, dass eine kulturelle Nutzung an dem Standort weiterhin angemessen ist.

Platz: 10

Vorschlag Nr. 61203

Neckar-Uferpromenade

Das Neckarufer sollte an mehreren Stellen durch gepflegte Grünanlagen und Gastronomiebetriebe sowie Strandabschnitte (z.B. mit Bocciabahnen, Beachvolleyballfeld,...) aufgewertet werden, sodass den Bürgern mehr Lebensqualität am Wasser geboten werden kann .

positive Wertungen: 1020

negative Wertungen: 104

Stellungnahme der Verwaltung

Die Landeshauptstadt Stuttgart beschäftigt sich seit Jahren mit der Umgestaltung der Neckarufer. Leider sind die Handlungsspielräume der Stadt stark begrenzt, da die Flächen am Neckar in Besitz des Bundes sind und den Bestimmungen der Bundeswasserstraße (mit eigener Gesetzgebung!) unterliegen.

Dennoch hat die Landeshauptstadt mit dem "Erlebnisraum Neckar - ein Masterplan für Stuttgart als Stadt am Fluss" ein Handlungsprogramm aufgelegt, um auf vielen Abschnitten der Neckarufer Maßnahmen umzusetzen und damit für Freizeit und Erholung, aber auch für Natur und Landschaft gestalterische wie funktionale Verbesserungen herbeizuführen (siehe [https://www.stuttgart-meine-stadt.de/stadtentwicklung/masterplan-neckar/...](https://www.stuttgart-meine-stadt.de/stadtentwicklung/masterplan-neckar/)).

Wegen der Anforderungen an Ökologie, Schifffahrt und Hochwasserschutz sind die Planungen komplex und erfordern langwierige Genehmigungsverfahren. Für Teilprojekte im Uferpark Austraße sowie für die Projekte "Natueroase Auwiesen", "Hechtkopf am Sicherheitshafen", "Wasenufer und Wasenquerung" sowie "Neckarufer am Lindenschulviertel" hat der Gemeinderat die Umsetzung beschlossen und die dazu erforderlichen finanziellen Mittel bereitgestellt. Im Zuge des Rückbaus der Neckartalstraße vor der Wilhelma sollen auch die Uferflächen an diesem Neckarabschnitt, die heute Baustelleneinrichtungsflächen sind, umgestaltet und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Die Verwaltung arbeitet gleichzeitig an der planerischen Vorbereitung weiterer Projekte. Schwerpunkt hierbei bilden die Bereiche Mühlgrün und Neckarknie. Für letztgenannten Bereich wurde ein Ideenwettbewerb durchgeführt, dessen Ideen nun abschnittsweise in die Realisierung überführt werden sollen (<https://www.stuttgart.de/leben/stadtentwicklung/oeffentlichkeitsbeteilig...>).

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Bad Cannstatt nimmt die Vorschläge der Bürger*innen zustimmend zur Kenntnis und kommentiert sie bewusst nicht.

Platz: 11

Vorschlag Nr. 62258

Digitalisierung der Stuttgarter Schulen

Gefordert wird eine sofortige Umsetzung elementarer Digitalisierungsmaßnahmen an den Stuttgarter Schulen, insbesondere im Stadtbezirk Vaihingen!

Die Corona-Krise bringt, neben all der Herausforderungen, auch Chancen mit sich. Eine Chance besteht darin, dass Momentum in Richtung Digitalisierung konsequent weiter zu nutzen und nach Corona eben nicht wieder in analoge Muster zurückzukehren.

Aufbauend auf den bereits im letzten Bürgerhaushalt geforderten Schulsanierungen im Stadtbezirk Vaihingen Nr. 51419 und der Gymnastikhalle Fanny Nr. 52740, die hoch bewertet und im politischen Prozess befürwortet werden und wo dennoch keine Fortschritte spürbar ist, fordern wir daher die sofortige Umsetzung elementarer Digitalisierungsmaßnahmen, um das bestehende Momentum in Richtung Digitalisierung zu nutzen! Dazu gehören u.a. ein flächendeckendes WLAN in den Schulen, Ausstattung aller Lehrkräfte sowie aller Schüler*innen mit der notwendigen Hardware. Dies bildet die Grundvoraussetzung, um

- in Corona-Zeiten einen sinnvollen Fernunterricht bieten,
- den in Übergangsphasen erforderlichen Hybridunterricht gewährleisten,
- nachhaltigen digitalen Unterricht anbieten zu können und
- die mit viel Aufwand jetzt entstehenden digitalen Lehrmaterialien als Grundlage eines Digitalisierungsschubes für die Schulen nutzen zu können.

Wir erachten dies als eine ‚Selbstverständlichkeit‘, die unseren Kindern dieselben zukunftsorientierten Bildungschancen gewährt, wie anderswo in Deutschland und im internationalen Vergleich.

positive Wertungen: 1007

negative Wertungen: 108

Stellungnahme der Verwaltung

Mit dem wegweisenden Stuttgarter Programm „Schule online“ begann die Stadt Stuttgart ab 1998 mit der systematischen Digitalisierung der Schulen. Zunächst mit einem Umsetzungskonzept zur Computerausstattung, welches auch die Refinanzierung berücksichtigte, über einen Ausbau der lokalen Netzwerke (LAN) und Internetzugänge an den Schulen sowie einen Einstieg in die Betreuung der Systeme und Netzwerke (Schule online 2). In einer dritten Stufe (Schule online 3) wurde die Grundlage für die Wiederbeschaffung und eine zentrale Supportstruktur für die Digitale Schule in Stuttgart gelegt. In den Folgejahren wurden zahlreiche Programme des Landes und der Stadt umgesetzt und die Computerausstattung sukzessive gesteigert.

Ab 2011 wurde eine PC:Schüler-Relation von 1:10 als Mindeststandard für Stuttgarter Schulen gesetzt. Im Zuge der weiteren Digitalisierung wurde in Stuttgart weitgehend auf mobile Lösungen gesetzt (Notebookwagen, Multimedia-Cases, Tabletkoffer). In diesem Zuge wurde auch vermehrt WLAN als Ergänzung zum kabelgebundenen pädagogischen Netz eingeführt.

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur innerhalb der Schulgebäude in Stuttgart ist aufgrund der relativ alten Bausubstanz im Bestand nur schrittweise - meist nur im Rahmen von weitgehenden Umstrukturierungen oder Sanierungen - möglich. Neu- und Erweiterungsbauten werden seit 2004 grundsätzlich entsprechend jeweils aktuellen Standards voll digital verkabelt.

Neben der regelmäßigen Wiederbeschaffung von Hard- und Software konnte im Zeitraum des Doppelhaushalts 2020/2021 unter anderem im Rahmen des Bundesförderprogramms „DigitalPakt Schule“ als „Corona-Sofortausstattung“ 13.000 mobile Leihgeräte für Schüler*innen beschafft werden. Darüber hinaus sollen beispielsweise rund 3.000 – 4.000 mobile Leihgeräte für Lehrkräfte in 2021 bereitgestellt werden. Coronabedingt wurde damit in kürzester Zeit die geplante Anzahl von mobilen Endgeräten bei den Schulen beschafft, welche eigentlich erst am Ende des Digitalpakts Schule realisiert werden sollte.

Diesbezüglich ist eine weitreichende digitale Ausstattung der Stuttgarter Schulen zu erkennen. Diese wird durch den DigitalPakt Schule in Anlehnung an die zu erstellenden Medienentwicklungspläne weiter ergänzt. Die Stadt Stuttgart kann aus diesem Pakt Finanzierungsmittel in Höhe von bis zu 30,6 Mio. Euro abrufen. Diese Finanzmittel sollen bis zum Ende des Digitalpakts im Jahr 2024 in die Digitale Infrastruktur und Ausstattung investiert werden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Vaihingen unterstützt diese Forderung ausdrücklich. Seit Monaten versuchen die Schulen, die für Fern- und Hybridunterricht fehlende Hard- und Software sowie fehlende digitale Lehrmaterialien mit viel Kreativität und Einsatz auszugleichen. Vielerorts mangelt es an elementaren Dingen wie der flächendeckenden Breitbandanbindung und der elementaren Ausstattung für Lehrkräfte sowie Schülerschaft. Der Schulträger darf die betroffenen Schulen bei der Bewältigung der Krise nicht alleine lassen.

Platz: 12

Vorschlag Nr. 62219

Neckar erlebbar machen

Ein Vorschlag den Herr Grimm 2019 gemacht hat und der zum Umgestalten des Neckarufers bestens passt. Luftkuren im Freien sind nicht nur in anerkannten Luftkurorten möglich: Ein Gradierwerk ist eine Architektur für Luftkuren. Gradierwerke wurden vor Jahrhunderten für die Salzgewinnung entwickelt und im 19. Jahrhundert für die Luftkur entdeckt.

Salzhaltiges Mineralwasser rieselt an Reisigwänden herab, bindet Feinstaub und reichert währenddessen die Umgebungsluft mit Aerosolen an. Letztere wirken sich positiv auf die Atemwege aus, helfen z. B. Asthmatikern und Allergikern. Eine vergleichbar gesunde Luft atmet man fast nur am fernen Meer oder im stadtnahen Wald ein. Gradierwerke zählen aktuell zu den beliebtesten Attraktionen in Kurorten. In Bad Orb, Bad Kreuznach und Bad Rappenau stehen eindrucksvolle Vorbilder.

Mit der Hofrat-Seyffer-Quelle hat Stuttgart-Bad Cannstatt eine geeignete Sole zum Bau eines Gradierwerks, sogar eine Salzgewinnung wäre möglich. Diese Quelle wird im Mineralbad Cannstatt genutzt und kann entseniert werden. Der ehemalige Brunnen der Hofrat-Seyffer-Quelle, aber ist seit 2006 versiegelt und bleibt ungenutzt; das salzhaltige Mineralwasser ist zum Trinken nicht geeignet. Die Quelle befindet sich unterhalb der Reinhold-Maier-Brücke am Neckar, nahe der Kreuzung Gnesener Straße – Hofener Straße, neben dem Fußballplatz der SpVgg Cannstatt. Der parallel verlaufende, schmale Grünzug am Fluss bietet sich für den Bau eines langgestreckten Gradierwerks geradewegs an.

Das Projekt würde einen kleinen Teil dazu beitragen, die bekanntermaßen verunreinigte Luft in Stuttgart an dieser Stelle zu verbessern und wäre ein äußerst wertvolles Inhalatorium.

positive Wertungen: 999

negative Wertungen: 106

Stellungnahme der Verwaltung

Die Hofrat-Seyffer-Quelle wurde im Jahr 1974 in der Hofener Straße in Bad Cannstatt erschlossen und gefasst. Das Wasser der Quelle ist mit hoher Wahrscheinlichkeit mehrere zehntausend Jahre alt und wird aus großer Tiefe an die Oberfläche befördert. Das Wasser enthält sehr viel gelöstes Steinsalz und riecht und schmeckt entsprechend salzig. Dadurch wäre das Quellwasser grundsätzlich für ein sogenanntes Gradierwerk geeignet. Ein Gradierwerk ist eine Anlage, über die das Salzwasser verdunstet. Die Umgebungsluft einer solchen Anlage wird gerne mit Meeresluft verglichen. Sie wirkt besonders für Allergiker und Asthmatiker gesundheitsfördernd und ist deshalb in Kurhäusern beliebt.

Die Hofrat-Seyffer-Quelle liefert allerdings mit maximal 2 Litern pro Sekunde deutlich zu wenig Wasser, um sie sinnvoll für ein Gradierwerk zu verwenden. Das verfügbare, salzhaltige Wasser wird im Betrieb vollständig aufgebraucht und zur Befüllung einiger Becken im SoleBad Cannstatt verwendet. Freie Ressourcen zur anderweitigen Nutzung stehen daher leider nicht zur Verfügung.

Im SoleBad Cannstatt sprudelt Stuttgarts einzige Thermalsole. Um das Thema Salz mehr in den Vordergrund zu rücken, wird derzeit die Idee eines Gradierwerks im SoleBad Cannstatt umgesetzt. Dieses soll jedoch mit eigens erzeugtem Salzwasser geschehen. Dabei wird Steinsalz in Wasser gelöst, welches aus Heilbronn entstammt und dort bergmännisch aus dem Steinsalzlager im Mittleren Muschelkalk abgebaut wird. Die in der Hofrat-Seyffer-Quelle auf natürliche Weise entstandene Sole entstammt ebenfalls aus dem Steinsalz des Mittleren Muschelkalks.

Die Quelfassung selbst liegt auf städtischem Gelände zwischen dem Geh- und Radweg auf dem Neckardamm und den Sportflächen. Der Uferstreifen zwischen Sportplatz und Neckar einschließlich des Uferweges ist Teil der Bundeswasserstraße Neckar und im Eigentum des Bundes. Auf diese Flächen hat die Stadt keinen Zugriff. Bei Hochwasser werden Teile des Uferstreifens überschwemmt. Da das Wasser bei der Annahme des so genannten 100-jährigen Hochwassers (HQ100) ca. die Hälfte des Uferstreifens überströmt, ist aus Gründen des Hochwasserschutzes und der dazu erlassenen Vorschriften im Wassergesetz die Errichtung baulicher Anlagen nicht möglich.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Bad Cannstatt nimmt die Vorschläge der Bürger*innen zustimmend zur Kenntnis und kommentiert sie bewusst nicht.

Platz: 13

Vorschlag Nr. 62531

Ausbau der Schulsozialarbeit und außerschulischer Angebote

Stuttgart ist eine Großstadt mit vielen Kindern und Jugendlichen aus unterschiedlichsten Herkunftsfamilien mit entsprechend unterschiedlichen Voraussetzungen. Die Krawalle in der Stuttgarter Innenstadt zeigten deutlich, dass bisher nicht alle Kinder und Jugendlichen erreicht werden. Auch in Anbetracht der aktuellen Erhebungen zu den Nebenerscheinungen des Lockdowns für Kinder, Jugendliche und Familien muss der Ausbau der Schulsozialarbeit weiter vorangetrieben werden, um Prävention in jede Richtung auch umfassend und gut betreiben zu können. Im Zuge dessen werden ebenfalls Personal und Mittel für außerschulische Angebote wie Jugendfarm Theaterprojekte usw. benötigt.

<https://geb-stuttgart.de/>

positive Wertungen: 990

negative Wertungen: 113

Stellungnahme der Verwaltung

Der Bedarf an Schulsozialarbeit an den jeweiligen Schulen wird vom Jugendamt regelmäßig geprüft, priorisiert und mündet in einen Vorschlag zur Aufstockung bestehender Schulsozialarbeitsstandorte. Gemeinderätliche Grundlage hierfür ist, solche Schulen aufzustocken, deren Schülerschaft sozial heterogen ist. Eine höhere Heterogenität soll auch einen höheren Stellenumfang bei der Schulsozialarbeit nach sich ziehen. Das bedeutet, dass dort, wo sich die Schülerinnen und Schüler in ihren Bildungsvoraussetzungen stark unterscheiden, nach einem festgelegten Stellenbemessungsmodell um einen ebenfalls festgelegten Stellenanteil aufgestockt werden soll. Ausschlaggebend sind die Bezugspunkte

- Gesamtzahl der Schüler*innen
- Anzahl der Bonuscardberechtigten Schüler*innen sowie
- Anzahl der inklusiv beschulten Schüler*innen.

Die Fachverwaltung nimmt also einen gesamtstädtisch, vergleichenden Blick ein und orientiert sich an der aktuellen amtlichen Schulstatistik.

Schulsozialarbeit nach dem Stuttgarter Modell fokussiert sich nicht ausschließlich auf die Schule, sondern wirkt auch in die außerschulischen alltäglichen Bezüge der jungen Menschen in ihrem jeweiligen Sozialraum hinein. Sie ist daher mit der außerschulischen Jugendarbeit, Jugendberatung etc. konzeptionell verknüpft.

Platz: 14**Vorschlag Nr. 60003****365€-Ticket für Stuttgart einführen**

Um in Stuttgart mehr Leute von Bus und Bahn langfristig zu überzeugen, muss man den Nahverkehr preislich attraktiv machen. Egal welche Großstadt, Paris, Wien oder London: Die Preise für die Öffentlichen sind nur halb so teuer, wie die in Stuttgart. Je mehr Menschen vom Auto auf den Nahverkehr umsteigen, umso besser könnten Stau-, Park- und Luftprobleme gesenkt werden, was gut für den Klimaschutz ist.

365 Euro im Jahr rund um die Uhr im ganzen VVS-Netz zu fahren, ist ein günstiger Preis, der in anderen Städten längst in die Tat umgesetzt wurde:

In Wien zahlt man etwa nur 1 Euro am Tag für das gesamte Liniennetz, und das sogar mit 3-Min-Takt, Express-S-Bahnen und durchgehendem Nachtverkehr. Natürlich schnellten die Fahrgastzahlen an die Decke.

Im letzten Bürgerhaushalt gab die Verwaltung an, dass ein 365-Euroticket in Stuttgart 60 Millionen Euro kosten würde. Es wird Zeit, diesen Meilenstein endlich umzusetzen.

positive Wertungen: 982

negative Wertungen: 160

Stellungnahme der Verwaltung

Es ist das Bestreben der Landeshauptstadt Stuttgart, mit verschiedenen Maßnahmen den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) für die Bürgerinnen und Bürger attraktiver zu gestalten, um mehr Menschen zum Umstieg auf Bus und Bahn zu bewegen und einen Beitrag zur Luftreinhaltung zu liefern. Dazu haben sich bereits 2014 auch die Partner des ÖPNV-Pakts in der Region Stuttgart (Land Baden-Württemberg, Verband Region Stuttgart, Verbundlandkreise und Landeshauptstadt) verständigt. Hierzu gehören Maßnahmen zur Verbesserung des Leistungsangebots (zum Beispiel Erweiterung des Stadtbahnnetzes, neue Fahrzeuge, Verbesserung des Fahrplans) und des Tarifangebots (zum Beispiel Einführung neues Abo-Verfahren, neues Firmen- und Senioren-Abo, Ausbildungs-Abo, eTicket, HandyTicket). Dass die eingeleiteten und umgesetzten Maßnahmen bereits erfolgreich waren, belegen seit Jahren kontinuierlich gestiegene Fahrgastzahlen für den Bereich des VVS.

Zum 1. April 2019 wurde mit der Tarifzonenreform ein wahrer Meilenstein in der Geschichte des VVS umgesetzt. In Summe werden 42 Mio. Euro pro Jahr für die Tarifzonenreform aufgewendet. Finanziert wird die Reform durch die Stadt Stuttgart, das Land Baden-Württemberg und die Verbundlandkreise. Ziel der Tarifzonenreform war es, den Zonenplan beziehungsweise die Tarife spürbar zu vereinfachen, um somit insgesamt noch mehr Fahrgäste für den ÖPNV zu gewinnen und die Schadstoffbelastung im Stuttgarter Talkessel und im Umland spürbar zu reduzieren. Dass dies bereits gelang, belegen bis zum Beginn der Corona-Pandemie die vorliegenden Fahrgastzahlen. Für die von der Tarifreform betroffenen Tickets (Inhaber von generell netzweit gültigen Tickets, wie zum Beispiel das StudiTicket oder SeniorenjahresTicket, hatten von der Tarifzonenreform nicht unmittelbar profitiert), betrug die Steigerung der Fahrgastzahlen im Zeitraum April bis Dezember 2019 rund fünf Prozent.

Die Einführung eines 365-Euro-Tickets wird derzeit vielfach im Bereich des VVS und nicht nur in Stuttgart gefordert. Die Einführung eines solchen Tickets würde zu sehr hohen Einnahmeausfällen bei den Verkehrsunternehmen führen (verbundweit je nach Variante zwischen 120 Mio. und 150 Mio. Euro pro Jahr), sodass die Finanzierung eines solchen Angebots durch die öffentliche Hand unabdingbar ist. Allein mit den erhofften Fahrgastzuwächsen ist eine solche Maßnahme nicht zu finanzieren. Die Stadt hat für die Stuttgarter Schülerinnen und Schüler (Scool-Abo) und die Auszubildenden (Ausbildungs-Abo) seit 1. September 2020 das 365-Euro-Ticket umgesetzt. Des Weiteren hat der Stuttgarter Gemeinderat im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Nahverkehrsplans einen Beschluss gefasst, der das Ziel verfolgt, allen Stuttgarterinnen und Stuttgartern ein Jahresabo für das Bus- und Bahnfahren in Stuttgart zum Preis von 365 Euro anbieten zu können. Aus diesem Grund verfolgt die Landeshauptstadt mit Interesse die Überlegungen auf Landesebene, den Kommunen mit einem Landesgesetz neue Finanzierungsmöglichkeiten an die Hand zu geben. Ohne zusätzliche Finanzierungsmöglichkeit ist es der Stadt allein aus dem städtischen Haushalt nicht möglich, ein 365-Euro-Ticket einzuführen.

Platz: 15

Vorschlag Nr. 60928

Stadtstrand am Neckar

Stuttgart liegt am Neckar. Für Bürger*innen gibt es keine Möglichkeit, an den Fluss zu gelangen. Mein Vorschlag: Grünfläche und Strand am Neckar für die Menschen. Den Neckar zugänglich machen für Menschen und nicht nur für Autos und Industrie.

positive Wertungen: 981

negative Wertungen: 121

Stellungnahme der Verwaltung

Die Landeshauptstadt Stuttgart beschäftigt sich seit Jahren mit der Umgestaltung der Neckarufer. Leider sind die Handlungsspielräume der Stadt stark begrenzt, da die Flächen am Neckar in Besitz des Bundes sind und den Bestimmungen der Bundeswasserstraße (mit eigener Gesetzgebung!) unterliegen.

Dennoch hat die Landeshauptstadt mit dem "Erlebnisraum Neckar - ein Masterplan für Stuttgart als Stadt am Fluss" ein Handlungsprogramm aufgelegt, um auf vielen Abschnitten der Neckarufer Maßnahmen umzusetzen und damit für Freizeit und Erholung, aber auch für Natur und Landschaft gestalterische wie funktionale Verbesserungen herbeizuführen (siehe <https://www.stuttgart-meine-stadt.de/stadtentwicklung/masterplan-neckar/>...).

Wegen der Anforderungen an Ökologie, Schifffahrt und Hochwasserschutz sind die Planungen komplex und erfordern langwierige Genehmigungsverfahren. Für Teilprojekte im Uferpark Austraße sowie für die Projekte "Natur-oase Auwiesen", "Hechtkopf am Sicherheitshafen", "Wasenufer und Wasenquerung" sowie "Neckarufer am Lindenschulviertel" hat der Gemeinderat die Umsetzung beschlossen und die dazu erforderlichen finanziellen Mittel bereitgestellt. Im Zuge des Rückbaus der Neckartalstraße vor der Wilhelma sollen auch die Uferflächen an diesem Neckarabschnitt, die heute Baustelleneinrichtungsflächen sind, umgestaltet und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Die Verwaltung arbeitet gleichzeitig an der planerischen Vorbereitung weiterer Projekte. Schwerpunkt hierbei bilden die Bereiche Mühlgrün und Neckarknie. Für letztgenannten Bereich wurde ein Ideenwettbewerb durchgeführt, dessen Ideen nun abschnittsweise in die Realisierung überführt werden sollen (<https://www.stuttgart.de/leben/stadtentwicklung/oeffentlichkeitsbeteilig...>).

Platz: 16

Vorschlag Nr. 62657

Lebensmittel retten und verteilen hilft dem Klima und den Menschen

Täglich landen große Mengen genussfähiger Lebensmittel im Müll, weil sie nicht verkauft wurden, nahe am MHD sind oder den strengen optischen Anforderungen nicht genügen. Durch Erzeugung, Verarbeitung und Transport werden Ressourcen verbraucht, CO² fällt in erheblichem Maß an. Die Reduzierung dieser riesigen Verschwendung nützt nicht nur dem Klima und der Umwelt, sondern kann auch sozial benachteiligten Menschen helfen. Die Stadt soll die vorwiegend von Ehrenamtlichen getragenen Initiativen bei ihrer Arbeit unterstützen: Indem sie Räumlichkeiten für Verteilstellen - sogenannte "Fairteiler" - zur Verfügung stellt (in manchen Gemeinden wird im Rathaus ein Fairteiler betrieben) bzw. bei der Suche nach passenden Stellplätzen und Räumlichkeiten hilft. Ziel ist, daß möglichst in jedem Stadtteil ein Fairteiler entsteht. Die Kosten für Einrichtung und Betrieb werden von der Stadt getragen, sofern keine anderen Kostenträger vorhanden sind. Die Stadt veranstaltet einen Wettbewerb, der Unternehmen aus der Lebensmittelbranche (Erzeugung, Verarbeitung, Vertrieb) motiviert, weniger Lebensmittelabfall zu erzeugen und/oder nicht verkaufte Waren zu spenden. Es wird eine Kampagne entwickelt und in Schulen, über Info-Veranstaltungen usw. über die ökologische und wirtschaftliche Bedeutung von Lebensmittelverschwendung und Möglichkeiten zur Vermeidung informiert.

positive Wertungen: 974

negative Wertungen: 113

Stellungnahme der Verwaltung

Im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Stuttgart gibt es bereits verschiedene, ehrenamtlich betriebene Fairtailer (<https://foodsharing.de/?page=fairteiler&bid=48>). Das Leerstands- und Zwischennutzungsmanagement der städtischen Wirtschaftsförderung kann Initiativen bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten unterstützen.

Eine neue Förderung zur Deckung von Ausgaben des regelmäßigen Betriebs (zum Beispiel Miete oder Personalkosten) einer solchen Einrichtung bedarf eines Beschlusses des zuständigen gemeinderätlichen Gremiums. Im Jahr 2020 hat der Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart beispielsweise eine institutionelle Förderung (Personalkostenförderung) für Raupe Immersatt e.V. beschlossen. Die Zuwendung ist für den Betrieb und zur Weiterentwicklung eines Foodsharingkonzepts bestimmt.

Im Zuge der pädagogischen Beratung des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft Stuttgart (AWS) an Schulen und Kindergärten wird bereits die Verschwendung von Lebensmitteln thematisch aufgegriffen. Entsprechende Ressourcen vorausgesetzt, kann dieses Angebot gegebenenfalls künftig weiter intensiviert werden. Das Potential für darüberhinausgehende Inhalte wie zum Beispiel einer Funktionseinheit, die die bereits bestehenden Angebote gewerblicher Anbieter, Tafeln und privaten Endverbrauchern übergeordnet betreiben soll, besteht beim AWS in dieser Form aktuell nicht. Die Sensibilisierung von Unternehmen über die Bedeutung von Lebensmittelverschwendung und die Möglichkeiten zur Vermeidung ist keine klassische Aufgabe einer öffentlichen Verwaltung und wird bei der Landeshauptstadt Stuttgart aktuell auch nicht durch eine freiwillige Leistung abgedeckt. Die gezielte Unterstützung einer nachhaltigen Bekämpfung von Lebensmittelverschwendung würde zunächst die Erstellung einer inhaltlichen Gesamtkonzeption voraussetzen.

Platz: 17

Vorschlag Nr. 62526

Kostenlose Förderangebote für alle Schüler:innen

Die aktuelle Situation unter der Pandemie zeigt uns sehr offensichtlich, wie es um die Ausstattung und die Bildung in den Schulen bestellt ist. Die Kinder von heute sind unsere Fachkräfte von morgen. Baden-Württemberg verfügt über keine Bodenschätze, unsere einzige Ressource ist Bildung. Kein Kind darf verlorengehen. Stuttgart als vergleichsweise wohlhabende Kommune muss Vorreiter sein.

Förderangebote müssen für alle Schüler:innen kostenlos sein, da Lernrückstände aufgeholt und Lerndefizite ausgeglichen werden müssen. Die Schulen selbst haben schon in „normalen“ Zeiten zu wenige oder gar keine Kapazitäten für Förderunterricht. Stuttgart soll zusätzliches Personal in die Schulen holen und Nachhilfe und Förderangebote "einkaufen" - möglich ist das z.B. über Student:innen oder Projekte mit älteren Schüler:innen gegen ein gewisses Entgelt.

<https://geb-stuttgart.de/>

positive Wertungen: 951

negative Wertungen: 145

Stellungnahme der Verwaltung

In erster Linie ist das Land zuständig für die schulische Bildung, dennoch engagiert sich auch die Stadt als Schulträger seit mehreren Jahrzehnten, um die schulische Bildung – neben einer hochwertigen sächlichen Ausstattung - mit zusätzlichen pädagogischen Maßnahmen zu unterstützen und zu ergänzen.

Besonders ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, dass der Gemeinderat im Jahr 2011 einen richtungsweisenden Beschluss gefasst hat, die Stuttgarter Grundschulen flächendeckend zu Ganztagsgrundschulen weiter zu entwickeln. Dieses Modell verbindet die schulische Pädagogik mit qualitativ hochwertigen Bildungsangeboten freier Träger der Jugendhilfe und des städtischen Jugendamtes. Der festgeschriebene Qualitätsstandard ist deutschlandweit einmalig, sodass inzwischen bereits 45 Schulen diesen Weg gegangen sind. Alle Angebote im Ganztagsrahmen sind kostenfrei für die Familien, Entgelte in vertretbarer Höhe gibt es nur für die Betreuungsangebote, die vor und nach dem schulischen Ganztags tag benötigt werden, sowie in den Ferien.

2020 hat der Gemeinderat noch eine weitere Verbesserung für Ganztagsgrundschulen beschlossen: die Finanzierung zusätzlicher Angebote in Ganztagsgrundschulen nach sozialräumlichen Kriterien. Das Konzept ist derzeit in Arbeit und wird einen wesentlichen Schwerpunkt auf den Ausgleich von Bildungsbenachteiligungen legen, insbesondere auch auf solche, die durch die Coronapandemie entstanden sind.

Ganztagsschulen sorgen nachgewiesen für mehr Bildungsgerechtigkeit. Deshalb sollten Bund und Land den Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung nicht nur - wie seither vorgesehen - lediglich für die Kinder der Klassenstufen 1-4 einführen, sondern darüber hinaus auch für Kinder in der Sekundarstufe. Dies wäre eine wünschenswerte Grundlage, an die die Stadt ihr Modell für Grundschulkindern anpassen könnte.

Bereits die intensive Zusammenarbeit mit den Jugendhilfeträgern, die sich zum Ziel gesetzt haben für die Anliegen insbesondere benachteiligter Kinder und Jugendlichen einzutreten, bietet eine Gewähr dafür, dass auch in Pandemiezeiten kein Kind verloren geht. So halten die Träger mit großem Einsatz auch in Zeiten der Schulschließung telefonisch oder persönlich Kontakt zu allen Kindern, unterstützen den Fernunterricht durch freizeitpädagogische Angebote, stellen die Kinder mit Tablets aus und sind Ansprechpartner für das Projekt „erweitertes Wohnzimmer“. Darüber hinaus hat die Stadt während der Coronapandemie neue Projekte für besonders betroffene Kinder und Jugendliche aufgelegt, so zum Beispiel „Lernräume“.

Für Kinder aus Halbtagesklassen sowie Kinder der Sekundarstufe gibt es seit dem Schuljahr 2006/2007 das Programm der außerschulischen Bildung und Betreuung. Hier werden schwerpunktmäßig Lernangebote wie Hausaufgabenbetreuung und Lernförderung über Freizeitangebote mit Personal gefördert, welches hierfür eine Ehrenamtsvergütung erhält. Das Angebot ist für Eltern, die im Besitz einer Bonuscard sind, kostenfrei ansonsten ist ein Betreuungsentgelt fällig. Eine grundsätzlich kostenlose Bereitstellung des Förderangebots würde rund 180 000 Euro pro Jahr an zusätzlichen Kosten verursachen.

Platz: 18

Vorschlag Nr. 60038

Sporthalle für Möhringen realisieren

In Folge der Einwohnerzuwächse der vergangenen zehn Jahre sind die Hallenkapazitäten für den Vereins-, Breiten- und Schulsport in Möhringen äußerst knapp. Die Stadt kann den Vereinen nach eigenen Angaben derzeit nur 75% der erforderlichen Hallenzeiten zur Verfügung stellen. Darunter leidet der Sport und die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen. Die Hallensituation muss dringend verbessert werden.

In Möhringen gibt es nur die Rembrandthalle an der Sigmaringer Straße als wettkampftaugliche Halle. Sie muss in absehbarer Zeit zudem saniert werden.

Mit einer zusätzlichen Sporthalle neben der bestehenden kann ein zukunftsfähiger, attraktiver Sportbereich mit zwei Hallen an einem Standort realisiert werden. Durch einen Neubau in unmittelbarer Nachbarschaft kann die Situation für den Vereins-, Schul- und Breitensport in Möhringen nachhaltig verbessert werden.

Der Neubau direkt neben der Rembrandthalle kann kostengünstig auf städtischem Grund errichtet werden. Durch eine gemeinsame Erschließung und Nutzung verschiedener Bereiche für die beiden zusammenhängenden Hallen können der Flächenbedarf minimiert und die Baukosten geringgehalten werden.

Von einer zusätzlichen Sporthalle für Möhringen profitiert der gesamte Stadtbezirk, der Vereins- und Breitensport ebenso wie die Möhringer Schulen.

Weitere Informationen unter www.sporthalle-fuer-moehringen.de

positive Wertungen: 932

negative Wertungen: 155

Stellungnahme der Verwaltung

Der Versorgungsgrad an Turn- und Sporthallen für den Allgemeinen Sport liegt in Möhringen mit 64,5 % noch unter dem gesamtstädtischen Versorgungsgrad in Stuttgart (75%). Schulen und Vereine nutzen die vorhandenen Schulhallen und eine vereinseigene Halle, die jedoch allesamt voll ausgelastet und teilweise stark renovierungsbedürftig sind.

Schulbedarf

Im aktuellen Schuljahr 2020/2021 besteht kein schulischer Bedarf für eine weitere Turn- oder Sporthalle. Der Bevölkerungsprognose entgegen, entwickeln sich die Schulen im Stadtbezirk jedoch durchaus und erhöhen ihre Zügigkeit und damit die Schülerzahlen in den kommenden Jahren. Langfristig ist daher von einem steigenden Bedarf an Turn- und Sporthallen in Möhringen auszugehen.

Problematisch ist die anstehende Sanierung der Sporthalle Möhringen. Bei einem Wegfall der Sporthalle Möhringen über 1,5 bis 2 Jahre wäre der Schulsport massiv beeinträchtigt, da neben dem Königin-Charlotte-Gymnasium auch die Riedseeschule und die IT-Schule die Räumlichkeiten der Sporthalle Möhringen mitnutzen und in benachbarten Hallen kaum Belegungskapazitäten vorhanden sind. Der Neubau einer Sporthalle auf dem Schulgrundstück Königin-Charlotte-Gymnasium/Riedseeschule wäre daher mittelfristig als Interim während der Sanierung der bestehenden Sporthalle und langfristig zur Deckung des hinzukommenden Sportbedarfes sinnvoll.

Vereinsbedarf

Die zwei größten im Stadtbezirk aktiven Vereine (SV Stuttgarter Kickers mit Handball und SV Möhringen mit Basketball) und weitere Vereine haben dringend Bedarf an zusätzlichen Trainingszeiten und wettkampfgerechten Sportstätten, der derzeit nicht abgedeckt werden kann. Bei einer Sanierung der einzigen wettkampfgerechten Sporthalle Möhringen können in Möhringen und angrenzenden Stadtbezirken so gut wie keine Ersatzzeiten geschaffen werden, da die dortigen Hallen ebenfalls voll ausgelastet sind. Trotz des bereits berücksichtigten Neubaus der Fasanenhof-Turnhalle liegt der Versorgungsgrad für den Vereinssport/Allgemeinen Sport im Stadtbezirk Möhringen nur bei 64,5 %. Es besteht ein Fehlbedarf von rund 6 Übungseinheiten, was zwei dreiteilbaren Sporthallen entspräche.

Fazit

Der Bau einer neuen Sporthalle auf dem städtischen Schulgrundstück wäre sowohl für den Schul- als auch für den Vereinssport sinnvoll und würde den enormen Fehlbedarf im Stadtbezirk reduzieren. Zudem können Synergie-Effekte mit der bestehenden Sporthalle Möhringen erfolgen. Bei der Sanierung der alten Sporthalle Möhringen kann ein Neubau dem Schul- und Vereinssport während der Bauarbeiten als Interimslösung für

eine Ersatzbelegung dienen. Nach Sanierung der alten Halle könnten zwei nebeneinander liegende wettkampfgerechte Hallen auch für größere Wettkampf-Turniere der Vereine genutzt werden.

Ob bautechnisch eine Verbindung zur neuen Halle hergestellt und technische Einrichtungen gemeinsam genutzt werden könnten, müsste im Gesamtverfahren geprüft werden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Vorschlag wird seitens des Bezirksbeirates Möhringen unterstützt.

Der Bezirksbeirat Möhringen hat diesbezüglich Anträge gestellt. (Lehrschwimmbecken/ Sanierung der Sporthalle des Königin-Charlotte-Gymnasiums)

Platz: 19

Vorschlag Nr. 61175

Uferzone der Neckar-Ostseite zwischen Cannstatt / Untertürkheim begehbar und erlebbar machen

Der Fuß- und Radweg zwischen Cannstatt und Untertürkheim oberhalb des Neckars ist eine einzige Tristesse, langweilig, schmutzig und an vielen Stellen viel zu eng für Fußgänger und Radfahrer.

Es sollte analog der Lösung in Remseck mit der Rems einen ufernahen holzbeplankten Spazierweg direkt am Wasser geben, der nur für Fußgänger da ist, bei renaturierten Uferzonen für die Natur und Erlebnischarakter hat.

Der jetzige kerzengerade Rennweg auf der Höhe der Böschung kann für Radfahrer zum Schnellweg werden.

positive Wertungen: 919

negative Wertungen: 87

Stellungnahme der Verwaltung

Die Uferzone am ostseitigen Ufer zwischen Bad Cannstatt und Untertürkheim ist von der Bundesstraße B10/B14 geprägt. Die Fahrbahnen liegen teilweise unmittelbar an der Böschungsoberkante des Neckarufers. Zwischen Böschungsoberkante und Fahrbahnrand besteht nicht einmal ausreichend Platz, um einen angemessen breiten Radweg zu trassieren. Die Böschungen des Neckars unterhalb der Böschungsoberkante müssen von baulichen Anlagen freigehalten werden, um den Hochwasserabfluss des Neckars nicht zu behindern. Insofern sind hier die gestalterischen Spielräume außerordentlich stark eingeschränkt.

Zukünftig ist vorgesehen, die geplante Radschnellverbindung von Esslingen kommend am Ostufer des Neckars zu trassieren. Während dieses Ufer vorwiegend dem Verkehr dienlich ist (B10/B14 sowie die künftige Radschnellverbindung), soll das westseitige Ufer aufgewertet und insbesondere für Fußgänger attraktiv gestaltet werden (Projekt Wasenufer und Wasenquerung aus dem Handlungsprogramm "Erlebnisraum Neckar - ein Masterplan für Stuttgart als Stadt am Fluss").

Nachdem die Entscheidung über die Trassierung der Radschnellverbindung getroffen wurde, soll nun die Planung der Radschnellverbindung sowie einer begleitenden Fußwegeverbindung angegangen werden. Dabei sollen auch Fußwege in der Böschung sowie die fußläufige Anbindung der Uferflächen bei Frieda's Pier Berücksichtigung finden, auch wenn hier wegen dem erforderlichen Hochwasserabfluss die Gestaltungsspielräume stark eingeschränkt sind. Für erste Planungsschritte zur Verbesserung der fußläufigen Verbindung stehen Planungsmittel bereit. Umfangreiche Uferumgestaltungen wie angeregt, sind aus oben genannten Gründen nicht möglich.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Bad Cannstatt nimmt die Vorschläge der Bürger*innen zustimmend zur Kenntnis und kommentiert sie bewusst nicht.

Platz: 20

Vorschlag Nr. 60330

Bienenfutterpflanzen/Wildblumen auf öffentlichen Rabatten (lange Blumenbeete) pflanzen

Alle öffentlichen Rabatten sollten mit Bienenfutterpflanzen oder Wildblumen bepflanzt werden. Das sieht mindestens ebenso schön aus. Im Killesberger Park gibt es dazu schon Beispiele.

positive Wertungen: 918

negative Wertungen: 80

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stadt Stuttgart weist viele repräsentative Flächen auf, bei denen die Bürgerschaft eine gestalterisch hochwertige und blüh-intensive Bepflanzung wünscht und einfordert. Sogenannter Wechselblor besticht durch eine lange Blühphase, die in der Regel Wildpflanzen nicht bieten können. Eingesäte Blumenwiesen benötigen vergleichsweise lange bis ein Blütenflor entsteht, der ein adäquates Erscheinungsbild hinterlässt. Zudem ist die Akzeptanz der Bürgerschaft nicht überall gegeben vermeintliches Unkraut zu tolerieren.

Das Garten-, Friedhofs- und Forstamt stellt angesichts des Klimawandels und des Insektensterbens dennoch - dort wo eine Umsetzung erhöhte Akzeptanz findet - vermehrt Pflanzbeete auf trockenresistentere Pflanzen um, wie beispielsweise Staudenpflanzungen. Hier wird gezielt im Rahmen der Pflanzplanung auf Pflanzen geachtet, die als Nahrungsquelle für Insekten dienen. Durch die Reduzierung der Mahdvorgänge konnten bereits in den vergangenen Jahren intensiv gepflegte Rasenflächen zu artenreicheren Wiesenbeständen umgewandelt werden. Für die zusätzliche Optimierung vorhandener Beete wurden im Doppelhaushalt 2020/2021 insgesamt 200 000 Euro zur Verfügung gestellt.

In den aktuellen Planungen zur Freiraumgestaltung von neuen Wohnquartieren und Grünflächen werden immer die Aspekte der Nachhaltigkeit, Ökologie und Artenvielfalt im besonderen Maße berücksichtigt. Dabei spielt eine artenreiche Pflanzung eine zentrale Rolle.

Wertvolle Lebensräume für Insekten werden auch im Rahmen des Artenschutzkonzepts der Stadt Stuttgart geschaffen. In einem ersten Schritt wurden bereits 20 Pilotflächen ausgewiesen, die eine hohe natur- und artenschutzfachliche Relevanz besitzen. Hierbei zu nennen sind unter anderem die Dachswaldböschung in Stuttgart-Vaihingen, der südexponierte Waldrand am Lemberg in Stuttgart-Feuerbach und die wertvollen Felsaufschlüsse wie der Muschelkalk-Steinbruch Stephan, das Kotzenloch am Lemberg, der Stubensandstein-aufschluss auf der Egelseer Heide und die Felswand am Friedhof in Zuffenhausen.

Platz: 21

Vorschlag Nr. 62432

Baumpflanzungen Stg. West

Weitere Baumpflanzungen im Wohngebiet und an den Straßen sind für das Stadtklima und zur Schatten spendung im Sommer notwendig. Dabei bitte auch auf geeignete Baumarten achten, die eine dichte Krone ausbilden und dadurch mehr Sauerstoff produzieren können. Pflanzungen an Waldrandgebieten (Beispiel Kräherwaldstraße) sind zwar auch sinnvoll, aber auf gar keinen Fall ein Ersatz für Pflanzungen innerhalb der Wohngebiete.

positive Wertungen: 909

negative Wertungen: 101

Stellungnahme der Verwaltung

Das Garten-, Friedhofs- und Forstamt führt kontinuierlich Baumpflanzungen auf städtischen Flächen durch. Im Doppelhaushalt 2020/2021 wurden im Rahmen des Programms "Neues Grün in der Stadt 3.0" ergänzende Mittel in Höhe von insgesamt 430 000 Euro für Machbarkeitsstudien zur Erhebung neuer Baumstandorte und deren Realisierung, wie zum Beispiel in der Forststraße, bereit gestellt.

Mit dem Stuttgarter Klimaschutzprogramm wurden im Doppelhaushalt 2020/2021 bis zum Jahr 2023 zusätzliche Mittel von insgesamt 14,447 Mio. Euro für die Nach- und Neupflanzung sowie zur Pflege, Bewässerung und Vitalitätssteigerung von Bäumen im ganzen Stadtgebiet zur Verfügung gestellt. In der Forststraße wurden im Winter 2020/2021 bereits einige Bäume gepflanzt und weitere Baumpflanzungen folgen im kommenden Winter. Bei allen Pflanzungen werden besonders geeignete und von der Deutschen Gartenamtsleiterkonferenz in der Liste "Zukunftsbäume für die Stadt" empfohlene Baumarten ausgewählt.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat West hält Baumpflanzungen, im Wohngebiet, für klimatologisch wichtig. Der Vorschlag deckt sich mit verschiedenen Anträgen des Bezirksbeirats. Wichtig ist dem Bezirksbeirat West hierbei, dass:

- Gehwege bei weiteren Baumpflanzungen freigehalten werden
- Baumtröge als alternative Baumstandorte berücksichtigt werden
- bei neuen Plänen für Leitungen und bei anderen Infrastrukturmaßnahmen mögliche Baumpflanzstandorte berücksichtigt werden

Platz: 22

Vorschlag Nr. 62530

Projektleitungen für Schulsanierungen einstellen

Um die Schulsanierungen in Stuttgart endlich voranzubringen, sind Projektleitungen für jeden Sanierungsprozess dringend erforderlich. In Stuttgart scheitert Vieles an hoch komplexen Abstimmungsprozessen und vielseitigem Zuständigkeitschaos, obwohl das dafür benötigte Geld vorhanden wäre. Damit würden sich Prozesse verkürzen und es gäbe ein effektiveres Vorankommen.

<https://geb-stuttgart.de/> (Link zur Seite des GEB Stuttgart, dem Gesamtelternbeirat der Landeshauptstadt Stuttgart)

positive Wertungen: 908

negative Wertungen: 102

Stellungnahme der Verwaltung

Derzeit befinden sich 170 Schulen und Schulsportanlagen in der Verwaltung des Schulverwaltungsamtes, Tendenz steigend. Ein großer Teil der Gebäude ist in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts gebaut worden und in erheblichem Maße sanierungsbedürftig. Die Schulgebäude unterliegen einer hohen Nutzungsbeanspruchung (schulisch und außerschulisch).

Zum Stand Dezember 2020 umfasst das 2010 beschlossene Schulsanierungsprogramm 1.972 Maßnahmen und Projekte. Der finanzielle Umfang des Programms mit 1.972 Sanierungsmaßnahmen beträgt 676,19 Mio. Euro. Der Umfang des Sanierungsprogramms ist seit 2010 um 427 Maßnahmen mit einem Volumen in Höhe von 171,17 Mio. Euro gestiegen. 1.088 Maßnahmen von insgesamt aktuell 1.972 Maßnahmen sind abgerechnet und fertiggestellt.

Die Sanierungsplanung ist ein sich ständig weiterentwickelnder Prozess. Hinzu kommt, dass bei Gebäudesanierungen ein gewisses Risiko zum Beispiel aufgrund unvorhersehbarer Zusatzarbeiten besteht. Um eine effizientere Bearbeitung des Schulsanierungsprogramms zu erreichen, wird zu Beginn einer Planung nicht nur die im Schulsanierungsprogramm gelistete Einzelmaßnahme betrachtet, sondern ein ganzheitlicher Blick auf den Zustand des Gebäudes gerichtet. Erkenntnisse aus der Schulentwicklungsplanung werden hierbei ebenfalls berücksichtigt. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass der Umfang der Sanierung durch die Veränderung der Schullandschaft (Ganztagesbetreuung, Digitalisierung) zunehmend komplexer wird.

Neben dieser Komplexität führen weitere nicht von der Verwaltung beeinflussbare Faktoren zu Verzögerungen bei der Umsetzung des Sanierungsprogramms. Dies zeigt sich zum Beispiel in der Nichtbeteiligung von Firmen an Ausschreibungen, da es durch die boomende Bauwirtschaft zu Kapazitätsengpässen bei den Firmen kommt.

Neben den oben genannten Projekten aus dem Sanierungsprogramm bearbeiten die gegenwärtig 10 Projektleiter auch Projekte im Rahmen der laufenden Bauunterhaltung unserer Schulanlagen inklusive der gärtnerischen Unterhaltung der Außenbereiche.

Platz: 23

Vorschlag Nr. 62907

Silvesterfeuerwerk im öffentlichen Raum auf ausgewiesene Zonen begrenzen

Um die Luftqualität in Stuttgart zu verbessern und Feinstaubemissionen zu verringern sollte eine Beschränkung von Silvesterfeuerwerken auf definierte und abgesicherte Plätze, so wie Silvester 2020/21 auf Privatgrundstücke erlassen werden. Dies würde gleichzeitig Reinigungskosten sparen, die Luftqualität verbessern (Gesundheitswirkung) und zu einer Verringerung von Verletzungen führen.

positive Wertungen: 908

negative Wertungen: 262

Stellungnahme der Verwaltung

Es bestehen grundsätzlich keine Bedenken, ein zentrales Feuerwerk oder mehrere Feuerwerke als Bestandteil von Veranstaltungen zu genehmigen. Als Grundlage können die Erkenntnisse des Jahreswechsels 2019/2020 dienen.

Allerdings führt auch ein zentrales Feuerwerk nicht dazu, dass private Feuerwerke generell verboten werden können. Ein Verbot käme nur im Umfeld der Menschenansammlung im Bereich des zentralen Feuerwerks in Betracht. Für ein generelles Verbot fehlt es an einer Rechtsgrundlage.

Grundsätzlich dürfen nach dem einschlägigen Sprengstoffrecht pyrotechnische Gegenstände der Kategorie 2 am 31. Dezember und 1. Januar von Personen abgebrannt werden, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. In der Zeit vom 2. Januar bis 30. Dezember darf dies nur durch Inhaber einer entsprechenden Erlaubnis beziehungsweise eines Befähigungsscheines erfolgen. Damit gibt es eine bundesgesetzliche Freigabe für das sogenannte Silvesterfeuerwerk. Das Sprengstoffrecht erlaubt eine Beschränkung dieser Freigabe nur aus Gründen des Brandschutzes (etwa in engen Altstädten) oder bei Gebäuden mit besonders schützenswerten Bewohnern (etwa Krankenhäuser oder Altenheime). Für eine Beschränkung oder ein generelles Verbot aus Gründen der Feinstaubvermeidung oder allgemein des Immissionsschutzes sieht das Sprengstoffrecht dagegen keine Ermächtigung vor; diese müsste durch den Bundesgesetzgeber geschaffen werden.

Platz: 24

Vorschlag Nr. 60106

Wildbienen retten/unterstützen

Die Lugi-Naturforscher aus dem Ganzttag der Luginslandschule haben sich mit dem Thema Wildbienen beschäftigt. Sie sind zu dem Entschluss gekommen, etwas für die Wildbiene zu machen.

Die Lugi - Naturforscher haben herausgefunden, dass es den Wildbienen nicht gut geht. Sie sterben vor allem deswegen, weil viel Pestizide auf die Felder gesprüht werden und die Bienen diese bei der Nahrungsaufnahme mit aufnehmen. Sie sterben auch, weil die Städte wachsen und immer mehr Häuser gebaut, aber weniger Wiesen und Blumen angepflanzt werden.

Sie schlagen vor, Flachdächer zu bepflanzen und Flachdächer zu Wiesen zu machen. Viel Grünzeug und mehr Blumenwiesen anzulegen. Weniger Häuser zu bauen, sodass die Stadt Stuttgart mehr Grün hat und anlegen kann. Am besten gefiel die Idee, den Gaskessel zu begrünen.

Deshalb möchten wir die Wildbienen schützen und retten und bitten um Hilfe. Unsere Schulgelände bietet sich dafür sehr gut an, auf den flachen Dächern Pflanzen zu pflanzen und mehrere Insektenhotels auf dem Schulgelände hinzustellen.

Dieses Projekt wurde von den Kindern ausgearbeitet und auch beantragt.

positive Wertungen: 904

negative Wertungen: 98

Stellungnahme der Verwaltung

Bei der Aufstellung von Insektenhotels und ähnlichen Maßnahmen sind die örtlichen Gegebenheiten zu prüfen und eventuell Gefahren bei allergischen Auswirkungen von Insektenstichen abzuwägen. Die Aufstellung von Insektenhotels liegt in der Verantwortung der jeweiligen Schulleitung.

Bei Flachdachsanierungen wird grundsätzlich die Möglichkeit einer Begrünung geprüft und umgesetzt. Entsprechend der Zielsetzung der Landeshauptstadt Stuttgart eines flächendeckenden Ausbaus von Solarenergie (= Photovoltaikanlage) werden alle geeigneten Bestandsdächer städtischer Liegenschaften systematisch auf deren Eignung für Photovoltaik hin überprüft. Bei entsprechender Eignung werden Photovoltaikanlagen auf diesen Gebäuden realisiert. Dabei sind insbesondere die 170 schulischen Liegenschaften und 142 Schulsportstätten vorrangig umzusetzen.

Die Luginslandschule verfügt bereits über eine sehr großzügige Außenfläche. Weitere Maßnahmen zur Erhöhung des Grünanteils sind daher an der Luginslandschule nicht geplant.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Untertürkheim unterstützt das Projekt ausdrücklich und würde es sehr begrüßen, wenn auch die Pflanzbereiche des Karl-Benz-Platzes von der Stadt bienengerecht gestaltet würden.

Platz: 25

Vorschlag Nr. 62916

Haltestellen begrünen

Haltestellen sollten nicht an ein Warten auf Godot erinnern, sondern können kleine Oasen in der Stadt sein. Die Dachflächen könnten begrünt werden, aufrechte Flächen zum Beispiel mit Moosen oder Farnen o.ä. zum Leben erweckt werden. Dies würde sowohl lokal für Kühlung sorgen als auch das Gesamtklima der Stadt verbessern.

Schön war früher die Haltestelle Mineralbäder mit dem Efeu über / an dem Gestänge.

positive Wertungen: 903

negative Wertungen: 124

Stellungnahme der Verwaltung

Bisher wurde Seiten der Stadtplanung besonders auf Transparenz bei der Gestaltung von Haltestellen gelegt. Eine Dachbegrünung würde auch die Nutzung der Dachfläche für Photovoltaik ausschließen. Bei der SSB wird jedoch ein Projekt zur Begrünung von Buswartehallen durchgeführt, welches voraussichtlich im Sommer 2021 mit einer Pilotinstallation praxisnah getestet wird.

Platz: 26

Vorschlag Nr. 62559

Maßnahmenpaket für die weitere Umsetzung des Radentscheids

- Radroutennetz-Verdichtung Ziel: max. 350 m entfernt zu jeder Haustür.
- Herbst- und Winterdienstplan für Radrouten mit zuverlässiger Räumung.
- Darstellung aller Straßen, auf denen getrennte Radwege von min. 3 m Breite zulässig sind.
- Kampagne zu Überholabstand u.a. mit Hilfe des Stuttgarter Citizen-Science-Projekts "OpenBikeSensor".
- Straßennetz untersuchen bzgl. objektiver, subjektiver und sozialer Sicherheit mit Veröffentlichung in einer "Happy Bike Karte".
- Maschinenlesbare Veröffentlichung aller städtischen Verkehrsdaten, u.a. von Unfällen, Bußgeldern und Verkehrsströmen.
- Einrichtung und Erprobung von mindestens 3 Superblocks mit einer Versuchsdauer von min. 3 Jahren, kontinuierlicher Partizipation und Begleitforschung.
- Alle Fahrradstraßen weiter verkehrsberuhigen und sie unter Anliegerbeteiligung zu Vorbildern für die Life-Sized City machen.
- Einen Fahrstreifen der B27 von Charlottenplatz bis Degerloch in geschützten Radweg umwandeln und eine Panorama-Promenade für den Rad- und Fußverkehr schaffen.
- Vorhandene Parkhäuser und Tiefgaragen auch zum Fahrradparken nutzen.
- An Steigungsstrecken Pilotversuch mit Radträgern an Bussen durchführen.
- Einrichtung eines Radbügel-Beteiligungsportals nach Aachener Vorbild: <https://radbuegel-aachen.de>
- Entwicklung eines Gestaltungsstandards für Kreuzungen und Fahrradstraßen nach den Qualitätsstandards des Radentscheids und unter Beteiligung der sachkundigen Einwohner:innen sowie Expert:innen aus der Wissenschaft.
- Lastenrad-Verteilzentren an den Stationen des VVS-Netzes und dessen Nutzung für Gütertransport.
- Umsetzung einer dauerhaft öffentlichkeitswirksamen Falschparker-Abschleppkampagne.
- Ein schriftlicher Bericht über Umsetzungsstand der Radentscheidziele und städtische Akquise von Radverkehrsfördermitteln wird jährlich veröffentlicht und in Bürgerforen und politischen Gremien diskutiert.

Weitere Infos und Bürgerhaushalt-Vorschläge: zweirat-stuttgart.de/buergerhaushalt-2021

positive Wertungen: 895

negative Wertungen: 241

Stellungnahme der Verwaltung

2019 wurde das Bürgerbegehren Radentscheid Stuttgart mit seinen 11 Zielen zur Verbesserung des Radverkehrs aus rechtlichen Gründen für unzulässig erklärt. Der Gemeinderat hat die Forderungen des Radentscheids jedoch größtenteils übernommen und 2019 einen Grundsatzbeschluss gefasst, dass Stuttgart zur echten Fahrradstadt werden soll. In einem Ergänzungsbeschluss wurden weitere 18 Maßnahmen formuliert, die dieses Ziel unterstützen. So soll zum Beispiel der Anteil der Radfahrenden in Stuttgart auf 25% gesteigert werden und die Ausgaben für den Radverkehr langfristig auf 40 Euro pro Einwohner jährlich steigen (2019 ca. 12 Euro pro Einwohner, 2021 bereits ca. 20 Euro pro Einwohner). Außerdem soll der Ausbau des Hauptradroutennetzes bis 2030 abgeschlossen sein, beziehungsweise in allen Stadtvierteln soll mindestens eine Fahrradstraße auf Nebenstraßen ausgewiesen werden. Grundlage für die Planungen ist das Radverkehrskonzept, das weiter fortgeschrieben wird. Sachkundige Einwohner aus der Initiative Radentscheid und anderen Gruppierungen (zum Beispiel ADFC, VCD, Fahrradoffensive Naturfreunde) werden regelmäßig in die Planungen und Konzepte einbezogen und erörtern mit der Stadtverwaltung Verbesserungen der Infrastruktur und Möglichkeiten der Radförderung.

Das Maßnahmenpaket im Rahmen des Bürgerhaushalts enthält 16 einzelne Vorschläge:

1. Radroutennetz-Verdichtung

Durch den Ausbau und Fertigstellung des Hauptradroutennetzes wird eine Verdichtung des Netzes erreicht.

2. Herbst- und Winterdienstplan für Radrouten mit zuverlässiger Räumung

Die Verwaltung erarbeitet derzeit ein entsprechendes Konzept.

3. Darstellung aller Straßen, auf denen getrennte Radwege von mindestens 3 m Breite zulässig sind

Eine Überprüfung, ob an bestehenden Straßen bauliche Radwege zulässig sind, erfolgt im Rahmen konkreter Planungen. Eine vollständige Bestandsaufnahme aller Straßen ohne konkreten Planungshintergrund ist nicht leistbar und nicht zielführend.

4. Kampagne zu Überholabstand unter anderem mit Hilfe des Stuttgarter Citizen-Science-Projekts "OpenBike-Sensor"

Eine solche Kampagne wird zurzeit unter anderem bereits von der Stuttgarter Zeitung durchgeführt. Des Weiteren wurde im Mai eine groß angelegte Kampagne zum Thema Überholabstand von der Landeshauptstadt initiiert.

5. Straßennetz untersuchen bezüglich objektiver, subjektiver und sozialer Sicherheit mit Veröffentlichung in einer "Happy Bike Karte"

Für Sicherheitsanalysen existieren verschiedene methodische Ansätze – Happy Bike ist hiervon nur einer. Die Idee einer Sicherheitsanalyse - speziell für den Radverkehr - kann in der Fortschreibung des Radverkehrskonzepts verankert werden.

6. Maschinenlesbare Veröffentlichung aller städtischen Verkehrsdaten, unter anderem von Unfällen, Bußgeldern und Verkehrsströmen

Mit der Digitalisierungsstrategie Digital MoveS hat die Stadt Stuttgart bereits den Weg der Digitalisierung beschritten und baut kontinuierlich ihre Online-Services aus – hierzu gehört auch die Bereitstellung von Mobilitätsdaten.

7. Einrichtung und Erprobung von mindestens 3 Superblocks mit einer Versuchsdauer von mindestens 3 Jahren, kontinuierlicher Partizipation und Begleitforschung

Das Thema Superblock wird von der Verwaltung derzeit untersucht.

8. Alle Fahrradstraßen weiter verkehrsberuhigen und sie unter Anliegerbeteiligung zu Vorbildern für die Life-Sized City machen

Die Einführung von Fahrradstraßen werden aktuell in den zuständigen Bezirksbeiräten besprochen. Die Idee von zusätzlichen verkehrsberuhigenden Maßnahmen wird, falls nötig, im Nachgang untersucht. Weitere Beteiligung der Anlieger erfolgt in Einzelfällen auch durch Vor-Ort-Begehungen.

9. Einen Fahrstreifen der B27 von Charlottenplatz bis Degerloch in geschützten Radweg umwandeln und eine Panorama-Promenade für den Rad- und Fußverkehr schaffen

Für die Neue Weinsteige wird bereits die Machbarkeit von Radverkehrsanlagen untersucht. Für den Bereich Charlottenplatz bis Bopser fehlt derzeit noch die konzeptionelle Grundlage.

10. Vorhandene Parkhäuser und Tiefgaragen auch zum Fahrradparken nutzen

Beim Neubau von Tiefgaragen oder Parkhäusern die von der Stadt Stuttgart bewirtschaftet werden, sind Abstellanlagen für Fahrräder in der Regel eingeplant – Beispiel Neckarpark Quartiersgarage. Bei bestehenden Parkhäusern oder Garagen sind die baulichen Voraussetzungen (zum Beispiel Zufahrten) oftmals nicht gegeben, aber es werden bereits Überlegungen angestellt und erste Untersuchungen angestoßen, wie eine Nutzung zum Fahrradparken aussehen könnte.

11. An Steigungsstrecken Pilotversuch mit Radträgern an Bussen durchführen

Zwischen Mai und Oktober können an Wochenenden und Feiertagen mit der Buslinie 92 vom Rotebühlplatz bis Forsthaus Fahrräder mitgenommen werden. Weitere Konzepte zur Fahrradmitnahme in Bussen werden bereits in Arbeitsgruppen mit der SSB erörtert.

12. Einrichtung eines Radbügel-Beteiligungsportals nach Aachener Vorbild: <https://radbuegel-aachen.de>

Die Stadt Stuttgart hat einen Förderantrag im Rahmen des Programms „Modellprojekte Smart Cities: Stadtentwicklung und Digitalisierung“ eingereicht. Als ein Teilprojekt der Maßnahme „Urbaner Raum _ Urbane Mobilität“ (URUM) ist eine digitale Meldeplattform für Fahrradabstellanlagen vorgesehen.

13. Entwicklung eines Gestaltungsstandards für Kreuzungen und Fahrradstraßen nach den Qualitätsstandards des Radentscheids und unter Beteiligung der sachkundigen Einwohner*innen sowie Expert*innen aus der Wissenschaft

Das Thema wurde bereits in einer Arbeitsgruppe mit den sachkundigen Einwohnern angesprochen. Ein

regelmäßiger Austausch mit Expert*innen der Wissenschaft findet ebenfalls statt. An der Entwicklung von Standards wird kontinuierlich gearbeitet.

14. Lastenrad-Verteilzentren an den Stationen des VVS-Netzes und dessen Nutzung für Gütertransport
An 10 RegioRad-Stationen gibt es bereits Lastenräder zur Ausleihe. Die RegioRad-Stationen befinden sich häufig in der Nähe von Stationen des öffentlichen Nahverkehrs.

15. Umsetzung einer dauerhaft öffentlichkeitswirksamen Falschparker-Abschleppkampagne
Mit „Stuttgart parkt fair“ wurde bereits eine Kampagne etabliert, um die Bedeutung von Parkregelungen hervorzuheben. Um verstärkt für ein faires Miteinander im Straßenverkehr zu werben, wird das Konzept von „Stuttgart parkt fair“ zurzeit überarbeitet.

16. Ein schriftlicher Bericht über Umsetzungsstand der Radentscheidziele und städtische Akquise von Radverkehrsfördermitteln wird jährlich veröffentlicht und in Bürgerforen und politischen Gremien diskutiert
Ein Bericht über den Umsetzungsstand zum Zielbeschluss des Gemeinderats (Stuttgart zur fahrradfreundlichen Stadt machen) erfolgt zweimal jährlich im Unterausschuss Mobilität, der öffentlich tagt.

Platz: 27

Vorschlag Nr. 62547

Freie Fahrt für Stuttgarter Schülergruppen (siehe stuttgarterschulergruppen.jimdo.com)

Zum sechsten Mal fordern die Schüler Freie Fahrt im Bürgerhaushalt, denn Bildung muss nicht am Tisch stattfinden. Deshalb werden im Schul- und Betreuungsbereich regelmäßige Exkursionen zu Bildungsangeboten wie Museen, Veranstaltungen im Sport- und Forschungsbereich, Theaterbesuche, Betriebe, Naturerlebnisse ermöglicht. Dies erfordert die Nutzung des ÖPNV mit den Schülergruppen.

Wegen dem dafür nötigen Kauf von Fahrscheinen ist die Umsetzung solcher Exkursionen für die Betreuer mit hohem Planungsaufwand verbunden: Briefe schreiben, wohin es gehen soll, wie viel Geld mitgebracht werden soll, überlegen welche Zonen gebraucht werden, Kinder und Eltern erinnern, Geld einsammeln für die Fahrscheine, Schüler mit School-Abo müssen berücksichtigt werden, unangemeldete Schüler kommen spontan dazu, und so weiter. Am Fahrkartenautomat dauert es sehr lange, bis die Fahrkarten aus dem Automaten kommen. Nebenher müssen die Kinder beaufsichtigt werden. Grundschüler besitzen in der Regel kein Schoolabo. Daher fordern wir in der "kinderfreundlichsten Stadt Deutschlands" die „Freie Fahrt“ im VVS-Netz für Stuttgarter Schülergruppen und deren Betreuer/Lehrer.

Die Idee:

Jede Kinder- und Jugendeinrichtung erhält eine Fahrkarte, die ausweist, dass die Schülergruppe dieser Schule oder dieser Einrichtung im Rahmen von Bildungs- und Freizeitexkursionen mit dieser Fahrkarte kostenlos unterwegs sein darf. Seit 2006 hat der Schülerhort Helfergasse von Schülern, Erziehern, Lehrern, Eltern mittlerweile über ca. 10.000 Unterschriften gesammelt und öffentlich mit der Presse Oberbürgermeister Dr. Schuster überreicht. Immer am Weltkindertag, 20. September, macht der Schülerhort Helfergasse mit Aktionen auf das Thema "Freie Fahrt für Schülergruppen" aufmerksam. Bitte unterstützen Sie unser Anliegen und stimmen Sie im Bürgerhaushalt für die kostenlose Beförderung ALLER Stuttgarter Schülereinrichtungen und Schulklassen innerhalb des VVS.

positive Wertungen: 894

negative Wertungen: 187

Stellungnahme der Verwaltung

Der Verwaltungsausschuss hat am 10.04.2019 beschlossen, die freie Fahrt für Schülergruppen zunächst im Rahmen eines Pilotprojekts zu erproben. So startete im Schuljahr 2019/2020 der Pilotversuch „Freie Fahrt für Schülergruppen“ an 9 Stuttgarter Grundschulen und einer Grundschule in freier Trägerschaft innerhalb des Stadtgebiets Stuttgart.

Aufgrund der Corona-Pandemie und des damit verbundenen Verbots von Schulausflügen endete der Pilotversuch vorzeitig im März 2020 und wurde auch im Schuljahr 2020/2021 nicht fortgesetzt. Am 19.05.2021 wurde die Wiederaufnahme des Pilotversuchs ab dem kommenden Schuljahr in der Sitzung des Verwaltungsausschusses beschlossen. Zudem wird die Verwaltung beauftragt, die flächendeckende Einführung der „Freien Fahrt für Schülergruppen“ an Grundschulen zu prüfen. Nach der Evaluation des Pilotprojekts wird entschieden, ob der Pilotversuch auf alle Stuttgarter Grundschulen ausgeweitet wird.

Zur genauen Kostenabrechnung mit der SSB wurde eine App entwickelt über welche Tickets für Schülergruppen gekauft werden können. Tickets für private Begleitpersonen können über dieses System ebenfalls erworben werden. Dieses System hat sich als sehr sinnvoll erwiesen, die Rückmeldungen der teilnehmenden Schulen waren durchweg positiv. Die Tickets für Lehrer müssen, aufgrund ihres Status als Landesmitarbeiter, weiterhin getrennt erworben werden.

Eine schnelle Übertragung des Pilotprojekts an allen Stuttgarter Schulen ist möglich. Die Rahmenbedingungen, auch bezüglich des Beschaffungs- und Abrechnungsverfahrens, sind bereits bekannt. Dieses Pilotprojekt ist somit ein erster Schritt um den Vorschlag „Freie Fahrt für Stuttgarter Schülergruppen“ zu analysieren und umzusetzen.

Platz: 28

Vorschlag Nr. 60231

Stuttgart muss grüner werden: Plätze bepflanzen

Stuttgart hat zwar schon viel Bäume, aber Stuttgart, benötigt noch viel mehr Grün, wegen des Klimawandels, des Feinstaubes und so weiter. Zum Beispiel könnte man die trostlosen Plätze wie den Marienplatz, Südheimer-Platz und beim Milaneo bepflanzen. Da ist mehr Asphalt als Grünfläche!

positive Wertungen: 873

negative Wertungen: 102

Stellungnahme der Verwaltung

Die Gestaltung des Marienplatzes, Südheimer Platzes und Mailänder Platzes sind alles Ergebnisse von Wettbewerbsverfahren. Nachträgliche Eingriffe durch dauerhafte Baumpflanzungen bedeuten eine Verletzung von Urheberrechten, die mit den Preisträgern in jedem Einzelfall abzuklären wären. Denkbar sind mobile Pflanzkübel, die allerdings stadtgestalterisch hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit zu überprüfen wären.

Platz: 29

Vorschlag Nr. 62299

Tagesticket einführen (24-Stunden-Ticket)

In Stuttgart möge der Tag wie auch in vielen anderen deutschen und europäischen Städten auch 24 Stunden lang sein. Es ist unverständlich wenn man abends anreist und am kommenden Tag noch in der Stadt noch etwas unternehmen möchte oder Kinder betreuen muss und am nächsten Tag für die Rückfahrt noch einmal bezahlen muss.

positive Wertungen: 871

negative Wertungen: 104

Stellungnahme der Verwaltung

Im VVS-Tarif wurde der Preis des TagesTickets zur Tarifreform am 1. April 2019 deutlich ermäßigt und wird seither in fünf Preisstufen (1 bis 4 Zonen, Netz) angeboten. Der Preis beträgt exakt das doppelte des jeweiligen EinzelTickets (= Hin- und Rückfahrt), bereits die dritte Fahrt ist damit für die Kunden kostenfrei. Damit wurde das TagesTicket bewusst als Basisangebot im Gelegenheitsverkehr positioniert. Für Fahrten in Stuttgart kostet das TagesTicket damit jetzt nur noch 5,10 Euro beim Kauf mit dem Handy beziehungsweise 5,40 Euro beim Kauf beim Automaten oder Busfahrer. Dies ist der günstigste Preis für ein TagesTicket unter allen Großstädten in Deutschland. In einzelnen Verkehrsverbänden gibt es zwar ein 24-Stunden-Ticket, das aber in der Regel deutlich teurer ist als das TagesTicket in Stuttgart. Die meisten Verkehrsverbände bieten – wie der VVS – nach wie vor ein TagesTicket an. Das TagesTicket im VVS gilt zudem bis 7:00 Uhr am Folgetag. Für eine 24-Stunden-Gültigkeit ist bei den aktuellen Preisen kein Spielraum.

Platz: 30

Vorschlag Nr. 62856

Stadtacker Wagenhallen e.V. mit Flächen unterstützen

Der Gemeinschaftsgarten Stadtacker Wagenhallen e.V. in Stuttgart-Nord, der ein Ort der Integration und Naturbildung ist, soll zusätzlich und längerfristig zentraler Ort für eine lokale Infrastruktur werden. Ziel ist es durch freiwillige Beteiligung der BürgerInnen ein autarkes Versorgungssystem zu schaffen, indem Bioabfall und Grünschnitt aus der näheren Umgebung gesammelt wird, um daraus fruchtbare Erde und Nahrung herzustellen.

Dies erhöht, durch biologisches Gärtnern, die Biodiversität und durch freiwillige Beteiligung der BürgerInnen auch die Resilienz der Stadtgesellschaft.

Da der Stadtacker im Zuge der Neubebauung des Gebiets C1 umziehen muss, ist es wichtig, dass es einen direkten Umzug auf eine möglichst dauerhafte Ersatzfläche gibt, um eine vorübergehende Pausierung des Vereins zu vermeiden. Dazu braucht es eine Zusage zur Nutzung der aktuellen Fläche bis Baubeginn auf C1 und finanzielle Unterstützung diesen Ort in so einer schwierigen Phase zu erhalten.

positive Wertungen: 869

negative Wertungen: 144

Stellungnahme der Verwaltung

Im Rahmen des durchgeführten Akteursprozesses zur Maker-City hat das Amt für Stadtplanung und Wohnen gemeinsam mit den Akteuren des Stadtackers e. V. einen Weg entwickelt, der den Umzug zu einem neuen dauerhaften Standort im C1-Gebiet, das im Wesentlichen das Umfeld der Wagenhalle umfasst, sicherstellt. Der zeitliche Ablauf des Umsiedlungsvorgangs ist grob abgestimmt.

Mit dem Vorlauf von aktuell noch 1,5 Jahren wird eine detailliertere Abfolge des Umzugs in enger Abstimmung mit dem Stadtacker e.V. entwickelt. Das Ziel dabei ist, den Umzug direkt auf die neue Fläche - also ohne dass die Vereinstätigkeit vorübergehend ausgesetzt werden muss - anzustreben. Die städtebauliche Planung nimmt im Bereich des künftigen Standortes sehr bewusst Bezug auf Gestaltung und den besonderen Charakter des Stadtackers. Die Infrastruktur und Bedarfe werden bereits abgestimmt und fließen in die weiteren Planungen ein. Insbesondere der Aspekt der Biodiversität und die Koexistenz mit verschiedenen Tierarten ist hier hervorzuheben.

Ein Aspekt in der Akteursbeteiligung mit dem Stadtacker e.V. ist, inwieweit sich der Stadtacker über den vorgesehenen neuen Standort hinaus in die MakerCity hinein entwickeln wird. Eine enge räumliche und soziale Vernetzung wird seitens des Vereins mit den Öko- und Sozialpionieren angestrebt.

Im Rahmen des Förderprogramms Urbane Gärten, Förderbereich "Erstanlage und Erstausrüstung", können Kosten gefördert werden, die für die Neuanlage und Ausstattung der neuen Fläche anfallen. Das sind gem. aktueller Förderrichtlinie Urbane Gärten bis zu 4.000 Euro bei einer Anteilsfinanzierung von 70 Prozent: <https://www.stuttgart.de/leben/stadtentwicklung/stadtplanung/stadterneue...>

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Nord befürwortet den Vorschlag einstimmig. Freiwilliges Engagement der Bürgerinnen und Bürger für ein weitgehend autarkes Versorgungssystem ist unterstützenswert. Ebenso wird die finanzielle Unterstützung befürwortet.

Platz: 31

Vorschlag Nr. 62903

Benutzbarkeit von Zonentickets für Hin- und Rückfahrt zulassen

Die Preise für die Einzeltickets/Mehrfahrkarten sind viel zu hoch. Wie in Kopenhagen soll eine gewisse Gültigkeitsdauer eingeführt werden - z. B. Zwei-Zonen-Ticket eine Stunde. In der Zeit kann man in der gelösten Zone nicht nur Hin- sondern auch zurückfahren.

positive Wertungen: 862

negative Wertungen: 131

Stellungnahme der Verwaltung

Das Ticket-Angebot des VVS im Bereich des „Gelegenheitsverkehrs“ bietet vom Grundsatz her zweierlei Ansatzpunkte: Einzel- und 4er-Tickets für einzelne Fahrten in eine Richtung (sieben Preisstufen) sowie Tages-Tickets für einen Tag lang (und bis 7:00 Uhr am nächsten Morgen) mit uneingeschränkter Bewegungsfreiheit (für fünf verschiedene Preisstufen).

Ein Fahrgast kann hier nach persönlichem Bedürfnis entscheiden, welches Ticket für ihn in der jeweiligen Situation das passende Ticket darstellt. Fahrgäste, die nicht nur in eine Richtung unterwegs sind, sondern am selben Tag hin- und zurückfahren, sind mit dem günstigen VVS-TagesTicket am besten unterwegs. Diese VVS-TagesTickets kosten exakt das doppelte des jeweiligen EinzelTickets, sodass ab der dritten Fahrt keine Kosten mehr für den Fahrgast anfallen. Für Fahrten in ganz Stuttgart kostet das TagesTicket nur 5,10 Euro beim Kauf mit dem Handy, beziehungsweise 5,40 Euro beim Kauf beim Automaten oder Busfahrer. Dies ist der günstigste Preis für ein TagesTicket unter allen Großstädten in Deutschland. Bei diesem Preis besteht kein Spielraum für ein noch günstigeres, „kleines“ TagesTicket für eine Stunde. In Deutschland sind EinzelTickets, die für eine Fahrt in eine Richtung gelten, die übliche Variante.

Platz: 32

Vorschlag Nr. 60903

Rosenstein Eisenbahnbrücke als Park über dem Neckar umbauen

Die unter Denkmalschutz stehende Eisenbahnbrücke wird nach Fertigstellung von S21 (voraussichtlich 2025) nicht mehr für den Bahnverkehr benötigt. Brücke und Tunnel sollten zur Schaffung einer hochwertigen Verbindung für Fußgänger und Radfahrer genutzt werden. Damit würde eine städtebauliche Verbindung (Stadt am Fluss !) zwischen der Innenstadt sowie dem neuen Rosensteinviertel mit dem Neckarufer, Bad Cannstatt, und auch dem alten und neuen Neckarpark hergestellt. Im Tunnel wäre sicher auch Platz für einen neuen Club "Röhre". Die Dimension der Brücke bietet die Möglichkeit zur Schaffung einer "Grünen Oase", von der das Treiben auf dem Neckar erlebt werden kann und wäre damit auch ein adäquater Ersatz für den beliebten Holzsteg.

positive Wertungen: 860

negative Wertungen: 109

Stellungnahme der Verwaltung

Die Anregung ist Gegenstand der Planungen zum neuen Quartier Rosenstein sowie der Planungen in Verbindung mit dem Handlungsprogramm "Erlebnisraum Neckar - Ein Masterplan für Stuttgart als Stadt am Fluss"(siehe Stellungnahme zu Vorschlag 61203).

Die alte Eisenbahnbrücke eignet sich insbesondere die aus Norden, Süden und Osten kommenden Radverbindungen zu bündeln und den Radverkehr über die alte Eisenbahnbrücke, durch einen der zwei zukünftig nicht mehr vom Eisenbahnverkehr genutzten Tunnel unter dem Rosenstein hindurch und entlang der neuen Quartiere in Richtung Innenstadt zu führen.

Derzeit wird die Statik der Brücke geprüft, um weitere Nutzungsmöglichkeiten wie die Anlage von Grünflächen oder die Errichtung von baulichen Anlagen für Gastronomie, Kunst und Kultur fundiert ausloten zu können. Alle Nutzungen müssen eng mit dem Landesdenkmalamt abgestimmt werden, da die Brücke zwar als Teil der Sachgesamtheit der Eisenbahnanlagen von Bad Cannstatt bis Feuerbach unter Denkmalschutz steht, jedoch auch als Einzelbauwerk die Eigenschaft eines Denkmals aufweist.

Weiterhin muss mit der Bahn und dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt geklärt werden, ob und zu welchen Bedingungen die Stadt die Brücke übernehmen und für andere Zwecke als für den Eisenbahnverkehr, für den die Brücke rechtlich gewidmet ist, nutzen darf. Neben rechtlichen Fragestellungen sind hierbei insbesondere die Kosten für Sanierung und Unterhaltung des Bauwerkes zu prüfen. Zu berücksichtigen ist zudem, dass Teile der Brücke dem beschlossenen Ausbau der Schleusen im Wege stehen und für diese Konfliktlage gesonderte, voraussichtlich sehr kostenintensive, konstruktive Lösungsansätze gefunden werden müssen. Sobald die technischen Fragen geklärt sind, wird die Verwaltung den Gemeinderat entsprechend informieren, welcher dann die Entscheidungen über die weitere Nutzung der Brücke treffen kann.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Bad Cannstatt nimmt die Vorschläge der Bürger*innen zustimmend zur Kenntnis und kommentiert sie bewusst nicht.

Platz: 33

Vorschlag Nr. 60122

Stuttgart holt Luft (Keine privaten Silvesterfeuerwerke mehr - dafür ein städtisches)

Fürs Klima - Gegen Feinstaub.

Die letzten beiden Jahre haben gezeigt: es geht!

Jetzt weiterführen und noch besser machen.

So einfach geht's ...

Jede Stuttgarterin und jeder Stuttgarter sorgt durch den Verzicht auf Silvesterfeuerwerk jeglicher Art für bessere Luft.

So genial wirkt's ...

In nur 2 Stunden sparen wir in Summe bis zu 10% der jährlichen Feinstaubbelastung durch Kraftfahrzeuge ein.

Trotzdem:

Es ist kein Kompletterverzicht auf diese schöne Tradition: Ein zentrales Feuerwerk gibt's trotzdem. Schadstoffarm und opulent. Bezahlt von der Stadt, Spendern und Sponsoren. Und alle Kirchenglocken läuten.

Warum?

Weil Stuttgart eine traurige Spitzenposition bei der Feinstaubbelastung hat. Wir haben hier eine gesundheitsschädliche Luftverschmutzung, die rekordverdächtig ist. Am 1. Januar 2017 wurde aufgrund des Feuerwerks ein Spitzenwert von 173 µg gemessen. Und das bei einer EU-Normgrenze von 50 µg. Die beiden letzten Silvester haben gezeigt: die Zeit ist reif für neue Konzepte.

Noch was?

Ja, außer der besagten verbesserten Luftqualität für uns alle, gibt es noch zahlreiche weitere positive Effekte:

- > Weniger Todesfälle und Atemwegserkrankungen
 - > Keine Verletzten und keine Brände durch unkontrollierte Feuerwerkskörper
 - > Haustiere aller Art geraten nicht mehr in Angst und Panik wegen des omnipräsenten Lärms
 - > Keine Erinnerung an traumatische Geräusche von Kriegen oder Gewalttaten
 - > Vermeidung des riesigen Müllaufkommens (z.T. kaum zu entsorgen)
 - > Einsparung der städtischen Sonderreinigungskosten
 - > Weniger Rohstoffvergeudung
 - > Verbesserung der Ökobilanz (die allermeisten der Feuerwerkskörper kommen aus China und Fernost)
- und vieles mehr

<http://www.stuttgart-holt-luft.de>

Die Initiative von OA Krimmel gibt es bereits seit 2017. Und wir haben viel bewegt. Danke an alle!

positive Wertungen: 860

negative Wertungen: 264

Stellungnahme der Verwaltung

Es bestehen grundsätzlich keine Bedenken, ein zentrales Feuerwerk oder mehrere Feuerwerke als Bestandteil von Veranstaltungen zu genehmigen. Als Grundlage können die Erkenntnisse des Jahreswechsels 2019/2020 dienen.

Allerdings führt auch ein zentrales Feuerwerk nicht dazu, dass private Feuerwerke generell verboten werden können. Ein Verbot käme nur im Umfeld der Menschenansammlung im Bereich des zentralen Feuerwerks in Betracht. Für ein generelles Verbot fehlt es an einer Rechtsgrundlage.

Grundsätzlich dürfen nach dem einschlägigen Sprengstoffrecht pyrotechnische Gegenstände der Kategorie 2 am 31. Dezember und 1. Januar von Personen abgebrannt werden, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. In der Zeit vom 2. Januar bis 30. Dezember darf dies nur durch Inhaber einer entsprechenden Erlaubnis beziehungsweise eines Befähigungsscheines erfolgen. Damit gibt es eine bundesgesetzliche Freigabe für das sogenannte Silvesterfeuerwerk. Das Sprengstoffrecht erlaubt eine Beschränkung dieser Freigabe nur aus Gründen des Brandschutzes (etwa in engen Altstädten) oder bei Gebäuden mit besonders schützenswerten Bewohnern (etwa Krankenhäuser oder Altenheime). Für eine Beschränkung oder ein generelles Verbot aus Gründen der Feinstaubvermeidung oder allgemein des Immissionsschutzes sieht das Sprengstoffrecht dagegen keine Ermächtigung vor; diese müsste durch den Bundesgesetzgeber geschaffen werden.

Platz: 34

Vorschlag Nr. 61391

Kostenlose und saubere öffentliche Toiletten in allen Stadtteilen schaffen

In allen Stadtteilen sollten kostenlose Toiletten in stabiler Form (z. B. aus Metall) errichtet werden, insbesondere in der Nähe von Stadtbahnhaltestellen, Stadtbahn-/Bus-Umsteigestationen, bei größeren Spielplätzen, in größeren Parkanlagen und bei Marktplätzen, die auch von Gehbehinderten genutzt werden können (möglichst keine Stufen). In allen städtischen Ämtern sollten öffentlich zugängliche Toiletten eingerichtet werden (ohne Schlüssel zugänglich). Die Toiletten sollten regelmäßig gereinigt werden, bei großem Andrang mehrfach täglich.

positive Wertungen: 859

negative Wertungen: 101

Stellungnahme der Verwaltung

In Stuttgart werden zurzeit 72 öffentliche Toiletten betrieben. Derzeit laufen die Planungen um die 27 automatischen Toiletten im Stadtgebiet bis 2025 zu erneuern. Schon dadurch wird sich das Toilettenangebot verbessern. Es ist dabei vorgesehen sämtliche neuen Toiletten behindertengerecht auszuführen. Das Planungskonzept wird dem Gemeinderat vorgestellt, in diesem Zuge wird dann auch über die Gebühren für die Toilettennutzung entschieden werden.

Platz: 35

Vorschlag Nr. 60906

Café auf dem Marktplatz

Es muss doch möglich sein, dass es in Stuttgart auf dem Marktplatz ein Café gibt. Das gehört doch auch zur Stadtkultur. Selbst wenn die Mieten so hoch sind, muss meines Erachtens die Stadt Stuttgart Subventionen anbieten, damit sich hier ein Cafébetreiber halten kann. Das Scholz war ein echter Anziehungspunkt. Stattdessen gibt man Geld für Fahrradzähler aus.

positive Wertungen: 859

negative Wertungen: 144

Stellungnahme der Verwaltung

Die Attraktivität von Innenstädten wird durch ein vielfältiges Angebot an Einzelhandel, Dienstleistung, Kultur und Erholungsflächen beeinflusst. Insofern ist die Funktionsmischung von besonderem Interesse. Die Wirtschaftsförderung der Landeshauptstadt Stuttgart unterstützt aufgrund dessen grundsätzlich Ansiedlungen gastronomischer Betriebe, da auch gastronomische Angebote in der Regel ein Anziehungspunkt zur Belegung sind, zum Verweilen einladen und die räumliche Atmosphäre und Aufenthaltsqualität positiv beeinflussen.

Das gastronomische Angebot in Großstädten und deren Flächen ist in den letzten Jahrzehnten stark angestiegen. Man spricht diesbezüglich auch von einer „Mediterranisierung der Freiraumnutzung“. Ein Aspekt des Phänomens ist die quantitative Erweiterung von Außenterrassen. Auch in der Stuttgarter Innenstadt haben sich die Gesamtflächen und damit der Faktor Aufenthaltsqualität erhöht. Eine Zahl verdeutlicht die Zunahme: während in den Jahren 2009 bis 2014 jährlich ca. 500 Straßenwirtschaften auf öffentlichen Flächen in der Landeshauptstadt Stuttgart genehmigt wurden, stieg die Zahl bis ins Jahr 2019 auf über 600 an. Insofern hat sich die Verweilqualität, was das Sitzen und Verweilen auf außergastronomischen Flächen angeht, in Stuttgart generell in den letzten Jahren positiv entwickelt. In der Stuttgarter Innenstadt sind zahlreiche gastronomisch genutzte Außenterrassen dazugekommen, wie beispielsweise im Dorotheenquartier, am Schlossplatz, in der Calwer Straße und Tübinger Straße.

Der Marktplatz selbst wird derzeit umfassend neu gestaltet, sodass auch an diesem Standort eine Verbesserung stattfindet: Ein Natursteinbelag ersetzt die alten Pflastersteine, gegenüber dem Rathaus werden zukünftig Fontänen sprudeln und der Marktbrunnen soll auf das Platzniveau gehoben werden. Geplant sind in dem Zusammenhang die Bewirtschaftung der Terrasse des Ratskellers als auch die Prüfung einer möglichen Erweiterung der Außenfläche. Auch für die Neunutzung anderer Gebäude im Umfeld des Marktplatzes werden gastronomische Möglichkeiten stets geprüft. Bei Leerständen obliegt natürlich den Eigentümern die Vermietung und Verpachtung, sodass hier die Handlungsfähigkeit der Kommune dadurch begrenzt ist. Direktsubventionen für am Marktplatz ansässige Einzelunternehmen kann die Landeshauptstadt Stuttgart aus wettbewerbsrechtlichen Gründen und im Zuge des Gleichbehandlungsgebotes nicht anbieten.

Innerhalb der Stadtverwaltung übernimmt die Abteilung Wirtschaftsförderung eine Lotsenfunktion für Unternehmen, die ihre Ideen platzieren möchten. Im Rahmen dieser Tätigkeit ist sie unterstützend tätig. Insofern ist die Abteilung Wirtschaftsförderung auch für Flächensuchende im Bereich Gastronomie Ansprechpartner für die gesamte Stadt.

Basisinformationen zur aktuellen Entwicklung auf dem Marktplatz erhalten Sie laufend aktualisiert unter <https://www.stuttgart-meine-stadt.de/content/bbv/details/345?tab=0>.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Mitte befürwortet diesen Vorschlag.

Platz: 36

Vorschlag Nr. 62849

Das Neckar "S" als Symbol für die "Stadt am Fluss" umsetzen

Stadt am Fluss: Jetzt, statt erst in Jahrzehnten!

Es ist sehr einfach, Stuttgart auf einem Satellitenbild von gesamt-Baden-Württemberg zu finden. Man braucht nur zu schauen, wo der Neckar ein „S“ formt, S für Stuttgart!

Mit diesem natürlichen Symbol scheint der Neckar geradezu einzufordern, endlich mit der „Stadt am Fluss“ zu beginnen. Das „S“ erstreckt sich zwischen Bad Cannstatt und Mühlhausen, vorbei an Münster und Hofen.

Leider hat sich die Landeshauptstadt nie richtig mit dem Neckar identifiziert. Jetzt aber wird der Wunsch auch hier immer größer, eine Stadt am Fluss zu sein, so wie es Tübingen und Heidelberg selbstverständlich sind. Viele Stuttgarter halten sich gerne in der warmen Jahreszeit an den leider größtenteils Kanal-geraden Ufern auf, treiben hier Sport oder gehen spazieren.

Erste Schritte in die richtige Richtung wurden gemacht, doch es braucht neuen und zusätzlichen Schwung. Mit lokaler Optimierung, Anwohner-Beteiligung und ehrenamtlichen Initiativen unter Förderung der Stadt Stuttgart kann man schon kurzfristig viel erreichen, auch ohne große bauliche Veränderungen abzuwarten. Es wäre sehr begrüßenswert, wenn auch der neue Stuttgarter Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper sich besonders dafür stark macht, endlich die Stadt am Fluss in vielerlei Form attraktiver, zugänglicher und erlebbarer zu machen, zumal er ja Bad Cannstatt sehr verbunden ist.

Nur ein beispielhafter Vorschlag dazu: Die demnächst freiwerdende Eisenbahnbrücke könnte wunderbar für einen breiten, parkähnlichen Fluss-Übergang mit Platz für Gastronomie, Kunst, Klein-Kultur und Sub-Kultur umgenutzt werden, dabei eine schöne Verbindung hin zu den neuen Quartieren herstellen.

positive Wertungen: 857

negative Wertungen: 149

Stellungnahme der Verwaltung

Es ist richtig, dass der Neckar geradezu einfordert, endlich mit der Stadt am Fluss zu beginnen. Daher wurde nach einer längeren Vorbereitungs- und Abstimmungsphase im Spätsommer 2017 das Handlungsprogramm "Erlebnisraum Neckar - Ein Masterplan für Stuttgart als Stadt am Fluss" aufgelegt, vom Gemeinderat beschlossen und mit finanziellen Mitteln ausgestattet. Auf vielen Abschnitten der Neckarufer sollen Maßnahmen umgesetzt werden um gestalterische wie funktionale Verbesserungen für Freizeit und Erholung, aber auch für Natur und Landschaft zu erreichen. Leider sind die Handlungsspielräume der Stadt stark begrenzt, da die Flächen am Neckar in Besitz des Bundes sind und den Bestimmungen der Bundeswasserstraße (mit eigener Gesetzgebung!) unterliegen. Für Teilprojekte im Uferpark Austraße sowie für die Projekte "Natur-oase Auwiesen", "Hechtkopf am Sicherheitshafen", "Wasenufer und Wasenquerung" sowie "Neckarufer am Lindenschulviertel" hat der Gemeinderat die Umsetzung bereits beschlossen und die dazu erforderlichen finanziellen Mittel bereitgestellt. Zunächst wird im Herbst 2021 mit dem Bau der "Neckarterassen" begonnen, im Frühjahr 2022 folgt der "Tappach-Link". Beide Projekte gehören zum Uferpark Austraße. Die Verwaltung arbeitet gleichzeitig an der planerischen Vorbereitung weiterer Projekte. Schwerpunkte hierbei bilden die Bereiche Mühlgrün und Neckarknie sowie die Uferflächen im Bereich der Wilhelma.

Zur Nachnutzung der alten Eisenbahnbrücke:

Die Anregung ist Gegenstand der Planungen zum neuen Quartier Rosenstein sowie der Planungen in Verbindung mit dem Handlungsprogramm "Erlebnisraum Neckar - Ein Masterplan für Stuttgart als Stadt am Fluss". Die alte Eisenbahnbrücke eignet sich insbesondere die aus Norden, Süden und Osten kommenden Radverbindungen zu bündeln, über die Brücke und durch einen der zwei zukünftig nicht mehr vom Eisenbahnverkehr genutzten Tunnel unter dem Rosenstein hindurch und entlang der neuen Quartiere in Richtung Innenstadt zu führen.

Derzeit wird die Statik der Brücke geprüft, um weitere Nutzungsmöglichkeiten wie die Anlage von Grünflächen oder die Errichtung von baulichen Anlagen für Gastronomie, Kunst und Kultur fundiert ausloten zu können. Alle Nutzungen müssen eng mit dem Landesdenkmalamt abgestimmt werden, da die Brücke unter Denkmalschutz steht. Weiterhin muss mit der Bahn und dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt geklärt werden, ob und zu welchen Bedingungen die Stadt die Brücke übernehmen und für andere Zwecke als für den Eisenbahnverkehr, für den die Brücke rechtlich gewidmet ist, nutzen darf. Neben rechtlichen Fragestellungen sind hierbei insbesondere die Kosten für Sanierung und Unterhaltung des Bauwerkes zu prüfen. Zu

berücksichtigen ist zudem, dass Teile der Brücke dem beschlossenen Ausbau der Schleusen im Wege stehen und für diese Konfliktsituation gesonderte, voraussichtlich sehr kostenintensive, konstruktive Lösungsansätze gefunden werden müssen. Sobald die technischen Fragen geklärt sind, wird die Verwaltung den Gemeinderat entsprechend informieren, welcher dann die Entscheidungen über die weitere Nutzung der Brücke treffen kann.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Bad Cannstatt nimmt die Vorschläge der Bürger*innen zustimmend zur Kenntnis und kommentiert sie bewusst nicht.

Platz: 37

Vorschlag Nr. 62767

Mineralwasser-Freibad auf dem Neckar - als Teil der Urbanisierung des Neckars

Bereits im 18. Jahrhundert gab es in Deutschland einige Flussschwimmbäder oder Badeschiffe. Durch die Industrialisierung, war es schließlich nicht mehr möglich in größeren Flüssen zu schwimmen. Eine Stadt wird lebenswerter durch die Einbindung von Wasser, sei es ein Fluss der sich durch die Stadt schlängelt wie beispielsweise in Freiburg oder Zürich.

Wasser ist Leben.

Mit der Urbanisierung des Neckars sollte man rasch beginnen, beziehungsweise ausbauen - Fridas Pier war hier ein schöner Start.

Die IBA (Internationale Bauausstellung) findet von 2017-2027 in Stuttgart statt - sie ist also schon voll im Gange. Ein Projekt der IBA befasst sich mit „der Stadt am Fluss“.

In einigen bereits realisierten Projekten, wie beispielsweise in Kopenhagen, Berlin, Bern und Zürich konnten Flussschwimmbäder entstehen.

Stuttgart wäre gerade zu prädestiniert dafür, da es ein enormes Mineralwasseraufkommen zu bieten hat, und platziert nach Budapest den zweiten Platz in Europa.

Es strömen pro Sekunde 500 Liter, beziehungsweise 44 Millionen Liter täglich Mineralwasser aus dem Stuttgarter Boden.

Man könnte sich einer reichlich vorhandenen Resource „bedienen“ und müsste nicht 15 Jahre warten, bis der Neckar wieder einigermaßen „schwimmbar“ ist.

Es wäre neben dem Bad Berg ein weiteres urbanes Mineralfreibad und das erste Mineralflussschwimmbad seiner Art.

Dazu müsste man keine weiten Strecken zurücklegen, wie z.B. zum Aileswasen See. Man könnte bequem mit dem Rad oder mit dem ÖVPN anreisen.

positive Wertungen: 855

negative Wertungen: 165

Stellungnahme der Verwaltung

Aus Sicht der Bäderbetriebe Stuttgart gibt es keinen weiteren Wasserflächenbedarf in Bezug auf die Stuttgarter Mineralbäder. Die Nutzungskapazität der Mineralwasserquellen ist zudem bereits voll ausgeschöpft.

Ein Badeschiff oder Mineralflussschwimmbad auf dem Neckar müsste mit zusätzlichem Fachpersonal beaufsichtigt werden – dies würde den ohnehin vorhandenen saisonalen Fachkräftemangel weiter verschärfen. Der Stadt, beziehungsweise dem Betreiber, würde in jedem Falle die Verkehrssicherungspflicht obliegen. Unter Berücksichtigung betrieblicher, ressourcenschonender und klimarelevanter Gesichtspunkte könnte das Mineralwasserfreibad auf dem Neckar nur in den Sommermonaten betrieben werden. Die laufenden Aufwendungen für den Betrieb könnten nicht durch entsprechende Erlöse abgedeckt werden, sodass sich das Defizit der Bäderbetriebe, sofern diese als Betreiber fungieren, weiter erhöhen würde.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Bad Cannstatt nimmt die Vorschläge der Bürger*innen zustimmend zur Kenntnis und kommentiert sie bewusst nicht.

Platz: 38

Vorschlag Nr. 61994

Europaviertel begrünen

Mehr Grünflächen im gesamten Bereich um das Milaneo.

zB am Pariser Platz, ähnlich erweitern, wie es schon vor der Sparkassenakademie der Fall ist.

positive Wertungen: 853

negative Wertungen: 88

Stellungnahme der Verwaltung

Die Gestaltung des Mailänder Platzes ist Ergebnis eines städtebaulichen Wettbewerbsverfahrens. Nachträgliche Eingriffe durch dauerhafte Baumpflanzungen bedeuten eine Verletzung von Urheberrechten, die mit dem Preisträger abzuklären wären. Denkbar sind mobile Pflanzkübel, die allerdings stadtgestalterisch hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit zu überprüfen wären.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Mitte unterstützt den Wunsch einer Begrünung einstimmig.

Platz: 39

Vorschlag Nr. 62074

Rillingufer-Neckar : Die wenigen Verweilorte am Neckarufer gestalten und pflegen

Stuttgart bietet nicht gerade viele Orte an denen man sich ganz nah am Wasser aufhalten kann. Ein sehr zentral gelegener Ort mit einem Potential zum Verweilen wäre das tiefgelegene Rillingufer mit Blick auf die Altstadtsilhouette Bad Cannstatt.

Die Bürger*inneninitiative „Arbeitsgruppe Neckarvorstadt“ schlägt vor:

Mit einem ideenreichen Facelift, Pflege der Bepflanzung, Müllbeseitigung und restaurierten Sitzgelegenheiten wäre schon viel getan, um der Trostlosigkeit und Verwahrlosung an diesem Ort entgegenzuwirken.

positive Wertungen: 850

negative Wertungen: 83

Stellungnahme der Verwaltung

Die genannten Uferabschnitte entlang der Rillingmauer sind in städtischer Verwaltung. Pflege und Restaurierung bestehender Anlagen liegen daher im Verantwortungsbereich der grundstücksverwaltenden Ämter. Der Uferabschnitt ist zusammen mit den angrenzenden Abschnitten der Neckartalstraße Gegenstand des Ideenwettbewerbs Neckarknie gewesen (siehe <https://www.stuttgart.de/leben/stadtentwicklung/oeffentlichkeitsbeteilig...>).

Auf Grundlage der Wettbewerbsergebnisse sollen hier langfristig Umgestaltungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Zunächst aber werden andere Uferabschnitte entlang des Neckars in Stuttgart umgestaltet. Für Teilprojekte im Uferpark Austraße sowie für die Projekte "Natueroase Auwiesen", "Hechtkopf am Sicherheitshafen", "Wasenufer und Wasenquerung" sowie "Neckarufer am Lindenschulviertel" hat der Gemeinderat die Umsetzung beschlossen und die dazu erforderlichen finanziellen Mittel bereitgestellt. Im Zuge des Rückbaus der Neckartalstraße vor der Wilhelma sollen auch die Uferflächen an diesem Neckarabschnitt, die heute Baustelleneinrichtungsflächen sind, umgestaltet und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Bad Cannstatt nimmt die Vorschläge der Bürger*innen zustimmend zur Kenntnis und kommentiert sie bewusst nicht.

Platz: 40

Vorschlag Nr. 61969

Breitbandanbindung für jede Stuttgarter Schule schaffen

In der Corona Zeit zeigen sich wieder die Versäumnisse der letzten Jahre (Jahrzente bald).

Es ist kaum zu verstehen, warum im Jahr 2021 noch nicht jede Schule in Stuttgart über einen ordentlichen Breitbandanschluss verfügt. Dieser ist Voraussetzung für ein funktionierendes Homeschooling Angebot.

Zusätzlich soll in einem weiteren Schritt in jeder Schule ein Wlan aufgebaut werden, mit dem moderner Unterricht möglich ist.

Wenn der Ausbau (Glasfaser) mit den bestehenden Partnern nicht kurzfristig möglich ist, soll der Ausbau über einen eigenen kommunalen Anbieter realisiert werden. Dieser kann dann in der Folge weitere "Breitbandlöcher", die es noch in großer Zahl gibt, stopfen.

Viele Firmen, aber auch Privatkunden, wären nur zu gerne bereit zu einem vernünftigen Kommunalen Anbieter zu wechseln.

positive Wertungen: 848

negative Wertungen: 86

Stellungnahme der Verwaltung

Bereits Ende der 90er-Jahre hat der Gemeinderat beschlossen für die Stuttgarter Schulen eine sichere Kommunikationsplattform auf Basis der damals noch jungen Internet-Technologie zur Verfügung zu stellen. An dieses sogenannte SchulWeite Intranet Stuttgart (SWIS) wurden die Schulen zu Beginn mit städtischen Kupferkabeln und später mit Glasfaserkabeln (LWL) sukzessive angebunden. Der Gemeinderat hat 2017 beschlossen auch die bis zum damaligen Zeitpunkt noch nicht angebandenen Schulen per LWL mit dem städtischen Netz zu verbinden. Für die Netz-Anbindung der städtischen Liegenschaften und somit auch der Schulen ist das Haupt- und Personalamt fachlich zuständig. Die Reihenfolge der anzuschließenden Schulen wird am Anfang eines jeden Jahres zwischen dem Schulverwaltungsamt und dem Haupt- und Personalamt abgestimmt.

Der Anschluss der Schulen im SWIS ans Internet erfolgt redundant über zwei Firewalls, die eine Verbindung mit einer Bandbreite von 10 Gbit/s zu BelWü und damit zum Deutschen Forschungsnetz herstellen. Diese Netzwerkkonstruktion ermöglicht ein sicheres zentrales Management aller aktiven Netzwerkkomponenten (dezentrale Firewalls an Schulen, Switches, Access-Points). Darüber hinaus kann ein zentraler Jugendschutzfilter zur Verfügung gestellt werden. Die Bandbreite der zentralen Verbindung zu BelWü kann künftig mit den vorhandenen LWL auch weiter erhöht werden (derzeit bis 100 Gbit/s). Die Infrastruktur des SWIS-Netzes wird darüber hinaus auch genutzt, um Außenstellen von Schulen mit dem lokalen Netz in den Stammgebäuden zu verbinden. Bei Bedarf können über SWIS auch zentrale Serverdienste für die Schulen angeboten werden.

Die Umsetzung wird vom Haupt- und Personalamt federführend koordiniert. Es gelten gesetzliche Rahmenrichtlinien und -bedingungen, welche eine Umsetzung zeitlich beeinflusst. Eine feste Vergabe an einen privaten oder „Kommunalen Anbieter“ ist hierbei vergaberechtlich bedenklich, da die Stadt Stuttgart mit Steuergeldern agiert und sich dementsprechend an die Wertgrenzen des Vergaberechts halten muss. Zugleich sind beispielsweise Einverständniserklärungen von Anwohnern bei Grabungsarbeiten, verborgene Leitungen und Kabel oder auch Kampfmittel aus dem 2. Weltkrieg Gründe für Zeitverzögerungen.

Platz: 41

Vorschlag Nr. 62677

Bessere Fahrradverbindung von Stuttgart Süd nach West

Wenn man mit dem Fahrrad von Stuttgart Süd nach Stuttgart West fahren möchte, hat man zwei Möglichkeiten: die Schickardtstraße und dann durch den Schwabtunnel oder die Hohenstaufenstraße und die Silberburgstraße entlang. Leider sind beide Straßen sehr stark befahren und es gibt keine bzw. nur teilweise eine Fahrradspur. Fahrradspur die Schickardtstraße hinauf und durchgängig von Marienplatz bis Silberburgstraße wäre hilfreich und würde den Weg für alle sicherer machen.

positive Wertungen: 844

negative Wertungen: 163

Stellungnahme der Verwaltung

Die Verwaltung untersucht Verbesserungsmöglichkeiten für die Radverkehrsverbindungen zwischen den Bezirken Süd und West. Auf dem Streckenzug über die Schickhardtstraße und durch den Schwabtunnel wurde geprüft, ob im Tunnel separate Flächen für den Radverkehr ausgewiesen werden können. Wegen der beengten Verhältnisse ist dies nicht möglich. Für die Schickhardtstraße gibt es erste Überlegungen, hier bergauf Radverkehrsflächen zu markieren. In der Hohenstaufenstraße ist geplant, im Jahr 2022 Radverkehrsanlagen im Zuge einer anstehenden Sanierung des Fahrbahnbelags zu markieren. Diese sollen in einem weiteren Schritt in der Silberburgstraße fortgeführt werden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Um die Situation für Fahrradfahrende zu verbessern, möchte die Verwaltung einen Verkehrsversuch im Schwabtunnel durchführen. Sofern der Versuch vom Gemeinderat beschlossen wird, sollte dieser aus Sicht des Bezirksbeirats Süd zunächst abgewartet werden, um Erkenntnisse bezüglich der notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs in den Westen zu gewinnen. Grundsätzlich setzt sich der Bezirksbeirat Süd dafür ein, Radfahren zwischen den Stadtbezirken Süd und West sicherer zu machen.

Platz: 42

Vorschlag Nr. 60112

Hitzeschutz für Stuttgart - Plätze um Stadtbücherei begrünen

Endlich aufhören die Stadt mit noch mehr Asphalt auf Plätzen zuzupflastern und so den Hitzestau im Sommer zu stoppen. Asphaltierte Plätze rund um die Stadtbücherei oder auch in Zuffenhausen Rot begrünen, durch mehr Bäume oder begrünte Überdachungen mehr Schattenplätze herstellen, sich viele Maßnahmen überlegen wie die im Sommer unerträgliche und gesundheitsgefährdende Hitze in Stuttgart gemindert werden kann.

positive Wertungen: 843

negative Wertungen: 102

Stellungnahme der Verwaltung

Der Platz an der Stadtbücherei in Stuttgart-Mitte wurde als Ergebnis eines städtebaulichen Wettbewerbs mit Betonplatten und einer aufwändig gestalteten Brunnenanlage angelegt. Nachträgliche Eingriffe durch Baumpflanzungen oder Ähnliches bedeuten eine Verletzung von Urheberrechten, die mit den Preisträgern abzuklären wären.

Für den asphaltierten Bahnhofsvorplatz in Zuffenhausen im Bereich der dortigen Stadtbücherei wird zurzeit ein freiraumplanerischer Wettbewerb vorbereitet, in dem Ideen für eine Platzbegrünung abgefragt werden. Der Hans-Scharoun-Platz in Stuttgart-Rot wurde im Rahmen des Projekts "Soziale Stadt" bewusst als freier Platz gestaltet um Flächen für Veranstaltungen zu schaffen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Mitte unterstützt den Wunsch einer Begrünung einstimmig.

Platz: 43

Vorschlag Nr. 61976

Glasfaseranbindung: Schnelles Internet in der gesamten Stadt schaffen

In vielen Gebieten der Landeshauptstadt sind maximal 16 Mbit/s möglich. Die umliegenden Gemeinden sind viel schneller in der Umsetzung des schnellen Internets.

positive Wertungen: 840

negative Wertungen: 96

Stellungnahme der Verwaltung

Für die Landeshauptstadt Stuttgart ist die Internetversorgung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Gewerbetreibende sehr wichtig. Daher wurde im August 2018 die Stelle eines Breitbandkoordinators bei der Wirtschaftsförderung der Landeshauptstadt Stuttgart geschaffen.

Um den Glasfaserausbau zu beschleunigen, ist die Landeshauptstadt Stuttgart Teil eines kooperativen Projektes mit der Privatwirtschaft geworden. Kooperationspartner sind die Gigabit Region Stuttgart GmbH (GRS) und die Deutsche Telekom. Gesellschafter der Gigabit Region Stuttgart sind neben der Landeshauptstadt Stuttgart die Wirtschaftsförderung der Region Stuttgart sowie die angrenzenden Landkreise Ludwigsburg, Böblingen, Esslingen, Rems-Murr und Göppingen. Um den Breitbandausbau für Internet mit Höchstgeschwindigkeit zügig realisieren zu können, arbeitet die GRS gemeinsam mit den Breitbandzweckverbänden der Landkreise und der Landeshauptstadt Stuttgart in Zusammenarbeit mit der Deutschen Telekom an dem Vorhaben. Damit setzt die Region Stuttgart ein umfangreiches Digitalisierungsprojekt für Wirtschaft und Gesellschaft um. Unter anderem ist es geplant, dass bis zum Jahre 2025 alle Unternehmen in Gewerbegebieten und die Hälfte der Haushalte einen Zugang zum Höchstgeschwindigkeitsinternet im Gigabitbereich bekommen. Bis zum Jahre 2030 sollen 90 % aller Haushalte Zugriff auf das schnelle Internet haben.

Dieser Glasfaserausbau wird innerhalb der Stadt Stuttgart schon in Teilen von Bad Cannstatt, Stuttgart-West, Möhringen, Neugereut und Hofen sowie Stuttgart-Süd realisiert. Darüber hinaus wurde im Rahmen der Kooperation der Ausbau von Glasfaser in vielen Gewerbegebieten durchgeführt. Diese Gewerbegebiete sind derzeit: Synergiepark, Degerloch-Tränke, WeilimPark, Bad Cannstatt Pragstraße, Wangen Bereich Kesselstraße, Gaisburg, Fasanenhof-Ost, am Westbahnhof und Stammheim-Süd.

Laut Informationen des Breitbandatlas des Bundes (Stand 09.12.2020) verfügen in der Landeshauptstadt Stuttgart 99 Prozent aller Haushalte über mindestens 16 Mbit/s, 98 % aller Haushalte mindestens 30 Mbit/s, 97 % aller Haushalte mindestens 50 Mbit/s, 96 % aller Haushalte mindestens 100 Mbit/s, 93 % aller Haushalte mindestens 200 Mbit/s und 70 % über 1000 Mbit/s.

Platz: 44

Vorschlag Nr. 61942

Kühlung für heiße Sommertage - mehr Lebensqualität durch Bäume und Grün

Gerade in den immer heißer werdenden Sommern ist es in manchen Straßen sehr unangenehm. Straßenzüge mit Bäumen haben nachweislich eine niedrigere Temperatur. Wasserquellen (z.B. kleine Bächlein) tragen weiterhin zur Kühlung bei. Angereichert mit Bänken könnten so erträgliche Umgebungstemperaturen und schöne Plätze entstehen. Die neu gestalteten Ufer des Feuersees sind ein sehr gutes Beispiel. Ein ganzer Stadtteil profitiert davon. Daher sollte in jedem Straßenzug verpflichtend Bäume gepflanzt werden.

positive Wertungen: 838

negative Wertungen: 104

Stellungnahme der Verwaltung

Die klimatische Wirksamkeit von Bäumen ist bekannt und die Begrünung von Straßen und Plätzen ist Bestandteil jeder städtischen Planung. Dies betrifft die Bauleitplanung ebenso wie die Planung von Verkehrsflächen und Grünflächen. Da der städtische Raum, insbesondere der öffentliche Raum, in dem die Stadt tätig werden kann begrenzt ist und zahlreiche Nutzungsansprüche an die Flächen gestellt werden (Flächen für Fußgänger, Radwege, Busse, Bahnen und den Autoverkehr, Außengastronomie, Leitungen im Untergrund etc.), kommt es bei jeder Planung zu Nutzungskonflikten, die planungsbezogen und einzelfallbezogen gelöst werden müssen. So können häufig nicht so viele Bäume gepflanzt und Begrünungsmaßnahmen umgesetzt werden, wie zunächst gedacht und wie es wünschenswert wäre.

In Verbindung mit dem Aktionsprogramm Klimaschutz wurde in den Haushaltsplanberatungen zum Doppelhaushalt 2020/2021 beschlossen, die Straßenbaumkonzeption 2.0 planerisch anzugehen. Hiermit sollen systematisch mögliche Baumstandorte in der Innenstadt identifiziert werden. Hierzu wurde in 2020 eine Stelle neu geschaffen, die erst vor kurzem besetzt werden konnte.

Platz: 45

Vorschlag Nr. 62549

Höhere Strafen für Hundekot liegen lassen

Überall ein Problem von rücksichtslosen Hundebesitzern, die gar nicht in Erwägung ziehen, den Kot einzusammeln. Hohe Strafen, das die es lernen.

positive Wertungen: 836

negative Wertungen: 107

Stellungnahme der Verwaltung

Die untere Abfallrechtsbehörde des Amts für Umweltschutz ahndet Ordnungswidrigkeiten nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz auf der Grundlage des Bußgeldkatalogs Umwelt des Landes Baden-Württemberg vom 01.12.2018. Für "Verunreinigung durch kleine Menge Fäkalien (wie z.B. Hundekot)" sieht der Bußgeldkatalog ein Bußgeldrahmen von 75 bis 250 Euro vor. Eine davon abweichende, den Bußgeldrahmen generell übersteigende Erhöhung ist rechtlich problematisch. Die Abfallrechtsbehörde muss sich an den Vorgaben des Landes orientieren.

Entscheidend ist jedoch, ob dem bestehenden Verbot mit den bereits vorhandenen möglichen Bußgeldern durch eine wirksame Überwachung Geltung verschafft wird. Denn der Halter des Hundes muss auf frischer Tat ertappt werden. Maßgeblich ist deshalb, ob die Personalien der verantwortlichen Hundehalter festgehalten und ein Verstoß überhaupt zur Anzeige gebracht werden kann.

Platz: 46

Vorschlag Nr. 62597

Mehr öffentliche Trinkwasserbrunnen wegen zunehmender Hitze

wegen heißer werdender Sommer sollten mehr öffentliche Trinkwasserbrunnen errichtet werden. Insbesondere in Parks, Grünanlagen, öffentlichen Plätzen und Kinderspielplätzen. Aber auch in regelmäßigen Abständen im ganzen Stadtgebiet. Diese verbesserte Infrastruktur käme dem Wohl aller BürgerInnen zugute. Auch für BesucherInnen der Landeshauptstadt wäre dies positiv. Zusätzlich sollten die vorhandenen Mineralwasservorkommen den BürgerInnen besser zugänglich gemacht werden. Vorhandene Plätze um Mineralwasserbrunnen sollten optisch ansprechender gestaltet und aufgewertet werden. So gäbe es zusätzliche Orte der Begegnungen und des Aufenthalts für alle BürgerInnen.

positive Wertungen: 833

negative Wertungen: 103

Stellungnahme der Verwaltung

Mit dem Aktionsprogramm Klimaschutz „Weltklima in Not – Stuttgart handelt“ hat der Gemeinderat verschiedene Maßnahmen zur Erreichung der Ziele der Klimaschutzkonferenz von Paris beschlossen, unter anderem die Ausweitung der blauen Infrastruktur. Diese hat zum Ziel auf öffentlichen Plätzen und Spielplätzen im Stadtgebiet Stuttgart neue Brunnen, Wasserspiele und Trinkwasserspender zur Verbesserung der klimatischen Situation aufzustellen. Insgesamt sollen im Zuge des Aktionsprogramms bis 2024 acht neue Wasserspiele und 20 neue Trinkwasserbrunnen entstehen. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie werden derzeit geeignete Standorte für neue Brunnen in Stuttgart definiert. Die Trinkwasserbrunnen sollen in erster Linie für stadtklimatologische Hotspots in den Stadtteilen im Talkessel vorgesehen werden. Von Hotspots wird in diesem Zusammenhang von Plätzen/Bereichen in der Stadt gesprochen, die sich im Sommer stark aufheizen. Auch städtebauliche Aspekte, die Aufenthaltsqualität und die Besucherfrequenz werden bei der Standortsuche berücksichtigt. Bei der Platzumgestaltung im Bereich bestehender Brunnen werden im Rahmen von Umplanungen optische Aspekte berücksichtigt.

Platz: 47

Vorschlag Nr. 62312

Neckarradwege verbreitern und besser anbinden

Die beiden Neckarradwege zw. Bad-Cannstatt und Untertürkheim sind an vielen Stellen nur 2,5 m breit, was für Radfahrer, Fußgänger, Inliner etc. zu schmal ist. 4 m wäre sinnvoll, besonders auf der östlichen Uferseite! Außerdem gibt es von der alten Daimlerbrücke (bei der GoCart-Bahn) nur Treppen auf die Radwege (eine davon ist eine Stahl-Wendeltreppe!!!). Zum MB-Museum gibt's auch nur eine Unterführung mit Treppen (siehe anderen Vorschlag). Von der Gaisburger Brücke auch mehrere (eine Rampe auf den westlichen Radweg gibt's immerhin).

Die Engstellen auf dem 'Mercedes-Balkon' (gegenüber Inselbad) wäre sicher auch erweiterbar. Und schließlich die sehr schmalen Fahrradwege entlang der Badstraße in Cannstatt. Alles wäre mit überschaubarem Aufwand möglich!

positive Wertungen: 832

negative Wertungen: 151

Stellungnahme der Verwaltung

Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zu Radschnellverbindungen in Stuttgart zeigen auf, dass es hohe Potenziale zum Ausbau der Wege sowohl aus Esslingen als auch aus Remseck kommend entlang des Neckars gibt.

Aus Richtung Esslingen ist vorgesehen ab Untertürkheim den Weg entlang des Ostufers als Radschnellverbindung auszubauen. Das westseitige Ufer hingegen soll aufgewertet und insbesondere für Fußgänger attraktiv gestaltet werden (Projekt Wasenufer und Wasenquerung aus dem Handlungsprogramm "Erlebnisraum Neckar - ein Masterplan für Stuttgart als Stadt am Fluss"). Entlang der Badstraße in Bad Cannstatt und fortführend durch das Mühlgrün soll der Radverkehr auf Fahrradstraßen geführt werden. Dazu sind jedoch vorab einige Verkehrsstrukturelle Maßnahmen notwendig. Im Rahmen eines neuen Verkehrsstrukturplans für Bad Cannstatt sollen diese erarbeitet werden. Die Planungen zur Radschnellverbindung sollen im Doppelhaushalt 2022/2023 beginnen.

Platz: 48

Vorschlag Nr. 61276

Mehr Blühflächen ermöglichen

Es könnten wesentlich mehr öffentliche Flächen insektenfreundlich eingesät werden und vor allem sensibler gemäht werden! D.h. die städtischen Rasenmäher sollten nicht in die Blüte hinein und auch private Bemühungen(wie von der Stadt motiviert) wie z.B. blühende Rondelle einfach blind abmähen!

positive Wertungen: 831

negative Wertungen: 92

Stellungnahme der Verwaltung

Durch die Reduzierung der Mahdvorgänge konnten bereits in den vergangenen Jahren intensiv gepflegte Rasenflächen zu artenreicheren Wiesenbeständen umgewandelt werden. Für die zusätzliche Optimierung vorhandener Beete wurden im Doppelhaushalt 2020/2021 insgesamt 200 000 Euro zur Verfügung gestellt. Bereits im vergangenen Jahr 2020 wurden erste Maßnahmen realisiert, weitere erfolgen im Jahr 2021.

Das Garten-, Friedhof- und Forstamt hat in Abstimmung mit den Naturschutzverbänden sich auf Prinzipien des Mäh-Managements verständigt. Dort wo keine verkehrsrechtlichen oder funktionalen Aspekte dem widersprechen, erfolgt die Umstellung zu einer extensiveren Mahd der beauftragten Firmen.

Wertvolle Lebensräume für Insekten werden auch im Rahmen des Artenschutzkonzepts der Stadt Stuttgart geschaffen. In einem ersten Schritt wurden bereits 20 Pilotflächen ausgewiesen, die eine hohe natur- und artenschutzfachliche Relevanz besitzen. Hierbei zu nennen sind unter anderem die Dachswaldböschung in Stuttgart-Vaihingen, der südexponierte Waldrand am Lemberg in Stuttgart-Feuerbach und die wertvollen Felsaufschlüsse wie der Muschelkalk-Steinbruch Stephan, das Kotzenloch am Lemberg, der Stubensandstein-aufschluss auf der Egelseer Heide und die Felswand am Friedhof in Zuffenhausen.

Platz: 49

Vorschlag Nr. 60614

Stadtkern begrünen, horizontal sowie vertikal

Für die grüne Lunge der Stadt sollte mehr getan werden, Stuttgart könnte hier Modellstadt werden! Wenn man mehr öffentliche Flächen begrünen würde sowie auch Häuserwände und Dächer mit einschließt könnte man die Luft in der Stadt sicherlich nachweislich verbessern. In heißen Sommern würde sich der Beton weniger aufheizen und das Klima innerstädtisch wäre besser. Zusätzlich wirken sich Pflanzen generell gut auf den Gemütszustand der Menschen aus. Ich denke für die Prüfung und Durchführung eines solcher Projekte sollte man mehr tun!

positive Wertungen: 829

negative Wertungen: 113

Stellungnahme der Verwaltung

Der Gemeinderat hat 2014 die Förderung von Hof-, Dach- und Fassadenbegrünungen gemeinsam mit dem Programm zur Förderung von urbanen Gärten beschlossen. Basierend auf den Erfahrungen der mehrjährigen Förderpraxis und aufgrund der, durch den fortschreitenden Klimawandel, gewachsenen Anforderungen an den Erhalt einer guten Lebensqualität in der Stadt, wurde die Richtlinie des kommunalen Grünprogramms überarbeitet. Das fortgeschriebene Stuttgarter Grünprogramm soll den Bürgerinnen und Bürgern flexiblere und umfassendere finanzielle Anreize für die Einbringung von mehr wertvollem Grün im privaten Stadtraum geben und sie gleichzeitig unterstützen ihr Wohnumfeld ökologisch und klimatisch zu verbessern.

Für die Begrünung öffentlicher Flächen ist das Garten-, Friedhofs- und Forstamt und für Wände und Dächer von städtischen Gebäuden das Liegenschaftsamt zuständig. Generell werden im Rahmen der Bauleitplanung Dach- und/oder Fassadenbegrünungen gefordert. Ebenso werden -wo möglich- Frei-/Grünflächen oder auch Baumstandorte festgesetzt. Durch Rahmenplanungen (zum Beispiel Rahmenplan Talgrund Stuttgart-West) wird im Hinblick auf die Anpassung an die Folgen des Klimawandels grüne Infrastruktur insbesondere im öffentlichen Raum auch strategisch geplant. Insbesondere Straßenbäume spielen hier eine große Rolle. Im Rahmen des Klimapakets werden auch laufend Maßnahmen im öffentlichen Raum und bei städtischen Gebäuden umgesetzt. In Vorbereitung ist eine Gründachsatzung um Dachbegrünungen im Bestand weiter voranzubringen. Wer als Eigentümer Flächen entsiegelt beziehungsweise begrünt, wird zudem indirekt gefördert indem er eine reduzierte Niederschlagsgebühr bezahlt.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Mitte unterstützt den Wunsch einer Begrünung einstimmig.

Platz: 50

Vorschlag Nr. 62797

Wasserqualität im Neckar erhöhen (Filterausbau Kläranlagen)

Für den gesamten Raum Stuttgart liegen die Werte der Belastung des Neckars mit E. Coli Bakterien teilweise über dem zwanzigfachen des gesundheitlichen Grenzwertes für die Benutzung von Gewässern. (Quelle unten)

Nicht nur für die gesellschaftliche Benutzung des Flusses, auch für Ökosysteme ist die Wasserqualität im Neckartal mit Sicherheit eine Zumutung.

Laut der Stuttgarter Nachrichten vom 11.04.2019 sind für die Verschmutzung vor allem fehlerhafte oder nicht vorhandene entsprechende Filter in den Kläranlagen verantwortlich.

Muss eine Stadt, durch einen unzureichenden Ausbau der Reinigungsmöglichkeiten seiner Abwässer, die Lebensqualität der Stadtbewohner und die gesamte Umwelt so massiv negativ beeinflussen? Ausreichend ausgestattete Kläranlagen sollten zum Standard einer vernünftigen und verantwortungsbewussten Stadtverwaltung gehören.

<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.norovirus-e-coli-salmonell...>

positive Wertungen: 826

negative Wertungen: 93

Stellungnahme der Verwaltung

Alle 4 Klärwerke der Stadtentwässerung Stuttgart (SES) entsprechen der Größenklasse 5 (> 100.000 Einwohnerwerte) mit den strengsten Grenzwerten. Diese werden zuverlässig eingehalten und dadurch wird der Nährstoffeintrag in die Gewässer deutlich reduziert. Das Hauptklärwerk Mühlhausen und das Klärwerk Plieningen verfügen über Sandfiltertraktionsanlagen als letzte Reinigungsstufe zur Nährstoffelimination.

Neckaraufwärts, vor Stuttgart, leiten ca. 150 Kläranlagen aus sechs Landkreisen unterschiedlicher Größenklassen gereinigtes Abwasser in den Neckar ein. Der Anteil an gereinigtem Abwasser im Neckar liegt in trockenen Sommermonaten, im Bereich von Stuttgart, bereits bei 40 %.

Um die Gewässer weiter zu verbessern werden die Klärwerke in umfangreichen Ausbauprogrammen mit einer vierten Reinigungsstufe ausgestattet, um Spurenstoffe wie Arzneimittelrückstände und Haushalts-/Industriechemikalien weitgehend zu eliminieren. Hierdurch wird sich der ökologische Zustand weiter verbessern. Für das Hauptklärwerk Stuttgart-Mühlhausen sind hierfür Investitionen von über 85 Mio. Euro bis 2027 vorgesehen. Bereits im Januar 2022 wird die erste Ausbaustufe zur Spurenstoffelimination in Betrieb gehen. Für die Klärwerke Möhringen, Plieningen an der Körsch und dem Gruppenklärwerk Ditzingen an der Glems existieren Ausbaupläne für die kommenden 15 Jahre.

Neben den Verbesserungen der Einleitungen aus der Siedlungswasserwirtschaft ist es gleichermaßen notwendig, eine naturnahe und gesunde Gewässerstruktur zu etablieren. Hierzu gehören naturnahe Auen und Uferbereiche, um eine Selbstreinigung des Gewässers zu begünstigen.

In den trockenen Sommermonaten ist der Abfluss im Neckar mit weniger als 9 m³/s sehr gering. Dies führt dazu, dass zwischen den Wehren und Schleusen der Neckar nicht mehr den Charakter eines Flusses hat, sondern viel mehr mit stehenden Gewässer zu vergleichen ist. Die vorhandenen Flusselemente, hohe Temperaturen und der geringe Sauerstoffeintrag durch die stehende Oberfläche sorgen für eine Beeinträchtigung der Wasserqualität.

Platz: 51

Vorschlag Nr. 62870

Stuttgart Repair-Center

Die Bohrmaschine ist kaputt, was nun. Damit sie repariert wird, anstatt sich einfach eine neue zu kaufen, braucht wir ein Repair-Center.

Hier kann man seine Sachen einerseits Reparieren lassen und sich Informationen und Wissen zum Thema Reparatur über Reparatur Workshops und Fachinformation holen. Außerdem soll dieser Ort soll bestehende Reparatur Initiativen und kommerzielle Reparatur-Unternehmen vernetzen und über Sie informieren.

positive Wertungen: 820

negative Wertungen: 131

Stellungnahme der Verwaltung

In Stuttgart besteht bereits ein Angebot von sogenannten Repair-Cafés beziehungsweise Repair-Centern.

Sollten darüber hinaus Gruppen oder Unternehmen ein Interesse an der Gründung eines Repair-Centers haben, können diese auf das Dienstleistungsangebot der Wirtschaftsförderung der Landeshauptstadt Stuttgart zurückgreifen.

Innerhalb der Stadtverwaltung übernimmt die Abteilung Wirtschaftsförderung eine Lotsenfunktion für kreative Nutzer, die ihre Ideen platzieren möchten. Im Rahmen dieser Tätigkeit ist sie bei der Gründung solcher Orte unterstützend tätig.

Die Unterstützung umfasst dabei unter anderem eine kostenfreie Erst- und Orientierungsberatung im städtischen Gründerbüro sowie die Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten. Dazu pflegt die Wirtschaftsförderung der Landeshauptstadt Stuttgart eine Übersicht über Gründer- und Kreativzentren sowie Coworking Spaces in Stuttgart. Im Rahmen des Leerstands- und Zwischennutzungsmanagement vermittelt die Wirtschaftsförderung leerstehende Büro- oder Gewerbeflächen zur Zwischennutzung an kreative Dienstleister, Unternehmen und Existenzgründer. Der Service richtet sich insbesondere an kreative Nutzer, die auf der Suche nach Räumlichkeiten sind, sowie an Eigentümer/Vermieter/Investoren, die leerstehende Räume zu verhältnismäßig günstigen Konditionen auf Zeit anzubieten haben.

Platz: 52

Vorschlag Nr. 60319

Radfahrer von Fußgängern im Schlossgarten trennen

Bitte den Vorschlag Radfahrer von den Fußgängern im Schlossgarten zu trennen der bereits 2015 eingereicht und Zustimmung fand dringend umsetzen.

Man hat als Fußgänger außer dem Killesbergpark wenig Erholungsmöglichkeiten und es ist faktisch unmöglich den Schlossgarten zu durchqueren ohne dass man entweder „zur Seite geklingelt“ wird (unter der Annahme als Fußgänger müsse man in den Matsch ausweichen) oder unter engstem Abstand an einem vorbeigerast wird (übrigens ein geringerer Abstand als der, der lautstark von Autofahrern eingefordert wird). Vergangenes Jahr wurde ich zB von einem Radfahrer angefahren der meinte sich durch eine Menschenmenge durchschlängeln zu können ohne abzusteigen zu müssen.

Es ist klar dass sich nicht alle Radfahrer so verhalten (es geht hier insbes. um die steigende Anzahl an Rennradfahrern mit Tour de France Outfit und sehr individueller Auslegung der StVO) und dass Radfahrer eine ebenbürtige! Daseinsberechtigung haben den Park zu nutzen. Daher sollte die Felix Mendelssohn Allee den Radfahrern, Inline Skatern etc. vorbehalten werden und die andere Seite den Fußgängern. Ggf. lässt sich der Trampelpfad neben der Mendelssohn Allee für die Jogger ebenfalls aufwerten um auch diese Gruppe zu schützen / trennen.

Es wird sicher bei allen Beteiligten Einzelne geben, die sich dennoch nicht an das Fahr/Nutzverbot halten werden. Dennoch sollte man das zunächst beobachten und erst bei häufigen Verstößen weitere Maßnahmen einführen (z.B. größere Steine als Hindernisse an den Eingängen..)

positive Wertungen: 818

negative Wertungen: 145

Stellungnahme der Verwaltung

Die Schlossgartenanlagen befinden sich im Eigentum des Landes Baden-Württemberg und werden von Dienststellen des Landes verwaltet. Alle Änderungen an den Verkehrswegen brauchen die Zustimmung der Landesbehörden.

In gemeinsamen Gesprächen zwischen Stadt und Land wurde wiederholt erörtert, ob eine Separation in reine Rad- und reine Fußwege sinnvoll und umsetzbar ist. Gemeinsam kam man zu dem Ergebnis, dass zu erwarten ist, dass eine solche Regelung von vielen Nutzern nicht beachtet wird und deshalb nicht zur Umsetzung empfohlen werden kann.

Mittel- bis langfristig wird eine Lösung der Problemlage darin gesehen, dass für den Radverkehr außerhalb der Schlossgartenanlagen alternative Wegeverbindungen geschaffen werden. Zum einen sollen auf durch das Bahnprojekt Stuttgart 21 freiwerdenden Gleisflächen Radwege gebaut werden. Zum anderen sollen durch einen Umbau der Cannstatter Straße an deren Rändern Radwege angelegt werden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Mitte unterstützt den Vorschlag einer Trennung von Radfahrern und Fußgängern einstimmig.

Platz: 53

Vorschlag Nr. 61414

Solarpanele auf allen städtischen Gebäuden, Solarstrom made in Stuttgart

Wenn der Stadt Stuttgart Nachhaltigkeit und Umweltschutz ernsthaft am Herzen liegen, dann sollte wir endlich Nägel mit Köpfen machen. Wir han scho g´nug g´schwätzt. Lassen Sie uns doch endlich alle städtischen Gebäude mit Solarzellen bestücken, und als gutes Vorbild vorangehen. Ideen zur Umsetzung und Finanzierung sind von meiner Seite aus reichlich vorhanden, und ich glaube, dass ich nicht der Einzige bin.

positive Wertungen: 816

negative Wertungen: 119

Stellungnahme der Verwaltung

Bei Neubauten und Sanierungen städtischer Liegenschaften wurden bereits in der Vergangenheit Photovoltaik-Anlagen (PV) errichtet, sofern es technisch und wirtschaftlich möglich war. Aktuell gibt es auf den städtischen Gebäuden 160 PV-Anlagen.

Mit dem Gemeinderatsbeschluss „Weltklima in Not - Stuttgart handelt“ vom Dezember 2019 wurde vom Gemeinderat die notwendigen Beschlüsse getroffen, um den Ausbau der PV-Anlagen zu beschleunigen. Bis 2025 sollen auf allen Schulen PV-Anlagen gebaut werden. Auch die anderen Gebäude werden so schnell wie möglich mit PV-Anlagen bestückt werden. Insgesamt wurden 15 Mio. Euro für den Ausbau der PV auf städtischen Gebäuden beschlossen. Davon 9 Mio. Euro für den Ausbau der PV-Anlagen auf allen Schulen bis 2025. Die restlichen 6 Mio. Euro sind für den Bau von PV-Anlagen auf anderen städtischen Liegenschaften bis zum Jahr 2023 eingeplant. Zur Umsetzung der Projekte wurden vier neue Stellen ausgeschrieben, die 2020 auch erfolgreich besetzt wurden. Damit stehen auch die notwendigen Personalkapazitäten für den PV-Ausbau zur Verfügung.

Platz: 54

Vorschlag Nr. 60832

Pflegekräften überall in Stuttgart besser bezahlen

Bessere Bezahlung von Pflegekräften in ganz Stuttgart überall. Aufwertung des Berufes ,der sehr wichtig ist und systemrelevant

positive Wertungen: 815

negative Wertungen: 108

Stellungnahme der Verwaltung

Im Stadtkreis Stuttgart sind ca. 7.100 Pflegekräfte (bei ambulanten Diensten und in stationären Einrichtungen) beschäftigt, davon arbeiten rund 650 Personen bei der Stadt Stuttgart beziehungsweise beim Eigenbetrieb Leben und Wohnen.

Die Stadt Stuttgart mit dem Eigenbetrieb Leben und Wohnen ist Mitglied beim Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) und fällt in den Anwendungsbereich des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes (TVöD). Dadurch hat die Stadt Stuttgart keinen direkten Einfluss auf die Höhe der Bezahlung von Pflegekräften und anderen Mitarbeitenden.

Die Stellen der Pflegekräfte sind durch klar definierte Eingruppierungsmerkmale bewertet und können dadurch einer Entgeltgruppe des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes zugeordnet werden. Zudem spielen die persönlichen Voraussetzungen (zum Beispiel examinierte Pflegekraft oder Pflegehelfer ohne Ausbildung) eine Rolle. Der Tarifvertrag regelt mit seinen Entgelttabellen, wie hoch die Bezahlung in welcher Entgeltgruppe ist.

Regelmäßig verhandeln die Tarifparteien über die Ausgestaltung der Entgelte und es kommt in der Regel zu einem prozentualen Anstieg des Entgelts.

Die konkrete Zuständigkeit liegt hier bei den Tarifvertragsparteien. Der Einfluss der Landeshauptstadt auf das Tarifergebnis ist hierbei jedoch beschränkt.

Ohne Zweifel trägt die Berufsgruppe der Pflegekräfte maßgeblich zum Wohle unserer Gesellschaft bei und leistet täglich großartige Arbeit.

Platz: 55

Vorschlag Nr. 60956

Begrünung von Dächern und Fassaden

Begrünung (bzw. Subventionierung) von Dächern und Fassaden. Dies trägt zu einer deutlichen Verbesserung des urbanen Klimas an heißen Sommertagen bei.

Links: https://www.zsk.tum.de/fileadmin/w00bqp/www/PDFs/Berichte/1806014_Leitfa...

<https://www.climate-service-center.de/imperia/md/content/csc/report30.pdf>

positive Wertungen: 812

negative Wertungen: 115

Stellungnahme der Verwaltung

Der Gemeinderat hat 2014 die Förderung von Hof-, Dach- und Fassadenbegrünungen gemeinsam mit dem Programm zur Förderung von urbanen Gärten beschlossen. Basierend auf den Erfahrungen der mehrjährigen Förderpraxis und aufgrund der durch den fortschreitenden Klimawandel gewachsenen Anforderungen an den Erhalt einer guten Lebensqualität in der Stadt, wurde die Richtlinie des kommunalen Grünprogramms überarbeitet. Das fortgeschriebene Stuttgarter Grünprogramm soll den Bürgerinnen und Bürgern flexiblere und umfassendere finanzielle Anreize für die Einbringung von mehr wertvollem Grün im privaten Stadtraum geben und sie gleichzeitig unterstützen ihr Wohnumfeld ökologisch und klimatisch zu verbessern.

Für die Begrünung öffentlicher Flächen ist das Garten-, Friedhofs- und Forstamt und für Wände und Dächer von städtischen Gebäuden das Liegenschaftsamt zuständig. Generell werden im Rahmen der Bauleitplanung Dach- und/oder Fassadenbegrünungen gefordert. Ebenso werden -wo möglich- Frei-/Grünflächen oder auch Baumstandorte festgesetzt. Durch Rahmenplanungen (zum Beispiel Rahmenplan Talgrund Stuttgart-West) wird im Hinblick auf die Anpassung an die Folgen des Klimawandels grüne Infrastruktur insbesondere im öffentlichen Raum auch strategisch geplant. Insbesondere Straßenbäume spielen hier eine große Rolle. Im Rahmen des Klimapakets werden auch laufend Maßnahmen im öffentlichen Raum und bei städtischen Gebäuden umgesetzt. In Vorbereitung ist eine Gründachsatzung um Dachbegrünungen im Bestand weiter voranzubringen. Wer als Eigentümer Flächen entsiegelt beziehungsweise begrünt, wird zudem indirekt gefördert, indem er eine reduzierte Niederschlagsgebühr bezahlt.

Platz: 56

Vorschlag Nr. 61395

Wildsträucher pflanzen

Einheimische Wildsträucher als Hecken an Rändern von Wiesen gepflanzt können sehr nützlich für Vögel und Insekten sein.

In der ganzen Stadt gibt es passende Stellen, wo diese Wildsträucher gepflanzt werden können.

Diese Hecken am Wegrand sind dann auch ein guter Schutz vor "Querfeldein-Fußgängern" die öfters mal über eine Wiese abkürzen und dadurch eine häßliche Narbe in eine Wiese oder einen Rasen schlagen, die mit der Zeit immer breiter wird und auf der absolut nichts mehr wächst.

Die Kosten denke ich sind gering, da die Schäden an den Grünflächen minimiert würden und dadurch im Gegenzug Kosten eingespart werden.

positive Wertungen: 810

negative Wertungen: 79

Stellungnahme der Verwaltung

Die Pflanzung und Pflege von Neu- und Bestandshecken sind im laufenden Budget des Garten-, Friedhofs- und Forstamtes enthalten. Mit dem Stuttgarter Klimaschutzprogramm wurden im Doppelhaushaltsplan 2020/2021 bis zum Jahr 2023 Mittel für zusätzliche Heckenpflanzungen sowie die Pflege von Neu- und Bestandshecken von insgesamt 1,2 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Pflanzungen wurden bereits im Jahr 2020 vorgenommen und werden in den kommenden Jahren fortgesetzt.

Platz: 57

Vorschlag Nr. 62536

Betreuungsangebote für Schulkinder - auch in Randzeiten und Ferien ausreichend und qualitativ hochwertig anbieten

Viele Eltern (meist Mütter) müssen nach der Grundschulzeit beruflich ihre Arbeitszeit wieder reduzieren, um die Ferien ihrer Kinder abdecken zu können. Hortplätze wurden und werden sukzessive abgebaut.

In den Ganztagesklassen der weiterführenden Schulen sind die Betreuungszeiten sehr unterschiedlich - für eine volle Berufstätigkeit beider oder alleinerziehender Eltern unzureichend schon während der Schulzeit. Für die Ferien gibt es keine zentrale Regelung, dezentrale Möglichkeiten sind oft nicht kompatibel mit Arbeitszeiten der Eltern und sollten für die Kinder selbständig erreichbar sein.

Im Hinblick auf Chancengleichheit ist es enorm wichtig, auch die Betreuung von Kindern zwischen 10 und 14 Jahren qualitativ und quantitativ so sicherzustellen, so dass Frauen die gleichen beruflichen und nebenberuflichen oder ehrenamtlichen Möglichkeiten haben wie Männer.

Mädchenförderung sollte nicht dann aufhören, wenn die Mädchen Mütter werden. Alleinerziehende trifft das noch härter, da sie zwischen finanziellen Engpässen oder Aufstockung mit Sozialgeldern oder "Schlüsselkind" mit den bekannten Begleiterscheinungen wählen müssen.

Daher sollte Stuttgart eine Ferienbetreuung für Schüler:innen bis zu ihrem 14. Lebensjahr in allen Ferien anbieten, die zentral über die jeweilige Schule erhoben und angemeldet wird. Damit ist ein Bedarf bereits am Schuljahresanfang bekannt und kann entsprechend von der Stadt organisiert werden (z.B. analog Waldheime). Ganztagesklassen sollten ein tatsächlich ganztägiges Angebot während der Schulzeit über die gesamte Woche haben. Halbtageschulen, welche nicht am Ganztage angebundener sind, sollten dies ebenfalls anbieten können. Dafür sind zusätzliche Personalkosten aufzuwenden.

<https://geb-stuttgart.de/>

positive Wertungen: 810

negative Wertungen: 123

Stellungnahme der Verwaltung

In der Landeshauptstadt Stuttgart gibt es im weiterführenden Schulbereich (Sekundarstufe I) Ganztageschulen in offener oder gebundener Form. Der Ganztagesbetrieb findet in diesen Schulen üblicherweise an mindestens vier Tagen in der Woche statt.

Aktuell hat die Stadt Stuttgart zehn voll gebundene Ganztageschulen (acht Gemeinschaftsschulen und zwei Werkrealschulen), fünf offene Ganztages-Realschulen sowie elf offene Ganztages-Gymnasien. Diese wurden beim Land Baden-Württemberg beantragt und sind offiziell eingerichtet. Als Schulträger ist die Landeshauptstadt Stuttgart für die Umsetzung des Ganztagesangebots verantwortlich. Der Ganztage beinhaltet ein Mittagessenangebot sowie Betreuungsangebote.

An den Werkreal- und Gemeinschaftsschulen erfolgt die Betreuung über freie Träger der Jugendhilfe, bei offenen Ganztagesangeboten werden diese über Jugendbegleiter gewährleistet. Eine Ferienbetreuung ist momentan in der Sekundarstufe I nicht gegeben und im Rahmen der vorhandenen Strukturen noch nicht umsetzbar.

Bis zum Beginn der Corona-Pandemie war auch im Land geplant, die Rahmenbedingungen für die ganztägige Beschulung von Kindern im Sekundarbereich neu aufzustellen. Unabhängig davon bestehen bereits seit Jahren von Seiten der Träger Forderungen, die Qualität bestehender Betreuungsangebote zu verbessern. Die Verwaltung verfolgt das Ziel einen ganzheitlichen Ansatz zur Verbesserung zu entwickeln, bei dem die Pläne des Landes mit einzubeziehen sind.

Platz: 58

Vorschlag Nr. 61006

Verschönerung des Wilhelmsplatzes in Bad Cannstatt

Der Wilhelmsplatz in Bad Cannstatt ist an Hässlichkeit kaum zu überbieten. Furchtbare Beton-Architektur, gnadenloser Verkehr und das abschreckende Beispiel eines "modernen" Brunnens. Alles, was diesen Platz menschenfreundlicher macht, ist wünschenswert: weniger Autos, mehr Grün und mittelfristig eine andere, schönere Bebauung (Kauf und Abriss durch die Stadt bzw. entsprechende Auflagen für private Käufer). Besonders gut wäre, wenn die Wartebereiche an den U-Bahn-Haltestellen attraktiver gestaltet und in ein Gesamtkonzept eingebettet wären. Ein städtebaulicher Wettbewerb zur Verschönerung und Umgestaltung dieses Platzes könnte ein erster Schritt in die richtige Richtung sein.

positive Wertungen: 809

negative Wertungen: 97

Stellungnahme der Verwaltung

Die Situation am Wilhelmsplatz ist aus städtebaulicher Sicht unbefriedigend. Die Entwicklung des Wilhelmsplatzes und seines Umfelds ist sehr komplex. Es gibt zahlreiche Abhängigkeiten zwischen Stadtplanung, Mobilität sowie der Entwicklung und Verfügbarkeit von Grundstücken. Deswegen beabsichtigt die Stadtverwaltung einen mehrstufigen Prozess in die Wege zu leiten:

Verkehrsstrukturplan

Der Wilhelmsplatz hat als ein zentraler Verkehrsknotenpunkt zahlreiche verkehrliche Auswirkungen und Wechselwirkungen auf Bad Cannstatt und andere Stadtbezirke. Es wird davon ausgegangen, dass die Inbetriebnahme des Rosensteintunnels im September 2021 gewisse Veränderungsspielräume aufzeigen wird. Hierzu werden im Rahmen einer Grundlagenermittlung die in Cannstatt relevanten Knoten vor und nach der Inbetriebnahme des Rosensteintunnels erhoben. Dies soll 2021 erfolgen.

Angedacht ist dann 2022/2023 die Erarbeitung eines Verkehrsstrukturplans für Bad Cannstatt.

Rahmenplan

Parallel zum Verkehrsstrukturplan kann dann die Arbeit am Rahmenplan für den Wilhelmsplatz aufgenommen werden, damit die Konsequenzen der städtebaulichen Anforderungen im Verkehrsstrukturplan rückgekoppelt werden können. Der Rahmenplan soll die Grundlagen für den städtebaulichen Wettbewerb legen und städtebauliche Leitlinien aufzeigen (2023).

Städtebaulicher Wettbewerb

Das Ergebnis der Rahmenplanung soll die Grundlage für einen wettbewerblichen Realisierungswettbewerb Wilhelmsplatz bilden.

Sanierungsgebiet

Ende 2023, wenn der Rahmenplan/ Strukturplan vorliegt, sollen die förderfähigen Maßnahmen geprüft werden. Sie sind die Voraussetzung für "vorbereitenden Untersuchungen" mit denen ein Antrag auf Aufnahme in ein Städtebauförderungsprogramm gestellt werden kann.

Zeitnahe Maßnahmen

Ein erster Schritt auf dem Weg ist ein künstlerischer Wettbewerb des Martin-Mayer-Stegs, dessen Ergebnis Anfang Mai feststehen soll und noch 2021 umgesetzt wird.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Bad Cannstatt nimmt die Vorschläge der Bürger*innen zustimmend zur Kenntnis und kommentiert sie bewusst nicht.

Platz: 59

Vorschlag Nr. 60583

Mehr echte! Grünflächen schaffen

Mehr echte Grünflächen für die Natur.

Sprich Blühwiesen und Rückzugsorte für Schmetterlinge, Vögel usw. im ganzen Stuttgarter Stadtbezirk...

Wenn ich mir Freiburg und Tübingen anschau finde ich in Stuttgart kaum Wildvögel außer Tauben. Schmetterlinge hab ich noch nie gesehen. Die Natur schenkt dem Menschen Lebensfreude und Energie und ist sehr wertvoll.

positive Wertungen: 802

negative Wertungen: 114

Stellungnahme der Verwaltung

In den vergangenen Jahren konnten durch die Reduzierung der Mahdvorgänge bereits intensiv gepflegte Rasenflächen zu artenreicheren Wiesenbeständen umgewandelt werden. Für die zusätzliche Optimierung vorhandener Beete wurden im Doppelhaushalt 2020/2021 insgesamt 200.000 Euro zur Verfügung gestellt. Auch die Pflanzung und Pflege von Neu- und Bestandshecken sind im laufenden Budget des Garten-, Friedhofs- und Forstamtes enthalten. Zusätzlich wurden mit dem Stuttgarter Klimaschutzprogramm in den Beratungen zum Doppelhaushalt 2020/2021 für die Jahre 2020-2023 insgesamt 2,4 Mio. Euro zur Pflanzung und Pflege von Neu- und Bestandshecken zur Verfügung gestellt.

Das Amt für Umweltschutz hat ein Artenschutzkonzept für Stuttgart erstellt auf dessen Basis ausgewählte Grünflächen gezielt und vorrangig dem Naturschutz gewidmet und entsprechende Pflegemaßnahmen verfolgt werden. In einem ersten Schritt wurden bereits 20 Pilotflächen ausgewiesen, die eine hohe natur- und artenschutzfachliche Relevanz besitzen. Hierbei zu nennen sind unter anderem die Dachswaldböschung in Stuttgart-Vaihingen, der südexponierte Waldrand am Lemberg in Stuttgart-Feuerbach und die wertvollen Felsaufschlüsse wie der Muschelkalk-Steinbruch Stephan, das Kotzenloch am Lemberg, der Stubensandstein-aufschluss auf der Egelseer Heide und die Felswand am Friedhof in Zuffenhausen.

Platz: 60

Vorschlag Nr. 61142

Mehr Trinkwasserbrunnen in Stuttgart ermöglichen

Ich würde mir mehr kostenlose Trinkwasserbrunnen in der Innenstadt und in den Stadtteilen wünschen. Aufgrund des Klimawandels und der dadurch steigenden Temperaturen in der Innenstadt und den Stadtteilen ist es aus meiner Sicht wichtig, dass jeder Mensch in der Stadt zu jeder Zeit Zugang zu Trinkwasser bekommt. Brunnen verbessern die Lebensqualität, machen die Stadt lebenswerter, wirken sich positiv auf Flora und Fauna aus. Trinkwasserbrunnen bieten unter anderem Armen und Obdachlosen eine Möglichkeit kostenlos an das gute Stuttgarter Trinkwasser zu kommen.

positive Wertungen: 801

negative Wertungen: 108

Stellungnahme der Verwaltung

Mit dem Aktionsprogramm Klimaschutz „Weltklima in Not – Stuttgart handelt“ hat der Gemeinderat verschiedene Maßnahmen zur Erreichung der Ziele der Klimaschutzkonferenz von Paris beschlossen, unter anderem die Ausweitung der blauen Infrastruktur. Diese hat zum Ziel auf öffentlichen Plätzen und Spielplätzen im Stadtgebiet Stuttgart neue Brunnen, Wasserspiele und Trinkwasserspender zur Verbesserung der klimatischen Situation aufzustellen. Insgesamt sollen im Zuge des Aktionsprogramms bis 2024 acht neue Wasserspiele und 20 neue Trinkwasserbrunnen entstehen.

Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie werden derzeit geeignete Standorte für neue Brunnen in Stuttgart definiert. Die Trinkwasserbrunnen sollen in erster Linie für stadtklimatologische Hotspots in den Stadtteilen im Talkessel vorgesehen werden. Von Hotspots wird in diesem Zusammenhang von Plätzen/Bereichen in der Stadt gesprochen, die sich im Sommer stark aufheizen. Auch städtebauliche Aspekte, die Aufenthaltsqualität und die Besucherfrequenz werden bei der Standortsuche berücksichtigt.

Platz: 61

Vorschlag Nr. 60076

Fahrradwegenetz weiter ausbauen

Aufgrund des anhaltenden Anspruchs an eine lebenswerte Stadt ist der stetige Ausbau des Fahrradwegenetzes. Auch im Rahmen der Corona Phase wird ein deutlicher Zuwachs der verkauften Räder bemerkt und führt zu einem höheren Radaufkommen. Dies sollte weiter optimiert und ausgebaut werden. Dies ermöglicht auch den Umstieg vom Auto oder Öffentlichen Verkehrsmittel auf das Rad und fördert das Ziel einer Emissionsfreien Fortbewegung.

positive Wertungen: 801

negative Wertungen: 192

Stellungnahme der Verwaltung

Planungsgrundlage für die Ausweitung des Radwegenetzes ist zurzeit das Radverkehrskonzept von 2009. Das Ziel ist die Umsetzung der darin definierten Hauptradrouten bis zum Jahr 2030. Das bedeutet, dass kontinuierlich neue Radwege geplant und gebaut werden. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf der Trennung zwischen Rad- und Fuß- sowie Kraftfahrzeugverkehr, um ein komfortables und verkehrssicheres Radwegenetz herzustellen. Das Radverkehrskonzept soll in den kommenden Jahren fortgeschrieben werden.

Platz: 62

Vorschlag Nr. 62883

Nutzung der Bäder weiter ausweiten anstatt zu beschränken

Das sollte im Sinne der Gesundheit der Bürger selbstverständlich sein.

positive Wertungen: 798

negative Wertungen: 101

Stellungnahme der Verwaltung

Die Bäderbetriebe Stuttgart stellen verschiedenen Nutzergruppen (unter anderem Öffentlichkeit, Vereine, Schulen) Wasserflächen zur Verfügung. Im Rahmen des Bäderentwicklungsplans 2030 (Gemeinderatsdrucksache 990/2018) wurden die aktuellen und zukünftigen Bedarfe an Wasserflächen und an Belegungszeiten für die unterschiedlichen Nutzeranforderungen an den derzeitigen Hallenbad-Standorten der Bäderbetriebe Stuttgart untersucht. Dabei wurde festgestellt, dass die Vereine und Schulen einen Mehrbedarf an Wasserbelegungszeiten haben.

Um die Bedarfe der unterschiedlichen Nutzergruppen decken zu können und auch eine dauerhafte Nutzung zu ermöglichen ist mittelfristig vorgesehen Wasserflächen zu erweitern. Deshalb planen die Bäderbetriebe zum Beispiel bei den Sanierungsprojekten der Hallenbäder Zuffenhausen und Sonnenberg eine Erweiterung der bisherigen Wasserflächen. Es können dann alle Nutzergruppen gleichzeitig im selben Bad, aber nicht im selben Becken, bedarfsgerechte Wasserzeiten belegen. Dies führt dazu, dass grundsätzlich keine Wasserzeiten für die öffentliche Nutzung reduziert werden müssen. Ganz im Gegenteil: Die Hallenbäder Zuffenhausen und Sonnenberg sollen umfangreich an sieben Wochentagen ganzjährig für eine öffentliche Nutzung zur Verfügung stehen.

Zur Verbesserung der Situation für alle Nutzer trägt auch der Neubau des Sportbads NeckarPark bei, dessen Fertigstellung für Frühjahr 2022 vorgesehen ist. Auch hier ist ein Parallelbetrieb aller Nutzer in unterschiedlichen Becken möglich, was dazu führt, dass die Öffentlichkeit an mehreren Tagen in der Woche das Bad nutzen kann.

Unsere drei Thermen sowie während der Freibadsaison alle fünf Stuttgarter Freibäder sind bereits an sieben Wochentagen für den Individualgast geöffnet und bieten umfangreiche Öffnungszeiten von morgens bis abends an.

Platz: 63

Vorschlag Nr. 62509

Höhere Strafen und mehr Personal gegen Müllsünder

Es sollten höhere Geldstrafen gelten und auch durchgesetzt/geahndet werden, wenn Leute ihren Müll (Essensverpackungen, Flaschen usw.) auf den Boden schmeißen oder einfach nach dem "Feiern" liegen lassen. Feuersee und Schlossplatz sind nur zwei Beispiele von Plätzen, die leider sehr zugemüllt sind.

positive Wertungen: 798

negative Wertungen: 104

Stellungnahme der Verwaltung

Mit dem Bußgeldkatalogs Umwelt des Landes Baden-Württemberg vom 01.12.2018 wurden auf Anregung der Landeshauptstadt Stuttgart die Bußgelder bereits deutlich erhöht. Für Gegenstände des Hausmülls, soweit sie von unbedeutender Art und/oder geringer Menge bis 2 kg sind (z.B. Zigarettenschachtel, Zigarettenskippe, Kaugummi, Verpackungsmaterial), ist ein Bußgeldrahmen von 50 bis 250 Euro vorgesehen. Die Abfallrechtsbehörde muss sich an den Vorgaben des Landes orientieren.

Im Rahmen des Aktionsplans „Saubere Stadt“ wurden 2018 beim Städtischen Vollzugsdienst elf neue Stellen geschaffen. Trotz mehrerer Stellenausschreibungsverfahren konnten bis April 2021 nicht einmal die Hälfte dieser neu geschaffenen Stellen besetzt werden.

Alle 62 Beschäftigten des Städtischen Vollzugsdienstes haben im Rahmen ihres Dienstes auch auf das unerlaubte Entsorgen von Abfall zu achten. Davon ist auch umfasst, wilde Müllablagerungen auf öffentlicher und privater Fläche aufzuspüren, nach Hinweisen auf die Täter zu suchen und die Ablagerungen zu melden. Befinden sich die wilden Müllablagerungen auf öffentlicher Fläche, geht die Meldung an den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Stuttgart oder andere öffentliche Entsorgungsträger. Liegt der Müll dagegen auf privater Fläche wie etwa einem Gartengrundstück, geht die Meldung an das hierfür zuständige Amt für Umweltschutz der Landeshauptstadt Stuttgart - das dann auf den Grundstückseigentümer zugeht, wenn hierfür die gesetzlichen Voraussetzungen aus dem Abfall-, dem Immissionsschutz- oder dem Naturschutzrecht vorliegen.

In der Praxis ist es schwierig Müllsünder (z.B. Personen, die ihre Zigarettenskippen wegschmeißen oder Hundebesitzer, die den Kot ihrer Hunde nicht aufsammeln) auf frischer Tat zu ertappen. Solche Delikte werden in aller Regel unterlassen, wenn der Städtische Vollzugsdienst mit einer uniformierten Streife auftaucht. Daher werden, wenn möglich auch Zivilstreifen durchgeführt.

Platz: 64

Vorschlag Nr. 61806

Badegewässer für Stuttgart und die Region finden - den Neckar sauber machen

Die Sommer werden immer heißer, die Menschen sehnen sich nach Abkühlung, möglichst in der Nähe. Die Freibäder sind oft hoffnungslos überfüllt, in Corona-Zeiten sowieso. Stuttgart dürfte die einzige Großstadt in Deutschland sein, die kein Badegewässer hat. Wenn man auf die Badegewässerkarte Baden-Württemberg schaut, gähnt eine große Lücke gerade da, wo das größte Ballungsgebiet des Landes liegt. Nun hat die Stadtverwaltung 2013 alle im Stadtgebiet vorhandenen Seen für untauglich befunden. Wenn es bei dieser Einschätzung bleibt, müssten zum Baden neue Seen im Stadtgebiet oder im Umland ausgebaggert werden. Wahrscheinlich wäre aber ein Fluss für einen großen Andrang besser geeignet, weil die Wassererneuerung viel schneller geht und die Ufer länger sind als bei einem See. Dafür müsste die Wasserqualität des Neckars oder seiner Nebenflüsse Fils, Rems, Murr und Enz verbessert werden, was sicher finanziell machbar wäre. In jedem Fall müssten die Initiative und auch der größte finanzielle Beitrag von Stuttgart aus gehen. Wir möchten uns bewusst nicht auf ein bestimmtes Gewässer oder einen Standort festlegen, weil uns dafür die nötigen Detailkenntnisse fehlen. Uns geht es nur darum, den Wunsch der Bürger/innen nach einem oder mehreren sommerlichen Badegewässern, die einer Großstadt würdig sind, auszudrücken und zu bündeln.

positive Wertungen: 798

negative Wertungen: 113

Stellungnahme der Verwaltung

Der Neckar ist als Bundeswasserstraße nicht als Badegewässer geeignet. Durch den Ausbau zur Bundeswasserstraße und der damit verbundenen Stauhaltung ist kein natürlicher Abfluss im Neckar gegeben. Die Abwässer der im Einzugsgebiet lebenden Menschen werden in insgesamt 590 Kläranlagen gereinigt. Davon ca. 150 Kläranlagen im Oberlauf des Neckars vor dem Stadtgebiet Stuttgart. Durch die Vielzahl der Maßnahmen bei den Kläranlagen und bei der Regenwasserbehandlung hat sich die Gewässergüte in den letzten Jahrzehnten erheblich verbessert. Um die Hygiene im Ablauf der Klärwerke im Oberlauf des Neckars zu verbessern müssten die ca. 150 Klärwerke mit einer zusätzlichen Hygienisierungsstufe erweitert werden. Alle 4 Klärwerke der Stadtentwässerung Stuttgart (SES) entsprechen der Größenklasse 5 (> 100.000 Einwohnerwerte) mit den strengsten Grenzwerten. Diese werden zuverlässig eingehalten und dadurch der Nährstoffeintrag in die Gewässer deutlich reduziert. Der Anteil an gereinigtem Abwasser im Neckar liegt in trockenen Sommermonaten im Bereich von Stuttgart bereits bei ca. 40%.

Die weiteren Gewässer im Stadtgebiet können aus Gründen des Landschafts-, des Natur- und / oder des Artenschutzes nicht als Badegewässer genutzt werden und es ist zudem auf Grund der Randbedingungen (z.B. fehlender natürlicher Zufluss, nicht ausreichende Seetiefe etc.) keine nachhaltige Badewasserqualität erreichbar. An der Stelle wird auf die zahlreichen Frei- und Hallenbäder im Stadtgebiet verwiesen.

Platz: 69

Vorschlag Nr. 61912

Jugendfarm Elsental unterstützen

Offene Jugendarbeit braucht Unterstützung

positive Wertungen: 789

negative Wertungen: 122

Stellungnahme der Verwaltung

Die pädagogisch betreuten Spielplätze sind ein wichtiger Bestandteil der offenen Kinder und Jugendarbeit in Stuttgart. Die Angebote auf den Plätzen haben sich in den vergangenen Jahren deutlich erweitert, zudem haben sich rechtliche wie auch tatsächliche Rahmenbedingungen verändert.

Der Gemeinderat hat zum Doppelhaushalt 2020/2021 deshalb neue Fördergrundsätze beschlossen, welche zu maßgeblichen finanziellen Verbesserungen für die Plätze geführt hat.

Auf der Grundlage eines gemeinsam formulierten inhaltlichen Rahmens wurden drei Angebotsbausteine definiert. Innerhalb dieser drei Angebotsbausteine sind mehrere Umsetzungsstufen möglich; der Förderung der Programmkosten wird beispielsweise die Anzahl der jährlichen Besucher*innen zugrunde gelegt. Während die bisherige Fördersystematik auf einer festen Einteilung der Plätze in drei Kategorien beruhte und die Förderung je Kategorie – unabhängig vom tatsächlichen Angebot – mit derselben Pauschale erfolgte, kann jetzt eine realitätsnahe Ausgestaltung der Förderung erfolgen.

Die Plätze haben damit viele Möglichkeiten, die eigene Arbeit bezogen auf den jeweiligen Sozialraum individuell auszugestalten. Zudem haben alle Plätze die finanziellen Mittel dafür zur Verfügung gestellt bekommen Fachkräfte auf den Plätzen auszubilden, entweder im Rahmen der praxisintegrierten Ausbildung oder Anerkennungspraktikant*in für den Beruf der Erzieher*in.

Die Fachverwaltung sichert damit die Zukunft der Jugendfarmen und Aktivspielplätze und anerkennt die große Bedeutung der Jugendfarmen und Aktivspielplätze als wichtiger Bestandteil der Stuttgarter Jugendhilfelandchaft.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Den Jugendfarmen im Stadtbezirk Stuttgart-Süd kommt eine besondere Bedeutung zu. So auch der Elsenfarm im Stadtteil Kaltental. Es ist aus Sicht des Bezirksbeirats Süd wichtig, dass sie von der Landeshauptstadt Stuttgart unterstützt werden.

Platz: 75

Vorschlag Nr. 61652

Restaurieren wir endlich unsere Schulen

Schulen renovieren und Ausstatten.

Renovieren: Toiletten alt und nicht auf den neuen Hygienestandard (Wasserhähne und Toilettenspülung ohne anzufassen betätigen, Seife, ...).

Klassenzimmer Bio, Chemie.

Ausstatten: Internet in jeder Klassenzimmer für Online Unterricht. Bücher auf iPad. Kurse für Lehrer um auf den neuen was Internet betrifft zu sein.

positive Wertungen: 781

negative Wertungen: 91

Stellungnahme der Verwaltung

Im Rahmen des vom Gemeinderat im Jahr 2010 beschlossenen Sonderprogramms Schulsanierungen wird der Sanierungsstau schrittweise abgebaut.

Um eine effizientere Bearbeitung des Schulsanierungsprogramms zu erreichen, wird zu Beginn einer Planung nicht nur die im Schulsanierungsprogramm gelistete Einzelmaßnahme betrachtet, sondern ein ganzheitlicher Blick auf den Zustand des Gebäudes gerichtet.

Erkenntnisse aus der Schulentwicklungsplanung, schulorganisatorische Anforderungen und technische Voraussetzungen (zum Beispiel Digitalisierung) werden hierbei ebenfalls berücksichtigt. Dies führt einerseits dazu, dass sich in den meisten Fällen ein wesentlich größerer Sanierungsbedarf für das untersuchte Gebäude ergibt, meist verbunden mit einer längeren Bearbeitungszeit in der Planung und einer deutlichen Steigerung im Mittelbedarf gegenüber der gelisteten Maßnahme. Andererseits wird damit der Schule nach Abschluss der Maßnahme ein ganzheitlich saniertes Gebäude übergeben, das in den kommenden Jahren ohne weitere bauliche Einschränkungen genutzt werden kann. Die Dauer der Einschränkungen des Schulbetriebs aufgrund laufender kleinerer Sanierungsmaßnahmen wird dadurch reduziert. Durch die Zusammenfassung einzelner Sanierungsmaßnahmen wird die Effizienz der Bearbeitung erhöht.

Die Verwaltung informiert die Schulen über den jeweiligen Planungsstand der Sanierungs- beziehungsweise Investitionsmaßnahmen regelmäßig.

Um unabhängig vom Sanierungsprogramm an den Schulen dringende Unterhaltungsmaßnahmen vornehmen zu können, stehen im Grundbudget des baulichen Gebäudemanagements des Schulverwaltungsamtes jährlich pro Schule durchschnittlich rund 100.000 Euro zur Verfügung. Dieser Betrag wird jährlich, dem Prinzip der Vorsicht entsprechend, den jeweils erforderlichen Unterhaltsmaßnahmen einer Schulanlage angepasst und kann in begründeten Einzelfällen umgeschichtet werden. Vorrangig müssen diese Mittel zum Erhalt der Funktionsfähigkeit und zur Herstellung der Verkehrssicherheit der Gebäude, Sportstätten und Außenanlagen verwendet werden.

Das Schulverwaltungsamt ist bemüht, Verfahren weiter zu beschleunigen und ist hierzu auch mit anderen Ämtern der Verwaltung im Gespräch.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Plieningen verweist darauf, dass bestehende Sanierungspläne zeitnah umgesetzt werden sollen.

Platz: 77

Vorschlag Nr. 62760

Jugendfarm Möhringen-Vaihingen unterstützen

Offene Jugendarbeit braucht Unterstützung.

Kinder brauchen Orte um zu werkeln, zu basteln, mit Tieren umzugehen und sich zu treffen.

positive Wertungen: 777

negative Wertungen: 113

Stellungnahme der Verwaltung

Die pädagogisch betreuten Spielplätze sind ein wichtiger Bestandteil der offenen Kinder und Jugendarbeit in Stuttgart. Die Angebote auf den Plätzen haben sich in den vergangenen Jahren deutlich erweitert, zudem haben sich rechtliche wie auch tatsächliche Rahmenbedingungen verändert.

Der Gemeinderat hat zum Doppelhaushalt 2020/2021 deshalb neue Fördergrundsätze beschlossen, welche zu maßgeblichen finanziellen Verbesserungen für die Plätze geführt hat.

Auf der Grundlage eines gemeinsam formulierten inhaltlichen Rahmens wurden drei Angebotsbausteine definiert. Innerhalb dieser drei Angebotsbausteine sind mehrere Umsetzungsstufen möglich; der Förderung der Programmkosten wird beispielsweise die Anzahl der jährlichen Besucher*innen zugrunde gelegt. Während die bisherige Fördersystematik auf einer festen Einteilung der Plätze in drei Kategorien beruhte und die Förderung je Kategorie – unabhängig vom tatsächlichen Angebot – mit derselben Pauschale erfolgte, kann jetzt eine realitätsnahe Ausgestaltung der Förderung erfolgen.

Die Plätze haben damit viele Möglichkeiten, die eigene Arbeit bezogen auf den jeweiligen Sozialraum individuell auszugestalten. Zudem haben alle Plätze die finanziellen Mittel dafür zur Verfügung gestellt bekommen Fachkräfte auf den Plätzen auszubilden, entweder im Rahmen der praxisintegrierten Ausbildung oder Anerkennungspraktikant*in für den Beruf der Erzieher*in.

Die Fachverwaltung sichert damit die Zukunft der Jugendfarmen und Aktivspielplätze und anerkennt die große Bedeutung der Jugendfarmen und Aktivspielplätze als wichtiger Bestandteil der Stuttgarter Jugendhilfelandchaft.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Möhringen unterstützt dieses Anliegen. Die Jugendarbeit benötigt Unterstützung - gerade auch während der Covid-Pandemie

Platz: 83

Vorschlag Nr. 61988

Mobile Kindersozialarbeit in Birkach, Botnang und Zuffenhausen

Die Mobile Kindersozialarbeit (MKSA) setzt sich für nachhaltige Begleitung von Kindern und deren Familien ein, die auf unterschiedliche Weise von Benachteiligung betroffen sind. Im öffentlichen Raum oder in Organisationen werden Kinder aufgrund grenzüberschreitendem und jugendtypischem Verhalten auffällig, stigmatisiert oder gar ausgegrenzt.

Hier zeigt sich, dass Kinderarmut nicht nur ein materielles Problem darstellt, sondern ebenso den Zugang zu Aktivitäten, sozialer Teilhabe und zuverlässigen Bezugspersonen erschwert.

Die MKSA berät und unterstützt die Kinder mit dem Ziel, sich zu selbständigen und gleichberechtigten Menschen zu entwickeln und ihnen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Das Konzept der Mobilien Kindersozialarbeit wird bereits in einigen Stadtteilen erfolgreich praktiziert und bietet den jüngeren Zielgruppen (8-13 Jahre) eine verlässliche und im Rahmen von Streetwork auch aufsuchende Unterstützung an.

Um die Lebensqualität der Kinder in Birkach, Botnang und Zuffenhausen auch nachhaltig zu verbessern, ist die Schaffung von jeweils einer 50%-Stelle und deren Regelfinanzierung in diesen Stadtbezirken dringend erforderlich.

positive Wertungen: 769

negative Wertungen: 121

Stellungnahme der Verwaltung

Das Angebot Mobile Kindersozialarbeit startete in Stuttgart erstmalig 2020 in zwei Stadtbezirken: Für die Träger der Mobilien Jugendarbeit (Caritasverband für Stuttgart e.V. und eva – Evangelische Gesellschaft Stuttgart e.V.) wurde mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 die Regelförderung von je einer 0,5-Fachkraftstelle für die Mobile Kindersozialarbeit für die Stadtbezirke Freiberg/Mönchfeld und Weilimdorf beschlossen. Die Kinder fallen besonders in Gruppen durch altersinadäquates Verhalten auf; ihnen gemein sind eine prekäre Lebenslage und eine soziale Herkunft, die nur geringe Perspektiven verspricht.

Grundsätzlich befürwortet die Fachverwaltung die Mobile Kindersozialarbeit. Ein weiterer Ausbau der Mobilien Kindersozialarbeit in den drei angesprochenen Bezirken ab 2022 wird derzeit jedoch nicht prioritär behandelt. Vielmehr sollen die Erfahrungen aus der Mobilien Kindersozialarbeit in den beiden Stadtbezirken Freiberg/Mönchfeld und Weilimdorf ab 2020 nach einer Laufzeit von drei Jahren zunächst ausgewertet und als Grundlage für einen möglichen Ausbau dienen. Dabei sollen auch die Sozial- und Infrastrukturdaten aller Stuttgarter Stadtbezirke berücksichtigt werden, um besonders prekäre Lebenslagen von Kindern zu berücksichtigen und eine entsprechende Auswahl zu treffen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Vorschlag wird von Seiten des Bezirksbeirats Zuffenhausen, auch mit einem Antrag zur Schaffung der bestmöglichen Voraussetzungen für alle Kinder und Jugendliche, unterstützt.

Platz: 109

Vorschlag Nr. 62928

Marktplatzgastronomie

Mir fehlt am Marktplatz ein schöner Platz mit kombinierter Café- und Restaurant-Außen-Gastronomie zum Verweilen, auch für abends und Sonn- und Feiertage, groß genug, so dass man leicht einen Platz bekommt, und geschützt gelegen –mit Abstand von der Straße oder vorbeieilenden Fußgängern.

positive Wertungen: 747

negative Wertungen: 132

Stellungnahme der Verwaltung

Die Attraktivität von Innenstädten und Stadtteilzentren wird durch ein vielfältiges Angebot an Einzelhandel, Dienstleistung, Kultur und Erholungsflächen beeinflusst. Insofern ist die Funktionsmischung von besonderem Interesse. Die Wirtschaftsförderung der Landeshauptstadt Stuttgart unterstützt aufgrund dessen grundsätzlich Ansiedlungen gastronomischer Betriebe, da auch gastronomische Angebote in der Regel ein Anziehungspunkt zur Belebung sind, zum Verweilen einladen und die räumliche Atmosphäre und Aufenthaltsqualität positiv beeinflussen.

Das gastronomische Angebot in Großstädten und deren Flächen ist in den letzten Jahrzehnten stark angestiegen. Man spricht diesbezüglich auch von einer „Mediterranisierung der Freiraumnutzung“. Ein Aspekt des Phänomens ist die quantitative Erweiterung von Außenterrassen. Eine Zahl verdeutlicht die Zunahme: während in den Jahren 2009 bis 2014 jährlich ca. 500 Straßenwirtschaften auf öffentlichen Flächen in der Landeshauptstadt Stuttgart genehmigt wurden, stieg die Zahl bis ins Jahr 2019 auf über 600 an. Insofern hat sich die Verweilqualität, was das Sitzen und Verweilen auf außergastronomischen Flächen angeht, in Stuttgart generell in den letzten Jahren positiv entwickelt.

In Stuttgart gibt es Initiativen Verweilflächen umzuwidmen, damit mehr Platz für Fußgänger und Radfahrer, mehr Stadtgrün und Sitzmöglichkeiten, mehr Bewegungsräume für Kinder und Erwachsene und damit mehr Lebensqualität und Raum für alle entsteht. Insofern werden stets Flächen und Plätze entwickelt, die geschützt gelegen sind - auch mit Abstand von Verkehrsstraßen.

Innerhalb der Stadtverwaltung übernimmt die Abteilung Wirtschaftsförderung eine Lotsenfunktion für Unternehmen, die ihre Ideen platzieren möchten. Im Rahmen dieser Tätigkeit ist sie unterstützend tätig. Insofern könnte die Wirtschaftsförderung auch Ansprechpartner*in für gastronomische Betriebe sein, wenn es am Degerlocher Marktplatz in Zukunft Leerstands- oder auch Projektentwicklungen geben sollte.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Degerloch würde die Ansiedelung einer Gastronomie am Marktplatz begrüßen, sofern sich durch entstehenden Leerstand in einem Bestandsgebäude in diesem Areal die Möglichkeit ergeben würde.

Platz: 114

Vorschlag Nr. 62684

Neckarradwege zu mehrspurigen Fuß- und Radwegen ausbauen

Es ist sehr beliebt, am Neckar entlang zu gehen oder mit dem Rad zu fahren. Darum wird ein Ausbau erwünscht, sodass es zwei Spuren für Radfahrer*innen und eine Spur für Fußgänger*innen gibt. Vor allem auf der Höhe von Esslingen sollte der Weg zudem geglättet werden.

positive Wertungen: 738

negative Wertungen: 160

Stellungnahme der Verwaltung

Planungen im Bereich des Neckars sind sehr komplex, da die Flächen am Neckar im Eigentum des Bundes sind, den Bestimmungen der Bundeswasserstraße mit eigener Gesetzgebung unterliegen und langwierige Genehmigungsverfahren erfordern. Dennoch hat die Landeshauptstadt mit dem "Erlebnisraum Neckar - ein Masterplan für Stuttgart als Stadt am Fluss" ein Handlungsprogramm aufgelegt, um auf vielen Abschnitten der Neckarufer Maßnahmen umzusetzen und damit für Freizeit und Erholung, aber auch für Natur und Landschaft gestalterische wie funktionale Verbesserungen herbeizuführen. Außerdem wurde eine Machbarkeitsstudie zu Radschnellverbindungen erarbeitet, welche die Belange des Radverkehrs und die Verbesserungspotenziale entlang des Neckars aufzeigt. Wesentliches Ziel im Zusammenhang mit Radschnellverbindungen ist immer die Trennung zwischen Fuß- und Radverkehr. In der ersten Jahreshälfte 2022 soll zunächst die Trasse nach Esslingen geplant werden, die zwischen Untertürkheim und Bad Cannstatt vorsieht den Radverkehr am östlichen Neckarufer zu führen, während das westliche Ufer aufgewertet und insbesondere für Fußgänger attraktiv gestaltet werden soll. (Projekt Wasenufer und Wasenquerung aus dem Handlungsprogramm Erlebnisraum Neckar).

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Untertürkheim begrüßt Planungen, die das enge Flächenangebot des Neckarradweges kreativ erweitern, sieht aber gleichzeitig auch die Schwierigkeit, Ansprüche des Natur- und Pflanzenschutzes, der Wasserschifffahrt auf dem Neckar und den Bedürfnissen nach einem getrennten Rad- und Gehweg miteinander zu verbinden.

Für die Engstelle am Daimler-Parkhaus wäre eine Durchfahrt für Radfahrer durch das Parkhaus ein erstrebenswerter Lösungsansatz.

Platz: 118

Vorschlag Nr. 62601

Kunst und Kultur im Park der Villa Berg frühzeitig etablieren

Das Projekt Kunst- und Kulturpark Villa Berg wird auch in den Jahren 2022 und 2023 von der Stadt Stuttgart gefördert. Durch Veranstaltungen im Jahr 2021 wurde trotz Corona der Park und die Villa Berg in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt und das umfangreiche Engagement vieler Menschen sichtbar gemacht. Es sollen wieder Konzerte für Zuhörer aller Altersgruppen, temporäre Kunstaussstellungen im Park, Lesungen, ein Sommerfest mit verschiedenen Kulturinseln, Workshops im Freien für Bildende Kunst und mehr stattfinden.

Begründung

Im Mai 2020 hat der Gemeinderat beschlossen, die Villa Berg zu sanieren und sie im Sinne des Ergebnisses der Bürgerbeteiligung der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, als Haus für Musik und mehr. Auch der über Jahrzehnte vernachlässigte zugehörige Park wird in den nächsten Jahren umfassend saniert. Noch ist dieses große Engagement für die Bürger in keiner Weise sichtbar und es ist sehr schwierig diese zu mobilisieren, um sich in die Planungen und den Gestaltungsprozess einzubringen.

Man könnte also jetzt im Vorfeld der Wiedereröffnung der Villa eine Marke Kunst- und Kulturpark Villa Berg schaffen, was dann später die Etablierung der neuen sanierten Villa Berg wesentlich erleichtern würde.

Ein weiterer großer Vorteil des Projektes wäre, dass man ebenfalls schon heute damit beginnen könnte, mit möglichen späteren Nutzern und Kooperationspartnern zusammenzuarbeiten. Das würde die Anlaufschwierigkeiten nach der Wiedereröffnung der Villa enorm reduzieren und vermutlich deutlich verbessern.

positive Wertungen: 732

negative Wertungen: 114

Stellungnahme der Verwaltung

Der Gemeinderat stellte im Doppelhaushalt 2020/2021 einen Etat von 50.000 Euro für Veranstaltungen im Park der Villa Berg zur Verfügung.

Trotz Baumaßnahmen und Einschränkungen durch die Corona-Pandemie konnten bereits im Jahr 2020 sechs Veranstaltungen im Park der Villa Berg stattfinden. Die Resonanz der Bürger*innen auf die angebotenen Open-Air Veranstaltungen war rege und sehr positiv. Die Veranstaltungen sollen 2021 fortgesetzt werden. Eine entsprechende Ausschreibung der Fördermittel ist erfolgt und wird gut angenommen.

Der neu geschaffene „Planungsstab Villa Berg“ beim Kulturamt strebt eine Fortsetzung und Intensivierung der Veranstaltungsreihe für die Jahre bis zur Eröffnung an. Hierfür müssten im Doppelhaushalt 2022/2023 erneut Mittel im Kulturhaushalt eingestellt werden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Ost unterstützt in vollem Umfang den Vorschlag des Bürgerhaushalts zur Etablierung eines Kunst- und Kulturprogramms Villa Berg, bereits vor der Eröffnung des „Haus für Musik und mehr“. Gleichzeitig verweist der Bezirksbeirat Ost auch auf den Wunsch nach einem Park für Ruhe und Erholung aus der bisherigen Bürgerbeteiligung.

Platz: 121

Vorschlag Nr. 61460

Mehrzweckhalle für Plieningen-Birkach am Wolfer errichten

Die Stadtbezirke Plieningen und Birkach brauchen eine Mehrzweckhalle. Dieser Bedarf wurde bereits in den letzten drei Bürgerhaushalten der Stadt Stuttgart klar bestätigt und bezieht sich ausdrücklich auf eine Mehrzweckhalle. Dort sollen neben sportlichen Aktivitäten auch schulische, kulturelle und politische Veranstaltungen stattfinden können. Als Standort wird der Bereich westlich der Wolferhalle vorgeschlagen.

positive Wertungen: 731

negative Wertungen: 150

Stellungnahme der Verwaltung

Bezogen auf die gesamte Stadt liegt der Versorgungsgrad der Turn- und Sporthallen für den Vereinssport/Allgemeinen Sport bei ca. 75 %. Das innere Stadtgebiet weist eine Bedarfsdeckung von ca. 69 % auf. Im äußeren Stadtgebiet wird insgesamt eine Bedarfsdeckung von 78 % erreicht.

Die beiden Stadtbezirke Plieningen und Birkach können hier aufgrund ihrer räumlichen Beziehung hinsichtlich der Versorgung mit Turn- und Sporthallen gemeinsam betrachtet werden. Die Schulen und Vereine in beiden Stadtbezirken nutzen die vorhandenen Hallen, sind aber seit einiger Zeit an ihren Grenzen angekommen.

Der Schulsport in Plieningen und Birkach ist derzeit zwar rein rechnerisch durch die vorhandenen Turn- und Sporthallen in den Stadtbezirken sichergestellt, das Paracelsus-Gymnasium nutzt aber für die Durchführung des Unterrichtsbetriebs sowohl die Halle der Uni Hohenheim als auch die Ballsporthalle Plieningen.

Der Vereinssport in Plieningen und Birkach ist seit langem unterversorgt. Ab 17:15 Uhr stehen die Hallen den Sportvereinen und Sportgruppen zum allgemeinen Trainingsbetrieb zur Verfügung. Diese Zeiten sind allerdings voll belegt, sodass die Vereine keine Möglichkeit haben, ihren Mitgliedern neue Angebote zu unterbreiten beziehungsweise neue Mitglieder aufzunehmen. In Birkach liegt die rechnerische Versorgung bei lediglich ca. 42%, in Plieningen bei rund 60%. Daraus kann ein rechnerischer Fehlbedarf von 4,6 Übungseinheiten abgeleitet werden.

Ähnlich verhält es sich mit der Mehrzwecknutzung. Die Möglichkeit größere Veranstaltungen in den Stadtbezirken Plieningen und Birkach durchzuführen, ist nur bedingt gegeben. Für Veranstaltungen mit bis zu 500 Personen steht keine passende Infrastruktur zur Verfügung.

Die Notwendigkeit einer neuen Halle für den Sport und für die Mehrzwecknutzung, kann fundiert begründet werden. Für eine tatsächliche Realisierung einer solchen Halle ist planungsrechtlich derzeit kein Standort ausgewiesen und kein Planungsrecht vorhanden. Um den Prozess strukturiert einzuleiten, finden bereits erste Konzeptionen hinsichtlich notwendiger Raumprogramme (Sport- und Mehrzweckhalle) sowie umfangreiche Standortüberlegungen statt. In einem nachgeschalteten Schritt wird die grundsätzliche Machbarkeit im Rahmen einer Studie geprüft.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Plieningen befürwortet den Vorschlag und verweist auf sein langjähriges Engagement bezüglich einer Mehrzweckhalle und die derzeit von den Fachämtern zu erstellende Machbarkeitsstudie.

Platz: 137

Vorschlag Nr. 60153

Baum auf dem Marienplatz

Der Marienplatz ist generell ein schöner Platz und Treffpunkt verschiedener Gruppen. Außenrum gibt es einige Bäume, aber in der Mitte des Platzes fehlt ein schöner großer Baum für eine bessere Atmosphäre und im Sommer als Schattenspende.

positive Wertungen: 713

negative Wertungen: 136

Stellungnahme der Verwaltung

Der Marienplatz in Stuttgart-Süd ist das Ergebnis eines Wettbewerbsverfahrens, welches das Stadtplanungsbüro Freie Planungsgruppe 7 (heute Büro FPZ) gewonnen hat. Herr Lermann als Urheber dieses Entwurfs, mit dem die Stadtverwaltung nach wie vor in Kontakt steht, möchte die Platzmitte des Marienplatzes unbedingt freihalten, um die wichtige multifunktionale Nutzung (zum Beispiel Festzelt oder Ähnliches) zu gewährleisten.

Dadurch kann der Vorschlag nicht weiterverfolgt werden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Süd begrüßt den Vorschlag. Er ist aufgrund der gegebenen Situation vor Ort jedoch nicht umsetzbar. Unter der Mitte des Platzes befindet sich ein Luftschutzbunker. Die Pflanzung eines großen Baumes mit entsprechend großem Wurzelwerk ist dort leider nicht möglich.

Platz: 142

Vorschlag Nr. 61752

Schlüssige und durchgängige Radwege in Vaihingen umsetzen, ohne Fußgängerwege zu beeinträchtigen

Viele würden viel lieber umweltfreundlich und parkraumschonend das Auto stehen lassen und Wege innerhalb Vaihingens mit dem Rad zurücklegen. Auch Kinder sollten in Vaihingen sicher mit dem Fahrrad unterwegs sein können!

Leider ist dies scheinbar nicht erwünscht.

Es fehlen seit Jahren durchdachte Radwege innerhalb Vaihingens, die schlüssig geführt und gekennzeichnet sind, und die nicht zugeparkt oder durch Halteverkehr behindert sind!!

Halbherzige Bemühungen gab es zwar (z.B. Kreuzung Schwabengalerie-Hauptstraße - Robert-Koch-Straße), aber immer wieder werden die Radwege plötzlich auf Fußgängerwege geleitet (oft über hohe Bordsteinkanten! Wer soll denn das seinem Rad antun? Und dabei werden dann die Fußgänger, besonders Kinder, erheblich behindert und gefährdet!)

Auch umgekehrt enden viele vorher gekennzeichnete Fahrradwege urplötzlich im Nirvana und man muss auf die vielbefahrenen und/oder zugeparkten Straßen ausweichen.

Auch eine nicht gekennzeichnete Teilung von Fußgängerwegen in Fahrradfahrer und Fußgänger ist unsinnig (wie z.B. Robert-Leicht-Straße Richtung Uni, ab Paradisstraße sogar auf beiden Seiten), weil nicht klar ist, welcher Bereich für wen ist und Fahrradfahrer rücksichtslos in Höchstgeschwindigkeiten um die Fußgänger herumzirkeln. Mit kleinen Kindern dort normal zu gehen, ist oft eine Zitterpartie.

Dies ließe sich entweder durch klare, durchgängige Kennzeichnungen auf dem Weg realisieren, oder man hälft den Weg baulich und macht einen klaren Fahrradstreifen dorthin.

Bitte setzen Sie sich für ein sinnvolles Fahrradnetz in Vaihingen ein und schützen Sie dabei die Fahrradfahrer und Fußgänger!!!

positive Wertungen: 709

negative Wertungen: 149

Stellungnahme der Verwaltung

Die Verwaltung hat sich die Umsetzung der Hauptradrouten bis 2030 und den Ausbau der Radinfrastruktur insgesamt zum Ziel genommen und ist kontinuierlich dabei, diese zu planen und umzusetzen.

Es ist dabei oberstes Ziel, den Radverkehr vom Fußverkehr zu trennen und Radwege durchgängig sicher befahrbar zu machen. Derzeit liegt der Fokus auf den Strecken, die bisher keinerlei Radverkehrseinrichtungen haben. Außerdem müssen aber auch die bestehenden Radverkehrseinrichtungen genauer untersucht werden, die nicht mehr den aktuellen Anforderungen genügen. Dazu gehören zum Beispiel die Hauptradrouten 1, 9 und 10, die in Vaihingen verlaufen. Aufgrund der oft beengten Straßenräume ist eine kurzfristige Änderung der bestehenden Verhältnisse häufig nicht möglich. So scheitert zum Beispiel eine Trennung der gemeinsamen Fuß- und Radwege auf der Robert-Leicht-Straße oft an den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestbreiten und es wird eine grundsätzliche Überarbeitung der Radverkehrsführung erforderlich, die im Rahmen der personellen Kapazitäten angegangen wird.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Vaihingen unterstützt eine durchdachte Radverkehrsplanung. Das betrifft insbesondere auch die Absenkung der Bordsteine, spätestens wenn Straßen neu gebaut werden. Auch sollten Fahrradwege/Fahrradstreifen durchgängig geführt werden, beispielsweise am Schillerplatz.

Platz: 145

Vorschlag Nr. 62534

Fahrradwegnetz in Stuttgart-Ost ausbauen

Zwischen Stuttgart-Ost und der Innenstadt existieren noch keine Fahrradwege - wenn man nicht den großen Umweg über den Villa Berg Park+Rosensteinpark nehmen möchte. Zum Villa Berg Park führt auch kein Fahrradweg. Die Entscheidung für das Fahrrad als Verkehrsmittelnutzung wird dadurch gehemmt. Ein durchdachtes Fahrradwegnetz wäre sinnvoll.

Eine mögliche Umsetzung wäre, einige Straßen als reine Fahrradstraßen auszuweisen, z.B. wie es für die Klingenstraße geplant ist.

Ein besonderer Engpass für Fahrräder: Die Strecke auf der Gerokstr. zwischen den Stadtbahnhaltestellen Heidehofstr. und Olgaek wird in beide Richtungen von vielen RadfahrerInnen befahren. Neben Bus, Stadtbahn und Autos ist der Platz für FahrradfahrerInnen beengt, die Fahrt fühlt sich gefährlich an. Eine Möglichkeit wäre, die Geschwindigkeit für Autos auf höchstens 30 km/h zu begrenzen und einen klar markierten Fahrradweg einzurichten oder eben eine andere Straße, die in die Innenstadt führt, ausschließlich für Fahrräder auszuweisen.

positive Wertungen: 708

negative Wertungen: 187

Stellungnahme der Verwaltung

Die Verwaltung hat vor einigen Jahren für das gesamte Stadtgebiet, inklusive des Stadtbezirks Ost, ein Radroutennetz erstellt.

Besondere Bedeutung hat für den Osten die Verbindung in die Innenstadt und das Neckartal. Im Radroutennetz ist hierfür eine Hauptradroute vom Charlottenplatz durch die Urbanstraße, über den Kernerplatz in die Landhausstraße bis zum Ostendplatz enthalten. Diese findet ihre Fortsetzung weiter in die Landhausstraße durch Gaisburg bis nach Wangen.

Aktuell werden von der Verwaltung Pläne erarbeitet, in welchen die auf dem oben beschriebenen Streckenzug vom Charlottenplatz bis zum Ostendplatz liegenden Straßen als Fahrradstraßen ausgewiesen werden sollen. Auf dem Streckenzug, welcher von der Stadtbahnlinie U15 und den Linienbussen zwischen Heidehofstraße und Olgaek befahren wird, ist die Ausweisung von markierten Radwegen aufgrund der beengten Platzverhältnisse nicht möglich. Für die Verbindung in die Innenstadt wird deshalb die Route über die Landhausstraße empfohlen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Ost trägt die Idee das Radwegenetz auszubauen grundsätzlich mit, allerdings sollte beispielsweise in Parkanlagen auch immer auf den Fußverkehr geachtet werden. Es sollte ein Gesamtkonzept für den Radverkehr erstellt werden.

Platz: 154

Vorschlag Nr. 61809

Attraktive Fußgänger- und Radler-Brücken über Neckar, Hafen und B10

Die Neckarvororte insbesondere Hedelfingen und Obertürkheim sind durch B10, den Neckar und den Hafbereich getrennt – die bestehenden Brückenquerungen sind unattraktiv für Fußgänger und Radfahrer und gefährlich für Kinder. Mit neuen Technologien wie Leichtbau lassen sich Grünbrücken erstellen, die viel Aufenthaltsqualität bieten und zusätzliche Flächen schaffen, die für den Stadtbezirk dringend gebraucht werden, wie z.B Sportflächen und Versammlungsstätten. Eine Potentialanalyse und Machbarkeitsstudie hat der Bezirksbeirat dazu bereits im Nov 2019 beantragt. Noch besteht die Chance, diese innovative Idee auch für die IBA (Internationale Bauausstellung) einzureichen. Wir wollen Potentiale und Machbarkeit von Grünbrücken über den Neckar / Hafen auf der Gemarkung Hedelfingen/Wangen in Richtung Ober- und Untertürkheim mit der Möglichkeit für Bebauung (Ponte Vecchio), Schaffung von Sichtachsen auf Fluss und Hafen und neuer Flächen wie z.B. für Sport, Freizeit oder agil nutzbaren Büro- und Freizeitflächen.

positive Wertungen: 700

negative Wertungen: 105

Stellungnahme der Verwaltung

Um die Querungen für den Fußgänger- und Radverkehr attraktiver zu machen, sind an den Otto-Hirsch-Brücken Maßnahmen zur Begrünung und Umgestaltung in Vorbereitung. Die Planungen hierzu sind schon weit fortgeschritten. Zu den Otto-Konz-Brücken gibt es aus Kapazitätsgründen noch keine vergleichbaren Planungen.

Eine ausreichende Durchfahrthöhe scheint heute nur im Bereich der bestehenden Brücken vorhanden zu sein. Das würde bedeuten, dass bei einer Ausweitung der vorhandenen Brücken über größere Flächen die B 10 entsprechend tiefer gelegt werden müsste.

Gemäß bisher vorliegenden Informationen wäre auf einer Seilnetzkonstruktion nur eine extensive Begrünung vorzusehen, was auf eine beschränkte Nutzbarkeit mit höheren Lasten hindeutet. Sollen auf Brücken Gebäude errichtet werden, sind Träger in massiverer Bauweise erforderlich. Dennoch könnte die Qualität der Wege für Fußgänger und Radfahrer über vorhandene Brücken mittels begleitender Landschaftselemente auf Leichtbaukonstruktionen deutlich verbessert werden. Auch benachbarte Siedlungsbereiche könnten durch verminderte Lärmemissionen profitieren.

Sinnvolle Nutzungen für eine Überdeckelung, egal in welcher Bauweise, sind solche, die mit der industriellen und gewerblichen Nutzung des Hafengebiets lärmtechnisch verträglich sind (zum Beispiel Sport- und Freizeitflächen). Ob solche Nutzungen auf einer Leichtbauüberdeckelung möglich wären, wäre zu prüfen. Die konsequente Überdeckelung der B10 könnte dringend benötigte Flächen schaffen und gleichzeitig die Qualität benachbarter Siedlungsgebiete verbessern.

Auf Grundlage eines Beschlusses des Gemeinderats hat die Stadt Stuttgart im Februar 2019 elf Vorhaben bei der IBA'27 GmbH eingereicht. Nicht zuletzt aufgrund der begrenzten Kapazitäten zur Betreuung dieser Projekte war sich der Gemeinderat im Oktober 2020 einig darüber, dass sich die Verwaltung auf die bereits eingereichten IBA'27-Vorhaben konzentrieren sollte.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Hedelfingen unterstützt das Vorhaben vollumfänglich. Gemeinsam mit der Leichtbau BW, der Hafen Stuttgart GmbH und dem Bezirksbeirat Obertürkheim hat der Hedelfinger Bezirksbeirat für dieses Projekt eine Machbarkeitsstudie beauftragt. Die Ergebnisse sollen im Herbst 2021 vorliegen.

Platz: 159

Vorschlag Nr. 62746

Radschnellweg entlang der Wildparkstraße

Entlang der aus heutiger Sicht überdimensionierten Wildparkstraße und Rotenwaldstraße ließe sich gut ein Radschnellweg vom Ende des Radwegs am Birkenkopf bis zur Schillerhöhe realisieren.

Die parallel verlaufenden Forstwege sind mit dem zunehmenden Radverkehr überfordert und verschlammten immer mehr. Auch könnten so Konfliktsituationen mit Spaziergängern und Joggern im häufig gut besuchten Rotwildpark reduziert werden.

positive Wertungen: 697

negative Wertungen: 200

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stadt Stuttgart hat im Jahr 2020 eine Machbarkeitsstudie zu Radschnellverbindungen abgeschlossen.

Innerhalb 13 verschiedener Korridore wurde die technische Realisierbarkeit und ein Nutzenpotenzial untersucht. Ziel ist die Anbindung der benachbarten Kommunen an die Stuttgarter Innenstadt im hochwertigen Qualitätsstandard für Radschnellverbindungen, welcher die Trennung zwischen Fuß- und Radverkehr sowie Rad- und Kraftfahrzeugverkehr und Radwegebreiten zum Nebeneinanderfahren und Überholen vorsieht.

Ein Ergebnis der Studie ist, dass die Stadt Leonberg über die Schillerhöhe und weiter über die Wildparkstraße angeschlossen werden soll. Dazu ist ein Radweg auf der Wildparkstraße vorgesehen. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie sind jedoch nur die Grundlage für weitere Planungen, die darauf aufbauend angestoßen werden müssen. Zunächst sollen jedoch vorrangig die Radschnellverbindungen nach Esslingen, nach Fellbach und Leinfelden-Echterdingen geplant werden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat West hält den Ausbau von Radwegen und Radschnellwegen grundsätzlich für notwendig. Beim vorliegenden Vorschlag sollte geprüft werden, ob ein geschützter Radweg umgesetzt werden kann.

Platz: 172

Vorschlag Nr. 60805

Mehr Grün in die Stadt

Ich wohne im Altstadtbereich Stuttgart Münster, wo die Häuser dicht an dicht stehen. Ich wünsche mir: Pflanzenkästen - vergleichbar denen entlang der Hohenheimer Straße - durch die Austraße, von U-Bahn Haltestelle Münster Rathaus bis Freibergstraße etwa; erhoffe mir davon, neben "Verhübschung", vor allem ein besseres Stadtteilklima im Sommer, mehr Singvögel. Dass ich es mir für Münster wünsche, hängt egoistisch daran, dass ich hier wohne. Wünschenswert wäre es für viele Straßen in Stuttgart. Verfahren werden könnte so, dass die Kästen gestellt werden und die Anwohner sie bepflanzen. In dem Zusammenhang wäre eine städtische Kampagne sinnvoll, vielleicht ein Wettbewerb: wer hat den schönsten und auch im Sinne des Nutzens für Bienen und Schmetterlinge besten Kasten vor dem Haus....

positive Wertungen: 688

negative Wertungen: 87

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stadt Stuttgart weist viele repräsentative Flächen auf, bei denen die Bürgerschaft eine gestalterisch hochwertige und blüh-intensive Bepflanzung wünscht und einfordert.

Basierend auf der stadtweiten Kampagne "Lass es Blühen", wird im Rahmen von "Münster blüht" für den Sommer 2021 ein Blühwettbewerb für Stuttgart Münster organisiert. Ziel dabei ist unter anderem die Bewohner zu animieren, ihre bestehenden oder auch neue Blumenkästen etc. an ihren Häusern sowie auch ihre Vorgärten zu bepflanzen. Dies kann zur optischen und ökologischen Aufwertung beitragen. Auch gibt es allgemeine Informationen zur richtigen Aussaat und Pflege von Anpflanzungen für Artenvielfalt in einer Kolumne im Münsterblick. Im Rahmen von künftigen Straßenumgestaltungsmaßnahmen in der Sozialen Stadt, ist es in Abstimmung mit verschiedenen Fachämtern unter anderem das Ziel der biologischen Vielfalt, dem Thema Biodiversität und Klimawandel gerecht zu werden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Münster begrüßt das Ansinnen grundsätzlich. Es soll ein Prüfauftrag erfolgen, der aufzeigt welche Maßnahmen umsetzbar sind, da der Gehweg in der Austraße stellenweise sehr schmal ist. Allerdings soll in diesem Zusammenhang darauf geachtet werden, dass keine Parkplätze wegfallen.

Platz: 179

Vorschlag Nr. 61985

Renaturierung des Feuerbachs

Der Feuerbach soll oberhalb und unterhalb von Zazenhausen renaturiert werden.

Die Renaturierung ist seit einigen Jahren zum Stillstand gekommen. Sie sollte fortgesetzt werden. Das nötige Konzept sollte mit Umweltverbänden, ökologisch Interessierten und Landwirten entwickelt werden.

positive Wertungen: 683

negative Wertungen: 87

Stellungnahme der Verwaltung

Ein Starkregenereignis führte im Juni 2018 zu Ausuferungen des Feuerbachs, wobei die Überflutungen insbesondere in den Ortslagen Zazenhausen und Mühlhausen erhebliche Sachschäden an Gebäuden sowie wichtigen Infrastrukturanlagen verursachten. Zur Verbesserung der Hochwassergefahrensituation wird aktuell für das gesamte Einzugsgebiet des Feuerbachs eine Flussgebietsuntersuchung einschließlich Entwicklung eines Hochwasserschutzkonzeptes durchgeführt. Die Flussgebietsuntersuchung wird im Herbst 2021 vorliegen. Danach muss diese Untersuchung mit den politischen Gremien, Trägern öffentlicher Belange und Verbänden abgestimmt werden und nicht zuletzt sind mit den möglicherweise betroffenen Grundstückseigentümern dann Gespräche zu führen.

Die Ergebnisse der Flussgebietsuntersuchung dienen weiterhin als Grundlage für zukünftige Renaturierungsmaßnahmen am Feuerbach. Damit können langfristig zusätzliche Retentionsflächen für den Hochwasserfall geschaffen werden. Bei einer Retentionsfläche handelt es sich um eine Fläche, die bei einem Hochwasser überflutet werden kann und dadurch den Wasserstand des Gewässers senkt.

Im Bereich zwischen Zazenhausen und Mühlhausen soll der Feuerbach aus der stark verbauten Rinne in den Taltiefpunkt verlegt und ökologisch aufgewertet werden. Nach Vorliegen der Ergebnisse der Flussgebietsuntersuchung ist die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie vorgesehen, die verschiedene Varianten und Lösungsmöglichkeiten für bestehende Zwangspunkte aufzeigen soll. Danach soll mit den Planungen zur Umsetzung der Vorzugsvariante begonnen werden. Die Planungen werden mit den zuständigen Behörden, Umweltverbänden und betroffenen Grundstückseigentümern abgestimmt.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Vorschlag wird von Seiten des Bezirksbeirats Zuffenhausen unterstützt.

Platz: 230

Vorschlag Nr. 60129

Stadtbahnlinien U8 und U15 dauerhaft bis Ostfildern oder Heumaden einsetzen

- Die Stadtbahnlinie U8 zwischen Möhringen und Heumaden auch am Wochenende bedienen (zur Überbrückung der "Lücke" zwischen Degerloch und Ruhbank)
- Die Stadtbahnlinie U15 auch tagsüber von Ruhbank bis nach Heumaden durchlaufen lassen (zur Entlastung der U7)

positive Wertungen: 649

negative Wertungen: 94

Stellungnahme der Verwaltung

Auf der Tangentialen zwischen Heumaden und Möhringen besteht vor allem ein Bedarf im Berufs- und Schülerverkehr. Außerhalb dieser Zeiten rechtfertigt die Nachfrage derzeit keine direkte Stadtbahnverbindung, da hier das Verhältnis zwischen Nutzen und Aufwand (hohe Betriebskosten) keinen wirtschaftlichen Betrieb zulässt. Mit einem Umstieg am Bopser steht zu den genannten Zeiten (Wochenende) dennoch eine Stadtbahnverbindung zur Verfügung.

In den Zeiten, in denen es ein hohes Fahrgastaufkommen gibt (Hauptverkehrszeit morgens und nachmittags), fährt die U15 zusätzlich bis nach Heumaden. Außerhalb dieser Zeiten ist mit der U7 ein ausreichend großes Platzangebot vorhanden. Eine parallel fahrende U15 ist nicht notwendig, zumal die Linie U8 diesen Abschnitt befährt und somit entlastet.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Sillenbuch unterstützt diesen Vorschlag uneingeschränkt.

Platz: 250

Vorschlag Nr. 60808

Mehr Treffpunkte für Jugendliche

Wir wünschen uns mehr Treffpunkte für Jugendliche um die Kommunikation zwischen den Jugendlichen zu stärken. Hier können sich dann die Jugendlichen treffen und Bekanntschaften machen. Zum Beispiel Plätze wo sich Jugendliche mit den selben Interessen oder Hobbys treffen/ kennenlernen können. Auch ein Café für Jugendliche wäre ein Vorschlag.

positive Wertungen: 639

negative Wertungen: 145

Stellungnahme der Verwaltung

Im Bezirk Weilimdorf gibt es mehrere Einrichtungen für Kinder- und Jugendliche: das Jugendhaus Weilimdorf in der Solitudestraße 119, das Kinder- und Jugendhaus Giebel in der Mittelfeldstraße 61 und das Kinder- und Jugendhaus Hausen im Hausenring 93.

Die Häuser in Giebel und Hausen liegen bewusst in kleineren Stadtteilen am Rande des Stadtbezirks, um Kindern und Jugendlichen ein sozialräumliches Angebot zu bieten. Das Kinder- und Jugendhaus Giebel wurde im Rahmen des Programms Soziale-Stadt Giebel neu gebaut.

Darüber hinaus gibt es seit 2006 das von Jugendlichen verwaltete und vom Jugendrat Weilimdorf initiierte „Café 13“ in der Rennstraße. Das Jugendcafé erhält eine städtische Förderung und wird von der Stuttgarter Jugendhaus gGmbH betreut.

Weitere Bedarfe werden derzeit von der Fachverwaltung nicht gesehen. Neue Bedarfe und Ideen können über den Jugendrat Weilimdorf vorgeschlagen werden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Weilimdorf, unter Einbeziehung des Jugendrats und der Mobilen Jugendarbeit, unterstützt den Vorschlag mehr Treffpunkte für Jugendliche im Freien zu schaffen.

Platz: 255

Vorschlag Nr. 60027

Toilettenanlagen Klassenzimmer am Max-Eyth-See errichten

Es hat uns immer schon verwundert, wie man ein Klassenzimmer am See, welches von Schulklassen rege besucht wird (auch von kleinen Schülern), einrichten kann, ohne eine WC Anlage zu errichten.

Dies ist ein absolutes Manko und es sollte möglichst bald Abhilfe geschaffen werden.

positive Wertungen: 634

negative Wertungen: 104

Stellungnahme der Verwaltung

Beim Klassenzimmer am See handelt es sich um eine Freiluftfläche, die zeitweise von Schulklassen genutzt werden kann. Die Toiletten des Restaurant Haus am See können von den Schüler*innen und Lehrkräften genutzt werden. Die vorhandene Infrastruktur wird als ausreichend angesehen, auch wenn zeitweise coronabedingt das Restaurant Haus am See geschlossen war.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Toiletten sind unabdingbar, die Inanspruchnahme der Gastronomie am See ist keine Lösung. Die vorhandenen öffentlichen Toiletten am Festplatz Hofen befinden sich in erreichbarer Entfernung, die Beschilderung dorthin soll ertüchtigt werden. Die Errichtung von Toiletten beim Klassenzimmer soll aus der Sicht des Bezirksbeirates Mühlhausen nicht umgesetzt werden.

Platz: 258

Vorschlag Nr. 60952

Mehr Natur auf dem Birkacher Feld - Bienenfreundliche Seitenstreifen

Das Birkacher Feld wird weitgehend intensiv landwirtschaftlich genutzt. Erst seit einigen Jahren gibt es kleine Blühstreifen, die aber nicht sehr lange stehen bleiben und für die Insekten- und Vogelpopulationen nur wenig hilfreich sind. Deshalb sollten diese "wilden" Flächen größer werden und zusätzlich Flächen für Hecken und Gebüsche zur Verfügung gestellt werden, damit z.B. Rebhühner besseren Schutz finden. Hecken wirken sich auch auf angrenzendes Ackerland positiv aus.

Außerdem sollte die Stadt auf die Landwirte einwirken, um alternative Feldfrüchte statt immer nur Mais anzubauen. Meiner Meinung nach gehören Landwirte sowieso mehr belohnt, wenn sie umweltfreundlich arbeiten.

positive Wertungen: 633

negative Wertungen: 104

Stellungnahme der Verwaltung

Auf den Filder-Gemarkungen gab es in den letzten Jahren große Flächenverluste bei den landwirtschaftlichen Betrieben aufgrund Infrastrukturmaßnahmen (zum Beispiel S21, Stadtbahnverlängerung, Flughafenerweiterung und Autobahnausbau) und nachgeordneter Ausgleichsmaßnahmen. Somit ist die Bereitschaft der Landwirte voraussichtlich gering, zusätzliche Fläche für Blühstreifen zur Verfügung zu stellen und damit ihre zu bewirtschaftende Fläche einzuschränken.

Seitens der EU-/Bund-/Landesförderprogramme wird die Anlage von verschiedenen Blühstreifen gefördert. Des Weiteren fördert die Stadt mit dem städtischen Naturschutzfonds des Amtes für Umweltschutz die Anlage von Ackerrandstreifen und Blühbrachen. Dabei ist jedoch auszuschließen, dass auf den landwirtschaftlich genutzten Flächen eine Doppelförderung vorliegt. Weiterhin sind auf dem Birkacher Feld Ausgleichsmaßnahmen in Form von Blühbrachen für die Feldlerche festgelegt. Diese Maßnahmen werden noch umgesetzt. Das Umsetzen/Anlegen von Blühstreifen, Hecken oder Ähnlichem liegt jedoch allein in der Motivation der Landwirte.

Die Flurstücke auf dem Birkacher Feld sind nur zum Teil städtisch, die meisten befinden sich im Privateigentum. Die städtischen Äcker sind verpachtet. Auf die Verpachtung der privaten Äcker hat die Stadt keinen Einfluss. Grundsätzlich werden über den Pachtvertrag den Bewirtschaftern keine Kulturfolgen/bestimmte Kulturen vorgeschrieben. Es könnte bei Abschluss neuer Pachtverträge aber auf den städtischen Naturschutzfond und dessen geförderte Maßnahmen hingewiesen werden. Die Anträge können beim Amt für Umweltschutz bei der Naturschutzbehörde eingereicht werden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Biodiversität wird vom Bezirksbeirat Birkach positiv betrachtet.

Platz: 259

Vorschlag Nr. 60199

U8 im 10 Minuten Takt fahren lassen

Viele Schüler und Schülerinnen aus Ostfildern und dem Stadtbezirk Sillenbuch besuchen die Schulen im Stadtbezirk Möhringen und Vaihingen. Ein 10 Minuten Takt tagsüber würde die Wartezeit enorm verkürzen und Elterntaxis vermeiden.

positive Wertungen: 633

negative Wertungen: 110

Stellungnahme der Verwaltung

Mittel- bis langfristig ist vorgesehen, das Fahrplanangebot auf der Linie U8 auszubauen, sodass ein ganztägiger 10-Minuten-Takt erreicht wird. Aus Kapazitätsgründen besteht nachmittags derzeit kein akuter Handlungsbedarf. Daher wird in einem ersten Schritt zunächst voraussichtlich zum Dezember 2022 vormittags ein 10-Minuten-Takt bis Heumaden eingeführt. Schüler aus Ostfildern haben eine Verbindung von der U7 auf die U8 mit 4 Minuten Umsteigezeit in Heumaden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Sillenbuch unterstützt diesen Vorschlag grundsätzlich. Die Ausweitung der Bedienzeiten der U8 auf den Abend und das Wochenende haben aus seiner Sicht jedoch Priorität. Eine Verdichtung auf einen 10-Minuten-Takt sollte daher insbesondere im ersten Schritt in den Hauptverkehrszeiten erfolgen.

Platz: 271

Vorschlag Nr. 60025

Kinderspielplatz im Schlosspark Mühlhausen für unsere Kinder wieder bespielbar machen

Hinter dem Bezirksrathaus Mühlhausen (früher Palm'sches Schloss) befindet sich mitten im Schlosspark zwischen den Stadtteilen Mühlhausen und Mönchfeld ein malerisch gelegener Kinderspielplatz im Grünen mit Aussicht ins Tal.

Dieser Spielplatz ist in den vergangenen Jahren verfallen. Nur eine Tischtennisplatte und zwei kleinere Sandkästen sind übriggeblieben, die nicht wirklich zum Spielen einladen. Wir möchten unseren Kindern durch den neu gestalteten Spielplatz mit interessanten Spielgeräten und bereits viel Sitzplatz im Schatten eines wunderschönen, alten Baumbestands wieder Spaß und Spiel in freier Natur und zugleich historischer Umgebung ermöglichen.

Die Bürgervereine von Mühlhausen sowie von Freiberg/Mönchfeld, Hofen und der Bürgerverein-Interessengemeinschaft-Neugereut rufen alle Stuttgarterinnen und Stuttgarter, insbesondere alle Familien und Großeltern, dazu auf, den Vorschlag zu unterstützen.

positive Wertungen: 626

negative Wertungen: 94

Stellungnahme der Verwaltung

Im Rahmen einer Befragung zur Freizeitbeschäftigung von Kindern und Jugendlichen, welche durch das Stadtteilmanagement im Sommer 2016 durchgeführt wurde, wurde deutlich dass die Gestaltung von Spielplätzen von besonderem Interesse ist. Auch die Wünsche unter anderem nach einem Bolzplatz, Klettergerüsten, Rutsche und Tischtennisplatten etc. wurden geäußert. Die Idee der Fragebogenaktion entstand innerhalb der Projektgruppe "Kinder und Jugendliche".

Für die zeitgemäße Umgestaltung und Vergrößerung des Kinderspielplatzes im Schlosspark Mühlhausen wird mit Kosten in Höhe von 280.000 Euro gerechnet.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Kinder müssen sich draußen bewegen können, auf gesicherter Fläche in schöner Umgebung. Der Bezirksbeirat Mühlhausen unterstützt diesen Vorschlag.

Platz: 278

Vorschlag Nr. 62245

Stillgelegte Verkehrsflächen entsiegeln

Wenn eine Straße stillgelegt wird, bleibt meist die Asphaltfläche so dimensioniert, wie sie angelegt war. An vielen Stellen finden sich wilde Anhänger-Abstellplätze oder einfach nur so versiegelte Asphaltflächen. Um das Mikroklima zu verbessern, die Versickerungskapazitäten zu erhöhen und grüne Bänder für Insekten, Eidechsen und Vögel zu verbreitern, könnte man an geeigneten Stellen den Asphalt aufbrechen. Auch "graue Mittelstreifen" wie in Botnang entlang der unteren Furtwänglerstraße könnten als Versickerungsfläche begrünt werden, statt über 500 Meter auf einen Meter Breite Boden zu versiegeln.

Wird eine Abstellfläche benötigt, könnte man Rasengittersteine anlegen. Wird sie nicht benötigt, sollte hier eine bunte Gräsermischung Platz finden. Wenn das Aufreißen des ganzen Asphalts zu teuer ist, könnten auch einzelne Abflusslöcher gebohrt und Erde aufgeschüttet werden.

Konkrete Beispiele:

Furtwänglerstraße ortsauwärts ab Kreuzung Bauernwald-/Leharstraße: Mittelstreifen und jeweils rechte Fahrspuren sind unnötige Versiegelungsflächen und kaum von ruhendem Verkehr belegt.

Regerstraße vom Botnanger Sattel kommend: In der Kurve stehen auf der rechten Spur Wohnmobile, Anhänger, Lastkraftwagen. Das zeigt: Die Verkehrsfläche wird nicht benötigt.

Ecke Furtwänglerstraße / Schumannstraße: Hier ist viel Grün-Potential auf der ehemaligen Fußwegfläche der Furtwänglerstraße. Zum Wenden wird dieser Platz nicht benötigt, weil er mit einem Bordstein vom Wendepunkt getrennt ist.

Als Ausgleichsmaßnahmen könnten die entsiegelten Flächen durchaus für die Stadt ein Einsparpotential bedeuten.

positive Wertungen: 623

negative Wertungen: 126

Stellungnahme der Verwaltung

Vor dem Rückbau einer Verkehrsfläche ist verkehrsplanerisch zu prüfen, ob die Flächen für andere Verkehrsteilnehmer benötigt werden (zum Beispiel Rad- oder Fußverkehr). Ist dies nicht der Fall, kann die Fläche anders genutzt oder entsiegelt werden (zum Beispiel neue Baumstandorte oder Grünflächen).

"Bohren von Abflusslöchern und Aufschütten von Erde"

Der durch diese Maßnahmen erzielte Effekt ist sehr gering und mit einer entsiegelten und begrünt Fläche nicht zu vergleichen. Es ergibt sich nicht die erforderliche Bodenschicht für eine Bepflanzung. Außerdem kann die Erde bei Starkregen ausgespült werden und so die Verkehrssicherheit beeinträchtigen.

Zu den konkret vorgeschlagenen Beispielen:

1. Vor einer Entsiegelung der jeweils rechten Fahrspuren in der Furtwänglerstraße sollte zunächst geprüft werden, ob die Flächen für andere Verkehrsteilnehmer genutzt werden können, zum Beispiel für den Radverkehr. Für die Umgestaltung und Entsiegelung des Mittelstreifens ist mit Kosten in Höhe von ca. 100.000 Euro zu rechnen. Eine Umsetzung wird bis Ende 2021 geprüft und das Prüfergebnis im Bezirksbeirat Botnang vorgestellt.
2. Auch in der Regerstraße wäre zunächst zu prüfen, ob die Fläche für andere Verkehrsteilnehmer genutzt werden kann (zum Beispiel Radverkehr als Alternativroute zur Hauptradroute 21 durch den Wald). Eine Umsetzung wird bis Ende 2021 geprüft und das Prüfergebnis im Bezirksbeirat Botnang vorgestellt.
3. Teilbereiche an der Kreuzung Furtwängler-/Schumannstraße werden im nächsten Doppelhaushalt 2022/2023 entsiegelt. Kosten der Entsiegelung ca. 5.000 Euro.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Botnang befürwortet den Vorschlag einstimmig und bittet die Verwaltung um eine grundsätzliche Stellungnahme zum Umgang mit solchen Verkehrsflächen und zur vorgeschlagenen Entsiegelung.

Platz: 286

Vorschlag Nr. 61839

Radwegekonzept für Weilimdorf entwickeln

In und für Weilimdorf gesamtheitliches Radwegekonzept mit konsequentem Anschluß an die bestehenden Radwege insbesondere Richtung Stadtmitte zur Reduzierung der vielen bestehenden Gefahrstellen für Radfahrer und Fußgänger; und das nun kurzfristig!

positive Wertungen: 620

negative Wertungen: 170

Stellungnahme der Verwaltung

Die Verwaltung hat vor einigen Jahren für das gesamte Stadtgebiet, inklusive des Stadtbezirks Weilimdorf, ein Radroutennetz erstellt. Auf Initiative radinteressierter Bürgerinnen und Bürger wurde zudem unter Mitarbeit von Mitgliedern des Bezirksbeirats und der Verwaltung eine Radoffensive Weilimdorf gestartet, welche sich mit dem Netz an Radwegen und dessen Ausbau beschäftigt hat.

Eines der Ergebnisse war eine Radwegkarte Weilimdorf. Die Verwaltung beobachtet laufend die Verkehrssicherheit im Radwegenetz. Gefahrenstellen werden bei Bedarf entschärft. Weiterhin wurde die Beschilderung der Hauptrouten umgesetzt. Die Hauptrouten werden, geordnet nach Priorität, in Gänze betrachtet und überplant. In Weilimdorf gibt es derzeit keine Projekte, welche in der höchsten Priorität eingestuft sind.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Weilimdorf unterstützt den Vorschlag.

Platz: 304

Vorschlag Nr. 61845

Wangener Neckarpromenade als Naherholungsfläche ausbauen

Neue Promenade für Fußgänger und Radfahrer am Wangener Neckarufer. Die Promenade erstreckt sich dann zwischen den Brücken Inselstraße, an der Staustufe, und den Otto-Konz-Brücken.

Teilweise Überdeckung der B10, so dass weitere Querverbindungen von der Wangener Mitte zum Neckarufer entstehen: Ulmer Straße – Weißensteiner Straße – Neckar; Wangener Marktplatz – Gingener Strasse – Jugendhaus und Park – Zollamt – Neckar.

Gedacht als Naherholungsfläche für die Wangener Bürger und Besucher. Das Gebiet ist bisher nicht öffentlich zugänglich (Hafen, Gewerbebetriebe, und so). Optionale Errichtung einer Fußgänger- und Radbrücke zwischen Wangen und Untertürkheim in der Achse Weißensteinerstraße und Lindenschulstraße mit der Schiffsanlegestelle, um die beiden Stadtteile besser zu verbinden.

Weiterer Baustein für die Stuttgarter Planung "Stadt am Fluss".

positive Wertungen: 607

negative Wertungen: 97

Stellungnahme der Verwaltung

Im genannten Uferabschnitt sind die Grundstücke nicht in städtischem Eigentum. Sie sind zudem nicht zugänglich, da sie als Vorhafen für die Schleuse Untertürkheim sowie als Erschließungsflächen (teilweise mit Güterbahngleisen) für die Betriebe im Hafen dienen. Teilweise haben sie Funktion als Umschlagflächen Bahn-Betrieb oder Schiff-Betrieb oder Schiff-Bahn. Ein Aufenthalt im Bereich dieser Nutzungen ist für Fußgänger und Erholungssuchende daher mit Gefahren für Leib und Leben verbunden. Solange diese Nutzungen weiter betrieben werden, können die Anregungen nicht realisiert werden.

Eine für Fußgänger und Radfahrer verbesserte Neckarquerung soll in Verbindung mit dem Projekt "Vernetzung" Untertürkheim geprüft werden. Es ist angedacht, die Brücke Inselstraße umzugestalten, so dass mehr Platz für Fußgänger und Radfahrer geschaffen werden kann. Damit kann eine verbesserte Anbindung auch von Wangen an die anderen Neckarufer und somit unter anderem auch an das Neckarprojekt Lindenschulviertel entstehen. Darüber hinaus sollen die Otto-Konz-Brücken sowie die Otto-Hirsch-Brücken begrünt und zugunsten des Fußgänger- und Radverkehrs umgestaltet werden. Für letztere sind die Planungen bereits fortgeschritten, in einem zweiten Schritt sollen die Planungen für die Otto-Konz-Brücken angegangen werden. Beide Maßnahmen dienen auch dazu, den Neckar erlebbarer (Blicke von den Brücken) und die Querungen zu den anderen Ufern attraktiver zu machen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Vorschlag ist grundsätzlich zu begrüßen. Dieser deckt sich in Teilen mit den Ergebnissen der Konzeptstudie aus dem Forschungsprojekt WECHSEL – Stuttgart am Neckar. Der Bezirksbeirat Wangen sieht eine konkrete Umsetzung in den nächsten beiden Jahren noch nicht, würde aber Planungen in diese Richtung sehr unterstützen.

Platz: 329

Vorschlag Nr. 60260

Soul Snack am Fernsehturm wieder mit Livemusik

Die Snackbude Soul Snacks am Fernsehturm von Sir Waldo Weathers soll wieder Livemusik, Musik anbieten dürfen. Hier wird niemand gestört und es ist eine Bereicherung für diesen Ort.

positive Wertungen: 595

negative Wertungen: 116

Stellungnahme der Verwaltung

Die Darbietung von Livemusik oder das Abspielen von Musik im Außenbereich muss genehmigt sein, wofür die Stadtverwaltung zuständig ist.

Für die Gaststätte „German-American Soul Snack“ wurde entsprechend der baurechtlich zulässigen Nutzung der Betrieb als Imbiss mit Verzehrfäche im Freien genehmigt.

Weil das Betriebsgrundstück baurechtlich im Außenbereich liegt, darf eine vollwertige Gaststätte jedoch nicht errichtet werden. Unter den gegenwärtigen rechtlichen Voraussetzungen ist die Genehmigung eines Gaststättenbetriebs mit regelmäßigen Musik- oder Livemusikdarbietungen daher nicht möglich.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Degerloch unterstützt dieses Ansinnen und setzt sich hierfür ein.

Platz: 348

Vorschlag Nr. 60595

Mehr Angebote für Jugendliche - etwa ein Jugendcafe

Wir würden uns mehr Angebote für Jugendliche wünschen, wie zum Beispiel ein Jugendcafe.

positive Wertungen: 587

negative Wertungen: 139

Stellungnahme der Verwaltung

Auf Beschluss des Gemeinderats wird aktuell anstelle des baufälligen Jugendhauses Camp in Feuerbach ein Neubau für ein Kinder- und Jugendhaus in der Wiener Straße 317 erstellt. Die Gesamtkosten betragen 3,382 Mio. Euro.

Durch den Neubau wird zusätzlich zum Bereich der Offenen Jugendarbeit auch ein zukunftsfähiger Bereich für die Offene Kinderarbeit geschaffen.

Aus Sicht der Fachverwaltung bestehen zurzeit keine weiteren Bedarfe. Neue Bedarfe und Ideen können über den Jugendrat Feuerbach vorgeschlagen werden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Feuerbach unterstützt seit Jahren diesen Wunsch und bittet die Verwaltung um Suche nach geeigneten Räumlichkeiten im Ortszentrum und um entsprechende Vereinbarung mit der Jugendhaus gGmbH. Insbesondere die Gebäude Leobener Straße 49 (ehemaliger Feuerbacher Schülertreff) und Mühlwasen 2 A (bisher Kinderhaus ab 2022 mit Jugendtreff Camp im dortigen Neubau zusammengeführt) sollen geprüft werden.

Platz: 447

Vorschlag Nr. 62891

Wieder Bäume in der U-Bahn Station Wilhelm-Geiger-Platz

In der U-Bahn Station Wilhelm-Geiger-Platz gab es früher unten direkt neben dem Bahnsteig Tannenbäume. Bilder davon gibt es immer noch im Google Street View.

Die Bäume wurden vor einer Zeit gefällt und die entstandenen Löcher zubetoniert.

Vorschlag - wieder Bäume auf der gleicher Stelle

positive Wertungen: 553

negative Wertungen: 151

Stellungnahme der Verwaltung

Die Bäume an der Haltestelle mussten aus Gründen der Standsicherheit entfernt werden. Trotz besonderer Pflege hat sich gezeigt, dass dieser Standort nicht für eine Baumpflanzung geeignet ist. Darüber hinaus wurde der Bereich der Bäume als öffentliche Toilette verwendet. Eine Ersatzpflanzung erscheint aus diesen Gründen nicht sinnvoll.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Feuerbach unterstützt den Vorschlag. Die Bäume sind aufgrund großer Hitze und ungünstiger Bodenbeschaffenheit nach und nach eingegangen und wurden nicht ersetzt. Ein Ersatz durch hitzeresistente Bäume ist wünschenswert.

Platz: 465

Vorschlag Nr. 60006

Fahrradwege in Botnang optimieren

Wer von Feuerbach kommend auf dem Radweg zum Beispiel Richtung Stuttgart-West fahren möchte, oder wer sich innerhalb Botnangs auf dem Fahrrad sicher bewegen möchte, ist derzeit einigen Gefahrenpunkten, wie zum Beispiel plötzlich abbrechenden Radwegen und unklaren Markierungen ausgesetzt. Hier besteht deutlicher und umfangreicher Optimierungsbedarf (so beim Freibad, oder an der Kreuzung Furtwänglerstr./Bauernwaldstr.). In der Regerstraße könnte Platz für einen Radweg geschaffen werden, der Botnang an den Stuttgarter Westen anbindet.

positive Wertungen: 546

negative Wertungen: 154

Stellungnahme der Verwaltung

Die Verwaltung hat sich die Umsetzung der Hauptradrouten bis 2030 und den Ausbau der Radinfrastruktur insgesamt zum Ziel genommen und ist kontinuierlich dabei, diese zu planen und umzusetzen.

In Botnang verläuft die Hauptradroute 4 Richtung Stuttgart-West und die Hauptradroute 21 Richtung Stuttgart-Feuerbach. In Botnang ist derzeit ein sehr lückenhaftes Radwegenetz vorhanden. Um den Radverkehr in Botnang zu stärken ist insbesondere ein Optimierungsbedarf der Verbindung vom Feuerbachertal Weg nach Stuttgart- West und der Furtwängler Straße notwendig. Denkbar wäre es hier eine Parkreihe zu Gunsten des Radverkehrs aufzuheben. Grundsätzlich kann auch über die Einrichtung von Fahrradstraßen auf Tempo 30 Strecken nachgedacht werden. Es ist eine Überarbeitung der Radverkehrsführung erforderlich, die im Rahmen der personellen Kapazitäten angegangen wird.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Botnang befürwortet den Vorschlag mehrheitlich und fordert eine rasche Umsetzung.

Platz: 472

Vorschlag Nr. 62009

Begrünung der Standbahngleise der U14

Um Feinstaub, Lärm und das Stadtbild zu verbessern, schlage ich die Begrünung der Stadtbahngleise der U14.

positive Wertungen: 543

negative Wertungen: 116

Stellungnahme der Verwaltung

Die SSB hat bereits seit Anfang der 1980er-Jahre an zahlreichen Stellen im Stadtbahnnetz begrünte Gleiskörper eingebaut und diese technisch weiterentwickelt. Mit entsprechend grüner Eindeckung wurden zwischen den Jahren 2001 und 2021 beinahe alle Neubaustrecken ausgerüstet. Eine Ausnahme bilden Strecken in Tunneln, auf Brücken oder im Bereich von Überfahrten/Überwegen als Feste Fahrbahn (System SSB). Bei Neubaustrecken werden solche Oberbauformen grundsätzlich überall dort gewählt, wo dies technisch, betrieblich und wirtschaftlich vertretbar ist.

Seit den frühen 2000er-Jahren wird bei der Wahl der Einsaat vermehrt auf eine ökologisch hochwertige Pflanzenzusammenstellung geachtet, die gleichzeitig für die städtische Fauna als Nahrungshabitat dienen kann (Magerwiesengleis). Die Zusammensetzung wurde sorgfältig gewählt, um die notwendigen Instandhaltungskosten und die gefährlichen Arbeiten der Mahd im Gleisbereich zu reduzieren.

Auf Grund der vorliegenden Erfahrungen werden durch die SSB vegetative Eindeckungen von Gleisanlagen ausschließlich im Bereich von Festen Fahrbahnen durchgeführt. Hierbei handelt es sich um eine Betonkonstruktion, deren Herstellung im Vergleich zu einem üblichen Schottergleis ein Vielfaches an Zeit beansprucht.

Die SSB ist vordergründig für einen gut funktionierenden Nahverkehr in Stuttgart verantwortlich und trägt dadurch erheblich für einen entsprechenden Modal-Split und die dadurch erreichte Entlastung der Straßen bei. Das Thema Umwelt und Nachhaltigkeit steht hierbei in selber Weise im Mittelpunkt. Die aktuell verfügbaren technischen Alternativen reichen nicht aus, um den Umbau eines Schottergleises in eine funktionierende „Feste Fahrbahn“ mit „grüner“ Eindeckung der Gleise innerhalb kurzer Sperrpausen (also bei Aufrechterhaltung des Betriebes) zu gewährleisten. Aus diesem Grund können die eingereichten Vorschläge derzeit nicht umgesetzt werden. Die SSB arbeitet aber an Lösungsansätzen, um gegebenenfalls in der Zukunft entsprechende Systemwechsel im Zuge der Grunderneuerung technisch und betrieblich umsetzen zu können.

Während die gewünschte grüne Eindeckung Einfluss auf das Stadtbild und Stadtklima hat, zeigt sie keine Wirkung bei der Reduzierung von Lärm. Durch die Lage der Grasnarbe am Schienenfuß ist eine deutlich höhere Wuchshöhe der Pflanzen im Vergleich zum klassischen Rasengleis möglich, bevor die Gräser aus Sicherheitsgründen wieder zurückgeschnitten werden müssen. Dies erhöht die ökologische Wirkung deutlich. Eine lärmindernde Wirkung ist bei dieser Art des Gleisaufbaus gegenüber einem klassischen Schotteroberbau aber nicht gegeben (unterhalb der Wahrnehmbarkeitsschwelle).

Die Strecke der Linie U14 auf Gemarkung Stuttgart-Münster wurde in den Jahren 2009 bis 2012 grunderneuert. Nach den Erfahrungen steht die nächste Grunderneuerung auf diesem Streckenabschnitt frühestens ab dem Jahre 2039 wieder an. Zu diesem Zeitpunkt kann dann auf Grundlage einer geklärten Finanzierung bezüglich der Mehrkosten, ein Systemwechsel mit anschließender Begrünung durchgeführt werden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Münster unterstützt diesen Vorschlag.

Platz: 499

Vorschlag Nr. 62040

Wege am Neckar in Hedelfingen

Von Hedelfingen aus kann man nur ab der Schleuse Obertürkheim/Hedelfingen laufen bzw. radfahren. Vor einiger Zeit wurde der Fußgängerweg links flußaufwärts Richtung Esslingen mit dem Radwegnetz gekennzeichnet. Das heißt, am Wochenende kann man als Fußgänger dort kaum noch laufen, ohne dauernd vor den Radfahrern zur Seite zu springen. Außerdem ist der Teil bis zur Esslinger Grenze (Mettingen) nicht befestigt, wenn es regnet ist es ziemlich matschig. Auf der gegenüberliegenden Seite also rechts flussaufwärts Richtung Esslingen gibt es nur einen schmalen Trampelpfad bis Brühl. also alles andere als Stadt am Fluss, zumindest für Fussgänger. Kann man da nicht für die Bürger endlich wieder mehr Zugang zum Neckar herstellen, nachdem die letzten Jahrzehnte sich nur die Industrie breit gemacht hat. Richtung Wangen gibt es übrigens gar keinen Weg am Neckar entlang.

positive Wertungen: 532

negative Wertungen: 107

Stellungnahme der Verwaltung

Entlang des Neckarufers nach Esslingen plant das Land Baden-Württemberg zur Zeit eine Radschnellverbindung nach Stuttgart. Diese sieht vor, den Radverkehr vom Fußverkehr zu trennen. Das bedeutet, dass Zufußgehende wieder ungestört und näher am Ufer laufen können. Im Uferabschnitt nach Wangen befinden sich die Grundstücksflächen nicht in städtischem Besitz. Sie sind für die Öffentlichkeit nicht zugänglich, da sie als Vorhafen für die Schleuse Untertürkheim sowie als Erschließungsflächen (teilweise mit Güterbahngleisen) für die Betriebe dienen. Teilweise haben sie Funktion als Umschlagflächen Bahn-Betrieb, Schiff-Betrieb oder Schiff-Bahn. Ein Aufenthalt im Bereich dieser Nutzungen ist für Fußgänger und Erholungssuchende daher mit Gefahren für Leib und Leben verbunden. Solange diese Nutzungen weiter betrieben werden, können die Anregungen nicht realisiert werden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Hedelfingen unterstützt den Vorschlag nachdrücklich, die Wege am Neckar von Hedelfingen in Richtung Esslingen und in Richtung Wangen instand zu setzen und für Fußgänger und Radfahrer weiter auszubauen.

Platz: 563

Vorschlag Nr. 62893

Lehr- und Erlebnispfad" auf der Wangener Höhe anlegen

Die Wangener Höhe bietet vielfältigen Lebensraum für Pflanzen und Tiere. Vielen ist dies unbekannt. "Lehr- und Erlebnispfade" können den BürgerInnen der Stadt Einblick geben. Neben der Wissensvermittlung könnte auch für den Natur- und Umweltschutz sensibilisiert werden.

Ähnlich wie beim "Haus des Waldes" können spielerische und erlebnispädagogische Elemente eingesetzt werden, um verschiedene Personengruppen anzusprechen.

Vorteil: Die Wangener Höhe wird nochmals neu für WanderInnen und BesucherInnen von außerhalb erschlossen. Das Gebiet der Wangener Höhe wird dadurch aufgewertet. Der Freizeit- und Erlebniswert steigt. Auch Schulen könnten die Pfade zu Lehrzwecken nutzen.

positive Wertungen: 510

negative Wertungen: 138

Stellungnahme der Verwaltung

Lehr- und Erlebnispfade sind erlebnispädagogische Mittel zur Sensibilisierung in der Natur und zum Vermitteln von Wissen.

Auf der Wangener Höhe bis nach Rohracker wurden vor ca. 10 Jahren alte Wandel und Wege wieder ertüchtigt, sowie ein Leitsystem installiert und ein entsprechender Flyer herausgegeben. Die dauerhafte Pflege wurde von Seiten der Stadt Stuttgart übernommen. In dieses Wegesystem könnte grundsätzlich solch ein Lehr- und Erlebnispfad integriert werden. Hierfür wären zunächst eine Planung und geeignete öffentliche Flächen notwendig. Sofern ein solcher Lehr- und Erlebnispfad in städtischer Verantwortung errichtet wird, fallen neben den erstmaligen Kosten für die Errichtung auch laufende Kosten für die Pflege und Unterhaltung des Lehr- und Erlebnispfades an.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Pfad könnte dazu beitragen, dass die Landschaftsschutzgesetze eingehalten werden, da so ein Verständnis dafür aufgebaut werden kann. Ein Lehrpfad mit Tafeln wäre relativ einfach umsetzbar. Der Vorschlag wird vom Bezirksbeirat Wangen unterstützt.

Platz: 584

Vorschlag Nr. 60962

Verlängerung der U4 nach Obertürkheim

Die U4 (Hölderlinplatz-Untertürkheim) sollte wieder bis Obertürkheim verlängert werden (bis zur Einführung der S-Bahn fuhr die Stadtbahn bereits bis Obertürkheim). Hier wäre dann ein Anschluss an den Oberleitungsbus der Linie 101 nach Esslingen und an die Busse nach Uhlbach, Hedelfingen, zum Flughafen usw. Die Linienführung könnte über die Augsburgstraße erfolgen und so auch den Bus 61 ersetzen.

positive Wertungen: 506

negative Wertungen: 125

Stellungnahme der Verwaltung

Eine Fortführung der Linie U4 nach Obertürkheim über die Augsburgstraße würde erhebliche Investitions- und Betriebskosten verursachen, welche aufgrund des Parallelverkehrs zur S-Bahn nicht zu rechtfertigen wären. Daher erbringt auf diesem Abschnitt derzeit die Buslinie 61 die Leistung.

Mittel- bis langfristig ist es eher vorstellbar, dass der Oberleitungsbus der Linie 101 über Obertürkheim hinaus nach Untertürkheim verlängert wird und somit die Linie 61 auf diesem Abschnitt ersetzt. Dies wäre mit relativ geringem Investitionsaufwand möglich, da die Oberleitungsbusse über eine Batterie verfügen, mit der dieser Abschnitt befahren werden könnte und somit keine großen Investitionen in eine Oberleitung oder sonstige Infrastruktur notwendig wären. Derzeit finden hierzu Abstimmungsgespräche mit dem Esslinger Verkehrsunternehmen (SVE) statt.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Grundsätzlich ist die Idee begrüßenswert. Allerdings sind nach Einebnung der Straßenbahngleise der Linie U4 in den 90er Jahren und der damit einhergehenden Neugestaltung des Verkehrsraumes im Bereich der Augsburgstraße, die Überlegungen einer Stadtbahnverlängerung nicht mehr umsetzbar.

Jedoch kann sich der Bezirksbeirat Obertürkheim nach einstimmiger Beschlussfassung eine Verlängerung der Oberleitungsbus-Linie im Elektrobetrieb von Esslingen über Obertürkheim nach Untertürkheim sehr gut vorstellen und unterstützt diese alternativ angetriebene, verkehrliche Stadtteilverbindung nachdrücklich.

Platz: 610

Vorschlag Nr. 60141

U15 Taktverdichtung in den Stoßzeiten

Taktverdichtung in den Stoßzeiten bei der Linie U15 in Stammheim.

positive Wertungen: 497

negative Wertungen: 103

Stellungnahme der Verwaltung

Die SSB beobachtet die Fahrgastzahlen auf der Linie U15 seit mehreren Jahren sehr genau und sieht aufgrund der angebotenen Kapazitäten keinen Handlungsbedarf. Die SSB orientiert sich bei der Dimensionierung des Platzangebots an den Empfehlungen des VDV (Verband deutscher Verkehrsunternehmen), die besagen, dass in der Spitzenstunde die Auslastung im Durchschnitt 65 % der angebotenen Sitz- und Stehplätze nicht übersteigen sollte. Dies wird bei der Linie U15 eingehalten.

Abgesehen davon führt die SSB auf Wunsch des Gemeinderats der Stadt Stuttgart zum Fahrplanwechsel im Dezember 2021 eine zusätzliche Verstärkerfahrt morgens zwischen Stammheim und der Innenstadt ein.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Vorschlag wird vom Bezirksbeirat Stammheim befürwortet. Da die Stadtbahn in den Hauptverkehrszeiten oft überfüllt ist, ist eine gute Lösung insbesondere angesichts der Aufsiedlung dringend erforderlich.

Platz: 632

Vorschlag Nr. 60476

Stadtbahn U15/U3 - Birkach, Schönberg, Asemwald, Uni Hohenheim

Wir fordern:

- 1) Veröffentlichung der 2018 versprochenen Studie zu dieser Bahnanbindung
- 2) Festlegung eines Projektes und Festsetzung des Bauzeitrahmens
- 3) Den tatsächlichen Bau der Bahnstrecke

Birkach, Riedenberg, Schönberg, Asemwald, Uni Hohenheim (und Kemnat) bleiben weiterhin die letzten Stadtteile ohne Bahnanbindung. Den Stadtteilen (ca. 22000 Einwohner und mehrere Tausend Tagespendler) steht ein starkes Einwohnerwachstum bevor, da mehrere Bauprojekte im Moment laufen und diese sind auf Busse angewiesen.

Wissenschaftler und Studenten, die tagtäglich einen Beitrag für den Klimaschutz leisten, kommen, wegen des umständigen und oft beängstigenden Umstieg am Fernsehturm und keiner Möglichkeit mit Fahrrädern die Uni zu erreichen, mit dem Auto. Von übervollen und verspätenden Bussen sowie verpassten Bahnanschlüssen ganz zu schweigen. Die CoVID-Krise, die uns noch lange begleiten wird, zeigt wie wichtig ein gesunder Abstand ist.

Diese Gründe sind bereits bekannt und eine Bahnanbindung mit "hoher Dringlichkeit" (sprich: Bauperiode 2023-2028) wurde der Region zugesprochen. Es passiert allerdings nichts!

- 1) Die Stadt hat wohl die SBB beauftragt, eine Studie zu diesen Projekten zu machen. Diese hätte Ende 2019/Anfang 2020 veröffentlicht werden sollen. Bisher ist diese nicht erschienen!
- 2) Folgende Lösungen sind in der Verkehrsplanung für die Region Stuttgart 2018 erfasst. Eine direkte Anbindung an Stadtmitte ist wegen hoher Auslastung an der Olgastraße ausgeschlossen.
 - a) Linie U3 von Degerloch nach Plieningen
 - b) Linie U5b, die über die Filderebene in die Stadt fahren soll - abwechselnd mit U5a (bisherige U5).

Das sind aber die einzigen Bauprojekte ohne ein festes Baudatum!

- 3) Eine Verlängerung der U15 vom Fernsehturm bis vor die Uni Hohenheim/Kemnat löst viele Probleme und sollte betrachtet werden:
 - U15 wenig ausgelastet (alle fahren U7)
 - das Problem mit der Auslastung an der Olgastraße erübrigt sich
 - günstig (nur 2-4 Stationen)

positive Wertungen: 491

negative Wertungen: 127

Stellungnahme der Verwaltung

Der vom Gemeinderat 2018 beschlossene Nahverkehrsentwicklungsplan Stuttgart, sieht für die Stadtbezirke Birkach und Plieningen zwei Stadtbahnmaßnahmen vor:

1. Bau der Übereckverbindungskurve Möhringen und Führung einer Stadtbahnlinie von der Innenstadt im 20-Minuten-Takt bis Plieningen Garbe:

Für diese Maßnahme wird im Nahverkehrsentwicklungsplan die Umsetzung empfohlen. Sie ist daher auch fest in der mittelfristigen Ausbauplanung der SSB verankert. Ihre Realisierung ist in den nächsten Jahren (2025+) fest vorgesehen.

2. Bau einer neuen Strecke Degerloch – Hoffeld – Asemwald – Birkach – Plieningen:

Der Nahverkehrsentwicklungsplan Stuttgart empfiehlt, diese Maßnahme vertieft zu untersuchen. Aufgrund anderer, vorrangiger Projekte (Neuer Stadtbahnbetriebshof, U13-Hausen/Ditzingen, U1-80m-Ausbau, U19-Neckarpark, Studie Vaihingen-West) war es der SSB bislang aber noch nicht möglich, die Untersuchung zu diesem Thema anzugehen.

Birkach und Plieningen werden beim Stadtbahnausbau nicht vergessen. Eine direkte Anbindung an die Innenstadt über die Möhringer Kurve ist fest vorgesehen. Die Untersuchung einer langfristigen und aufwändigeren Stadtbahntrasse über Hoffeld wird angegangen, sobald Planungskapazitäten dafür frei sind.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Birkach begrüßt eine Machbarkeitsstudie grundsätzlich.

Platz: 750

Vorschlag Nr. 60955

Schusterbahn verlängern mit Halt in Obertürkheim

Die geplante Verlängerung der Schusterbahn als neue "S11" (Bietigheim-Plochingen) ist eine gute Idee. Diese neue Bahn sollte aber zwischen Untertürkheim und Plochingen ,nicht nur in Esslingen, sondern auch in Obertürkheim halten.

Dieser Halt hätte nicht nur für die Anbindung des Stadtbezirks, sondern auch für alle ArbeiterInnen des Industriegebiets Hedelfingen und des Hafens positive Auswirkungen und könnte damit auch den Autoverkehr reduzieren.

Die Wiederherstellung von Gleis 3 am Bahnhof Obertürkheim sollte daher bald erfolgen, um einen Halt in beiden Richtungen zu ermöglichen.

positive Wertungen: 464

negative Wertungen: 117

Stellungnahme der Verwaltung

Eine abschließende Bewertung des Anliegens ist derzeit noch nicht möglich. Der Verband Region Stuttgart beschäftigt sich aktuell intensiv mit der Ausweitung des Betriebs auf der Schusterbahn. Da derzeit aber noch nicht festgelegt ist, ob im Falle einer Weiterführung der Schusterbahn von Untertürkheim bis Esslingen/Plochingen die S-Bahn-Gleise oder die heutigen Fern- und Nahverkehrsgleise ab Untertürkheim genutzt werden, ist es noch zu früh, in detaillierte Planungen für die Wiederherstellung des Gleises 3 in Obertürkheim einzusteigen.

Alle Überlegungen zur Schusterbahn werden vom Verband Region Stuttgart aber auch in Zukunft immer in Rückkopplung mit der Landeshauptstadt vorgenommen. Die nächsten Entscheidungen über die Ausweitung von Fahrplanangeboten auf der Schusterbahn werden noch im Sommer 2021 erwartet.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Obertürkheim steht dem Anliegen sehr positiv gegenüber und hat im vergangenen Jahr einstimmig einen entsprechenden Antrag gestellt.

Platz: 835

Vorschlag Nr. 60035

Erhöhung Schulsozialarbeit an der Grundschule Stammheim notwendig

Aktuell ist unser Schulsozialarbeiter zu 50% angestellt. Gründe für eine erforderliche Erhöhung auf mindestens 75 %:

- Umzug der Parkrealschule ins Nebengebäude, weshalb es auf dem Schulweg und in den Pausen zu kritischen Situationen kommt.
- Der Umbau des Schulgeländes ist für die Schülerinnen und Schüler sehr belastend, da sie nur wenig Platz in den Pausen nutzen können.
- Die Grundschule bietet auch Chancen für Inklusionskinder, deren Miteinander mit den anderen Kindern unterstützt werden muss.
- Stammheim wächst durch das Neubaugebiet weiter und bekommt immer mehr Schülerinnen und Schüler. In 2022 werden wir voraussichtlich fünfzügige Klassen haben.

Wir freuen uns über Ihre Stimme!

positive Wertungen: 443

negative Wertungen: 119

Stellungnahme der Verwaltung

Der Bedarf an Schulsozialarbeit an den jeweiligen Schulen wird vom Jugendamt regelmäßig geprüft, priorisiert und mündet in einen Vorschlag zur Aufstockung bestehender Schulsozialarbeitsstandorte. Gemeinderätliche Grundlage hierfür ist, solche Schulen aufzustocken, deren Schülerschaft sozial heterogen ist. Eine höhere Heterogenität soll auch einen höheren Stellenumfang bei der Schulsozialarbeit nach sich ziehen. Das bedeutet, dass dort wo sich die Schülerinnen und Schüler in ihren Bildungsvoraussetzungen stark unterscheiden, nach einem festgelegten Stellenbemessungsmodell um einen ebenfalls festgelegten Stellenanteil aufgestockt werden soll. Ausschlaggebend sind die Bezugspunkte

- Gesamtzahl der Schüler*innen
- Anzahl der Bonuscardberechtigten Schüler*innen sowie
- Anzahl der inklusiv beschulten Schüler*innen.

Die Fachverwaltung nimmt also einen gesamtstädtisch, vergleichenden Blick ein und orientiert sich an der aktuellen amtlichen Schulstatistik.

Die Grundschule Stammheim, mit einem Stellenanteil von 50% Schulsozialarbeit, wurde in der Vergangenheit im Ranking der aufstockungsberechtigten Schulen noch nicht zur Aufstockung vorgeschlagen, da sie die Voraussetzungen bisher noch nicht erfüllte.

Ohne vorzugreifen, kann allgemein mit Bezug auf die dargestellte kennzahlenrelevante Ausgangslage wie von der Schulverwaltung in ihrer Stellungnahme dargestellt, von einer deutlich höheren Position der Grundschule innerhalb des Rankings der aufstockungsberechtigten Schulen ausgegangen werden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Vorschlag wird vom Bezirksbeirat Stammheim unterstützt. Hierzu liegt auch ein gleichlautender einstimmiger Antrag des Bezirksbeirats Stammheim vom 04.05.2021 vor.